CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 42 Jahrgang 5 März '88

00.2621 001 6 ##

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Selbstverwaltungsviren im Computer entdeckt !!!

Red. Nürnberg Das wurde aber auch Zeit. Denn **volksverlesen und maschinenlesbar** haben sie uns immerhin schon gemacht, die neuen Medien. Und während die Grünen noch verzweifelt an ihrer Forderung nach Einführungsstopp und Moratorium festhalten, hält sich in Wirklichkeit doch keiner dran. Alle sind on line und hacken, senden, recherchieren, fabrizieren „news" ... wie die Teufel.

Da hat CONTRASTE also in den Neuen Medien und dem Computer tatsächlich den Selbstverwaltungsvirus entdeckt, eine Vision, die Immunschwächen des Staates in Öffentlichkeit und elektronischer Verwaltung offenlegt; Ausgangspunkt einer medienpolitischen Debatte, der auch CONTRASTE mehr Raum geben will. Ein freudiges Pfingsterlebnis der Alternativen gönnte uns allen das CONTRASTE-Redaktionsplenum, als es beschloß, die Medienprojekte in diesem, unserem Lande in eine Diskussion zu verwickeln. Es lag ein Papier auf dem Tisch, welches für „irgendwann, im Jahr 1989...", also auch zum 5. Jahrestag von CONTRASTE (und dem 10. Jahrestag der taz) eine Grundsatzdiskussion vom Zaun brechen wollte, und hierfür sich einen großen, bundesweiten Kongreß wünschte, der medienpolitische Perspektiven aufzeige.

Am schnellsten reagierte die Radioszene, aus der uns Interesse und ein Beitrag herübergefunkt wurde, sobald unser Projekt ruchbar wurde...

siehe Seite 4

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BUNT

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!
auf Seite 14

30 Mill. DM gefordert

Mitte Januar verabschiedete die Landesarbeitsgemeinschaft sozio-kultureller Zentren in Baden-Württemberg ein Entwicklungsprogramm zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen, das Eckard Holler auf **Seite 7** vorstellt.

Einlagensicherung

Auf der Ökobank-Vereinsseite bezieht Torsten Martin von der Ökobank Genossenschaft i.G. zur Frage der Einlagensicherung Stellung.

Seite 8

Auf dem Weg zur ganz normalen Firma

Vermeidbare oder unvermeidbare Gefährdungen produktivgenossenschaftlicher Betriebe ein Beitrag von Robert Hettlage

auf Seite 9

Der Crash und die Folgen

In der Dezember-Ausgabe schilderte Helmut Creutz die Hintergründe des „Schwarzen Oktobers" an der Aktienbörse. Zahlreiche Rückfragen von CONTRASTE-Lesern haben ihn veranlaßt, einen (Fortsetzungs-) Artikel über die Folgen des Crash's zu verfassen.

Seite 10

Vereinsmeier oder Spalter

Im vergangenen Jahr wurde er gegründet: der „Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe". Doch die Gründung ging nicht ohne Widerspruch ab. 3 Betriebe aus dem Raum Köln, Wuppertal, Düsseldorf haben schon bei der Gründung des Vereins protestiert und sehen in der Arbeit desselben einen Versuch zur „Spaltung der Alternativ- Betriebe". Eine Dokumentation der Stellungnahme dieser Betriebe auf

Seite 11

Der unwiderstehliche Charme des Geldes

Bei einer Tagung in der evangelischen Akademie Arnoldshain setzten sich Szenefrauen und Unternehmerinnen an einen Tisch, um gemeinsam über den Umgang der Frauen mit Geld zu reden. Ein Bericht von Christa Nesemann und ein Kommentar von Ricarda Buch

auf der Frauenseite Seite 12

Selbstverwaltung in Chile

Im Oktober vergangenen Jahres hatten sich 700 Personen aus 400 Werkstatt-Kollektiven zwei Tage lang zu ihrem 4. Jahrestreffen in Santiago versammelt. Über das Treffen und die „talleres laborales" ein Bericht von Horst Steigler

auf Seite 13

Anarchie und Selbstverwaltung

Reihe Praktizierte Anarchie in der Bundesrepublik

Red. Kassel Selbstverwaltung wäre ohne die Ideen des Anarchismus nicht denkbar. Die Existenz alternativer Ökonomie ist größtenteils ein Abfallprodukt anarchistischer Theorie - sie ist, zumindest in Ansätzen, ihre verwirklichte Praxis. In den folgenden Ausgaben von CONTRASTE werden wir über anarchistische Zusammenhänge und Strömungen in der BRD berichten. Im Vordergrund stehen dabei Erfahrungen, die von den Organisatoren anarchistischer Projekte gemacht wurden.

Gunar Seitz

Der Gedanke des Anarchismus ist alt. Solange es Unterdrückung und Herrschaft, Menschen-Gesetze und Macht gab, sehnten sich Menschen nach einem Zustand sozialer - und neuerdings auch ökologischer - Gerechtigkeit und solidarischem Mit- und Füreinander. Anarchie verwirklicht ist, wie es Gudrun Ensslin treffend formulierte: Ordnung ohne Herrschaft.

Anarchismus ist der Versuch, Lebensformen für eine ideale Gesellschaft im Hier und Heute zu entwickeln und langfristig durchzusetzen.

Die Ablehnung von Staat, kapitalistischer Wirtschaftsordnung, Patriarchat, Naturausbeutung ist heutigen Anarchisten gemeinsam.

Die Begrifflichkeit "Anarchismus" entstand erst im 18. Jahrhundert mit dem Auftreten der Frühsozialisten. Das Wort "Anarchie" wurde von Pierre Joseph Proudhon (1809 - 1865) geprägt.

Auf Proudhon bauten alle nachfolgenden anarchistischen Theoriegebäude auf. Ziel der klassischen Anarchisten war es, eine sozial und ökonomisch anders strukturierte Gesellschaft zu entwerfen und politisch durchzusetzen. Heute legen nur noch wenige Anarchisten den Schwerpunkt auf diesen sozialökonomischen Aspekt. Wichtigste Gruppe innerhalb dieses traditionellen Spektrums sind die Anarcho-Syndikalisten mit ihrer Organisation FAU (Freie Arbeiter Union).

Modernen Anarchisten genügt diese ökonomisch-sozial ausgerichtete Sichtweise nicht mehr. Neue Kampfplätze wurden erschlossen. So zum Beispiel das Streben nach Abschaffung jeder Hierarchie des Menschen über die Natur. Wegweisend für diese Entwicklung hin zum Ökoanarchismus waren Gustav Landauer und Murray Bookchin. Weiterhin wird von vielen Anarchisten die Geschichte des Patriarchats sehr kritisch unter die Lupe genommen. Insbesondere die Anarcha-Feministen fordern die Aufgabe jeder Hierarchie zwischen den Geschlechtern.

Daneben gibt es noch zwei wichtige Gruppierungen, die stark die Geschichte der alternativen Bewegungen mitbeeinflussten. Die gewaltlosen Anarchisten, die sich zum Großteil in der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) organisiert haben, sowie die Individualanarchisten.

Viele Anarchisten rechnen sich der "Autonomen Szene" zu. Diese Bewegung entwickelte - bislang zumindest - keine eigene gesellschaftspolitische Utopie. Ihr liegt mehr an der aktiven, zum Teil auch aggressiven Auseinandersetzung mit den derzeitigen Machtstrukturen. Deshalb sind auch Modelle alternativer Lebensformen hier weniger anzutreffen. Dennoch beeinflußt gerade diese Bewegung, mehr als alle anderen, die Diskussion innerhalb des und über den Anarchismus.

Es bleibt festzuhalten: Das Thema Anarchismus ist wieder gefragt. Nach dem Scheitern gesellschaftsreformerischer Modelle (Marsch durch die Institutionen, Grüne) ist eine Hinwendung zu grundsätzlicheren und radikaleren Ideen bemerkbar. Damit ist die Diskussion um Nicht-Einbindung unserer Kräfte in etablierte Zusammenhänge verbunden. Gerade auch im Selbstverwaltungsbereich wird über eine neue Orientierung nachgedacht. Viele sprechen, ausgelöst durch den relativen Erfolg von selbstverwalteten Betrieben in der etablierten Wirtschaft, von einem Abstumpfen der Idee Selbstverwaltung bei den konkreten Projekten. Die Diskussion um Anarchismus könnte auch zu einer Diskussion über die Inhalte und Ziele von Selbstverwaltung führen.

Selbstverwaltung lernen?!

so lautete der Titel unseres Schwerpunktthemas zum Thema alternative Bildung in der Februar-Ausgabe. Elmar Sing stellt in dieser Ausgabe die konzeptionellen Überlegungen für ein Zentrum für Kooperation und Partizipation vor und macht einige forschungspolitische Anmerkungen aus der Sicht der SvB-Betriebe dazu. Andrea Gerth, befaßte sich mit dem Konzept und schreibt unter dem Titel „Wieviel Krümel für die Szene?" eher kritisches über das geplante Zentrum.

Hubert Kant's Beitrag beschäftigt sich mit der betrieblichen Fortbildung und deren Schwerpunktverlagerung in der Qualifizierungs- und Beratungsarbeit: Das Spezifische der Selbstverwaltung (wieder) finden.

Seite 6 und 7

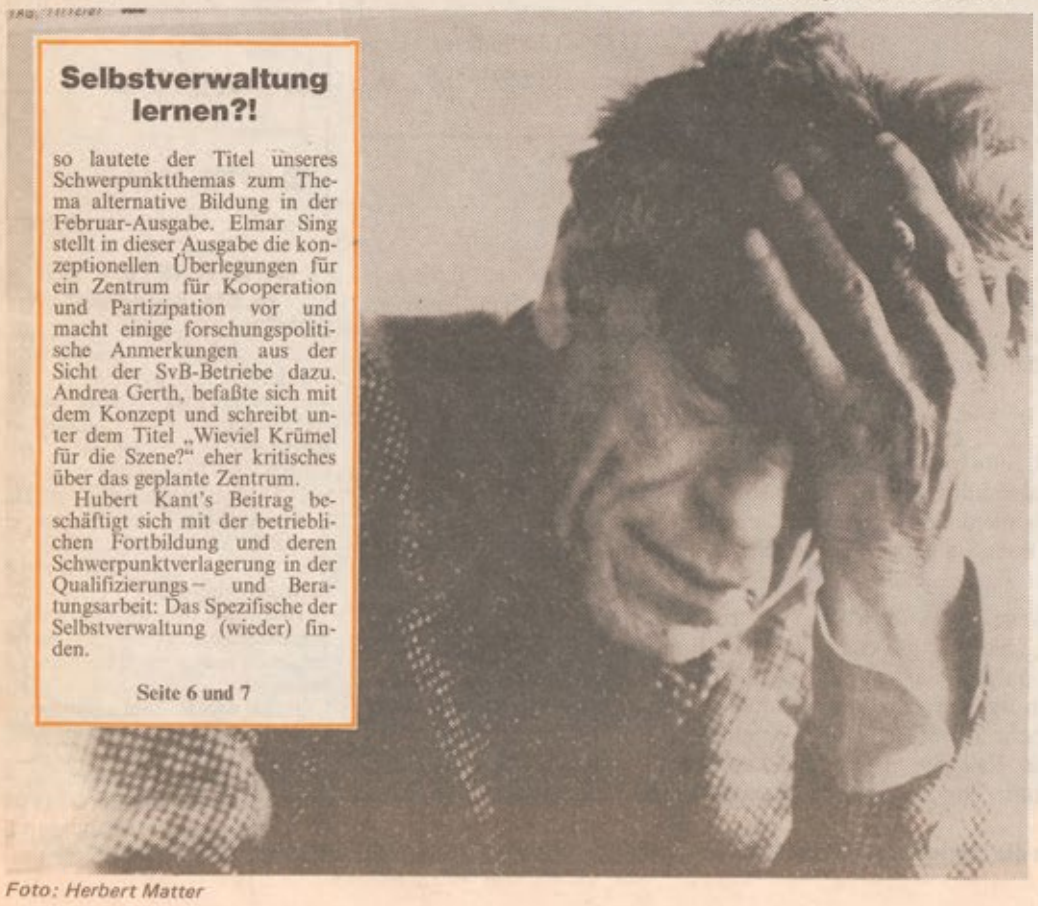


Foto: Herbert Matter

DER KOMMENTAR:

Ein Grund zum Feiern

Michael Makowski, Rotterdam

1988 ist eigentlich - aus der Sicht oppositioneller Kreise in der Bundesrepublik - ein Jubeljahr. Das Jahr 0 (oder 1968) des Aufbruchs zu neuen gesellschaftlichen Ufern, diese magische Jahreszahl, die allen alten und neuen Linken ein wehmütiges Schluchzen entlockt - dieses Jahr jährt sich zum zwanzigsten Male. Und 1978: der Deutsche Herbst war gerade überwunden, die bundesdeutsche Spontibewegung (eine der vielen Folgebewegungen aus dem oben zitierten Jahr 0) blies auf dem Tunix-Kongreß zum Aufbruch in alternative Gewässer. Und es folgte eine wahre Gründungswelle alternativer, selbstverwalteter und - organisierter Betriebe und Projekte. Netzwerk Selbsthilfe und die taz sind wohl nicht zufällig in jenem Jahr gegründet worden.

Nunja, 1988 steht erst am Anfang und wer will zu diesem Zeitpunkt schon ein Fazit ziehen. Aber es ist still geworden um die neuen sozialen Bewegungen. Allenfalls die inneren Zerreißproben geben noch Zeugnis von dem ab, was als gesellschaftliche Alternative sich inzwischen etabliert hat. Das gilt im Kleinen (wie das Berliner Traditionskollektiv KoMet) wie im Großen (die GRÜNEN in Bonn und anderswo). Wir müssen uns selbstkritisch eingestehen, daß die gesellschaftliche Innovationskraft der „Szene" geschwunden ist, das Engagment vieler Aktivisten in Routine erstickt ist.

Es werden auch im Jahre 1988 die kleinen und grossen Konflikte ausgefochten, es wird um die richtige Strategie gestritten. Realos und Fundis, Heteros, Gewaltlose und Gewaltsympis in Projekten, Szenen und Parteien werden auch weiterhin sich bis aufs Messer bekämpfen.

Währenddessen wird die Atommafia ihr Nukem- Mißgeschick weiter verdunkeln, wird die bundesdeutsche Wirtschaft - dank Strauß - die südafrikanische Apardtheidspolitik stützen, wird Kohl noch so manche Krise aussitzen und die nächste Umweltkatastrophe wird nicht lange auf sich warten lassen.

Eignungstest

für Selbstverwaltungs–Anwärter

Sie lesen seit geraumer Zeit CONTRASTE und haben sich entschlossen, endlich auch in einem Selbstverwalteten Betrieb zu arbeiten? Wir beglückwünschen Sie zu diesem Schritt! Sie sind dabei, Ihr Leben um eine interessante Dimension zu bereichern. Mit Hilfe unseres kleinen Fragebogens wollen wir Ihren Entscheidungsprozeß begleiten – nicht zuletzt, um Schlimmstes zu verhindern...

1. Ihr Reisebüro bietet einen Flug an „New York, hin und zurück, DM 690,–". Was denken Sie:
- *a) Geil, am Broadway wollte ich schon immer meinen Kir Royal nippen* O (10 Punkte)
- *b) Ich brauche einen anderen Job* O (35 Punkte)
- *c) Ich hasse diese Billig-Flüge* O (100 Punkte)

2. Sie betreten Ihren Arbeitsplatz. Es herrschen minus 2 Grad. Was tun Sie?
- *a) Sie gehen in den naheliegenden Wald und sammeln Holz* O (100 Punkte)
- *b) Sie tun so, als hätten Sie sich in der Tür geirrt und gehen in die Sauna von nebenan* O (O Punkte)
- *c) Sie warten auf besseres Wetter* O (20 Punkte)

3. Was fällt Ihnen beim Thema „Drogen" ein?
- *a) Glasprost – was weg is, is weg* O (60 Punkte)
- *b) Muß mal wieder mit Rita S. was koksen* O (O Punkte)
- *c) Endlich kann ich meinen Betrieb vergessen* O (20 Punkte)

4. Nach einer fünfstündigen Diskussionsrunde sind Sie:
- *a) Immer noch innovativ* O (60 Punkte)
- *b) Sturzbesoffen* O (15 Punkte)
- *c) Auf den Bahamas* O (O Punkte)

5. Nach welchen Grundsätzen würden Sie als Chef eines SV-Betriebes die Gehaltszahlungen vornehmen?
- *a) Von nix kommt nix, und Arbeit hat noch keinem geschadet* O (50 Punkte)
- *b) Ob sich Maria ein Mieder kauft, wenn ich ihr dieses Mal die Überstunden bezahle* O (10 Punkte)
- *c) Mindestlohn = Sozialhilfesatz + Malzkaffee* O (20 Punkte)

6. Ihr/e Kollege/in trägt ein neues Kleidungsstück. Was denken Sie?
- *a) Wo hat denn der/die die Kohle her* O (35 Punkte)
- *b) Hau weg den Schmuddel, morgen zieh' ich meinen Cashmere-Pulli aus dem Schrank* O (10 Punkte)
- *c) Sie besinnen sich auf Ihre inneren Werte und stopfen zum x-ten Mal Ihre 68er-Jeans* O (70 Punkte)

7. Bestimmen Sie spontan die Farbe eines 1000-Mark-Scheins:
- *a) lilablaßblau* O (10 Punkte)
- *b) kackbraun* O (O Punkte)
- *c) giftgrün* O (35 Punkte)

8. Warum lesen Sie CONTRASTE?
- *a) Purer Zufall* O (O Punkte)
- *b) Weil nix im Fernsehen kommt* O (10 Punkte)
- *c) Weil Sie eine Stelle im SV-Bereich suchen* O (55 Punkte)

9. Ihre monatlichen Fixkosten (Miete/Auto/Alimente usw.) belaufen sich auf maximal:
- *a) DM 90,–* O (100 Punkte)
- *b) DM 800,–* O (30 Punkte)
- *c) DM 6.500,–* O (0 Punkte)

10. Sie verbringen Ihre Freizeit am liebsten:
- *a) An der Börse* O (0 Punkte)
- *b) An der Bier-Börse* O (30 Punkte)
- *c) Im K.U.O.A.K. „Peep & Strip"* (= Komitee zur Unterstützung der Opfer der Antiporno-Kampagne, *d.Red.*) O (60 Punkte)

11. Sie regeln Konflikte:
- *a) Am liebsten gar nicht* O (30 Punkte)
- *b) Mit Hammer, Beil und Sichel* O (60 Punkte)
- *c) Indem Sie Ihren Therapeuten wechseln* O (O Punkte)

Auswertung:

0 bis 30 Punkte:
Es tut uns leid. Ihr Vorsatz ehrt Sie, doch Sie sollten sich ernsthaft die Frage stellen, ob Sie sich nicht lieber in den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder den Vorstand einer Bau-Genossenschaft wählen lassen– am besten gleich nach Übersee zu Sonne, Cashmere, Cuba libre. Ihren Therapeuten sollten Sie tatsächlich wechseln und intensiv über Ihre sexuellen Beziehungen mit Lohnabhängigen nachdenken.

30 bis 295 Punkte:
Vorsicht! Sie sind nur bedingt selbstverwaltungstauglich. Sie pochen anachronistischerweise noch zu sehr auf Ihr „Recht auf Faulheit". Ihre Drogenabhängigkeit spricht zwar nicht unbedingt gegen Sie, Sie müßten sich allerdings darüber im klaren sein, daß Sie mit Ihrem SV-Salär gerade den Vormonatsdeckel in Ihrer Stammkneipe ausgleichen können.

295 bis 700 Punkte:
Alle Achtung! Sie sind das absolute MUSS für jeden SV-Betrieb. Schon nach der Probezeit haben Sie alle(s) voll im Griff. Ohne Sie läuft gar nichts mehr. Da Ihre Arbeit sowieso unbezahlbar ist, wird niemand den Versuch machen, Sie von noch mehr Arbeit abzuhalten. In Ihrer Freizeit sollten Sie auf gar keinen Fall in irgendwelchen Soli-Komitees rumhängen, sondern sich lieber jemanden suchen, der für Sie kocht. Ansonsten laufen Sie ernsthaft Gefahr, Ihren Lebensabend im Kloster verbringen zu müssen. Falls Sie nicht in der Lage sind, Ihre brachialen Konfliktlösungsstrategien abzumildern, könnte Ihre Lebensperspektive noch düsterer aussehen.

Viel Spaß beim Testen wünschen die Heidelberger CONTRASTE–Frauen.

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** blätterwald eg, Jochen Reinalda, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; Cassel, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Koller, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043-222) 26 72 84**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 36, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Bethanienda mm 25, ☎ **(030) 618 30 20; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 90,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Kistlerstr. 1, ☎ **(089) 691 78 21; Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ **(069) 43 95 34**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; Satz: auf TEXTLINE- System
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:

☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE - '86 in Stichworten!

CONTRASTE kann mit einem neuen Angebot aufwarten. Dank der mühevollen Arbeit von Waldemar Schindowski (ID) liegt ein komplettes Register über die CONTRASTE-Inhalte 1986 vor. Es enthält die Auflistungen von Autoren, Institutionen, Personen und Ländern - dazu ein ausführliches Schlagwortregister.

Wer sich dieses hilfreiche Nachschlagewerk nicht entgehen lassen möchte, bestelle bei der CONTRASTE-Redaktion in Heidelberg, Gaisbergstr. 97 und überweise 12,- DM (incl. Versandkosten) auf das CONTRASTE-Konto Nr. 1130 05 -756 beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Weiter so, Deutschland?

Über die Durchsuchung der Au (ein besetztes Haus in Frankfurt); eines der zahlreichen Folgen des 2.11.87

Red. Heidelberg „In dem Ermittlungsverfahren gegen Frank Hoffmann u.a. wegen Verdachts der Bildung einer Terroristischen Vereinigung gemäß §129a StGB u.a. wird auf Antrag des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof gemäß §103 StPO die Durchsuchung sämtlicher Räumlichkeiten im Anwesen „In der Au 14-16 in Ffm" zur Ergreifung des flüchtigen Beschuldigten Frank Hoffmann angeordnet" (aus dem Durchsuchungsbefehl). Mit dieser fadenscheinigen Begründung wollten am 6.02.88 um 9.30 Uhr ca. 40 Zivilbullen und einige grün-uniformierte Schergen die Au, ein seit mehreren Jahren besetztes Haus, durchsuchen.

Petra Inden

Die Au'ler, nicht erst seit dem 2.11. mit den Durchsuchungsmethoden der Ordnungshüter vertraut, forderten, daß maximal 3 Polizisten das Haus betreten; dieser Vorschlag schien aus welchen Gründen auch immer - unannehmbar. Stattdessen versuchte - auf Befehl des altbekannten Herrn Tietze - ein Sondereinsatzkommando (SEK) in die begehrte Villa einzudringen, was ihnen mithilfe von Äxten dann auch bei zwei Dachfenstern gelang. Die Au'ler durften - mit den Händen an die Wand gestellt - ungefähr eineinhalb Stunden der sinnlosen Zerstörungswut der vermummten, stahlbehelmten SEK'ler zusehn.

„Generell ist zu sagen, daß sie überall völlige Verwüstung hinterlassen haben. Sie zerschlugen existenziell wichtige Dinge wie Dachziegel, Fensterscheiben und Ofenrohre; wertvolle Sachen wie Ledernähmaschine, Schlagzeug, Musikanlagen und persönlich wichtige Sachen... . Die sanitären Anlagen blieben, bis auf ein Waschbecken, ganz - sie hatten also nicht den Befehl, das Haus völlig unbewohnbar zu schlagen." Das SEK überließ es den Zivilbullen, zu fotografieren, zu filmen und bauliche Veränderungen auf Grundrißplänen einzutragen. Au'ler, die ihre Ausweise nicht vorzeigen wollten, wurden kurzerhand festgenommen. Mit allen Mitteln der Kunst wollte man sie zu Aussagen bringen, was aber *nicht gelang!!!*

Der Mord an der Startbahn kam nicht nur rechtzeitig, um die Barschel/Pfeiffer-Affäre zu überbieten, er gibt auch endlich Anlaß genug, den Widerstand zu kriminalisieren und staatliche Repressionen zu verschärfen. So kann man nun endlich die „neuen" Unterstützungskommandos der Polizei ohne Widerspruch der Öffentlichkeit als die Retter der innerpolitischen Sicherheit präsentieren. Seit dem 2.11. darf wieder durchsucht werden, wo sich auch nur der geringste Funke von Verbindung zur Startbahn oder Autonomenszene ergibt. So ist auch die Durchsuchung der Au nicht mit der Suche nach Frank Hoffmann zu erklären; sie diente in Form der Personalienfeststellung einer Räumungsvorbereitung, da jetzt endlich namentliche Räumungsklagen gestellt werden können.

„Die Einschüchterung funktioniert perfekt. Die ganze Distanzierungskampagne lief so, wie Lochte es gefordert hatte. Reaktionen, bzw. Aktionen auf die Hausdurchsuchung liefen kaum; die Anzahl der Startbahngänger ist rapide zurückgegangen. Die Menge gemeingefährlicher Aussagen ist nicht mehr überschaubar, ihre Auswirkungen sind eine steigende Anzahl von Festnahmen und Verfahren wegen immer weitschweifigeren Anklagen."* Offenbar reicht die Datei der Volkszählungsgegner noch nicht aus, um den „harten Kern" von seinem „Umfeld" zu trennen. Und hier liegt wohl das Hauptziel der sogenannten Staatsschützer: Die Spaltung des Widerstands, der tatsächlich im Angesicht der Alkem/Nukem-, der Barschel/Pfeiffer-, der Flick- und sonstiger Skandale zunehmend größer zu werden scheint. Und die beste Methode, Widerstand zu zerschlagen, ist immer noch, ihn in seine eigenen Widersprüche zu verwickeln, um ihn so gegenseitig auszuspielen.

Nicht nur Besetzte Betriebe brauchen unsere Solidarität; nicht nur dann, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht, ist unsere Hilfe gefragt. Besetzte Häuser wie die Au darf man zur „reinsten" Form von Selbstverwaltung zählen, ihr Kampf richtet sich in direkter Weise gegen die Ausbeutung und Fremdbestimmung (überhöhte Mieten; Abriß alter Häuser zugunsten von Wohnsilos oder Wirtschaftsbetrieben). Der solidarische Kampf mit den Au'lern und anderen Besetzern wird ein weiteres Zeichen setzen, daß die Linke nicht ganz so gespalten ist, wie es unser politischer Gegner mit seinen Taktiken und Strategien zu erreichen versucht. Laßt es nicht zu, daß sie uns gegeneinander ausspielen!

*Stellungnahme der Au'ler

Lebendigkeit und Gemeinschaftlichkeit Weiterentwicklung von Politik und Spiritualität

Red. Kassel Auf Burg Stettenfels fand 1984 das erste Treffen von Kommunen und Gemeinschaftsprojekte statt. Das zweite Treffen dieser Art wird in Kassel vom 13. bis 15. Mai abgehalten. Anders als beim ersten Treffen, bei dem nahezu alle Aspekte von Gemeinschaftlichkeit angeschnitten wurden, ist diese Tagung auf das Verhältnis von Politik und Spiritalität in Projekten zugeschnitten. Veranstalter ist das Gemeinschaftsprojekt Riedmühle sowie das Kasseler Institut für Gesundheit.

Zur Diskussion stellen sich: Rolf Schwendter (Wien/Kassel), Annelie Keil (Bremen), Michaela von Freyhold (Bremen), Katrin Best-Mayer/Gunar Seitz (Riedmühle), Rudolf Wormser (Heilbronn), Jörg Sommer (Heidelberg), Ewald Rumpf (Stückhof), Ele Poschmann/-Hilde Krönung (Kommune Niederkaufungen), Karl-Heinz Meyer (Lebensgarten Steyerberg), Eberhard Göpel (Bielefeld), Volkmar Aderholt/Herbert Maier (Bremen), Rudolf Bahro (Worms), Bernhard Achterberg (Göttingen), Rüdiger Lutz (Tübingen), Pieter de Haas (Saarbrücken), Klaus Mögling (Kassel).

In der April-Ausgabe von CONTRASTE werden wir ausführlich über die Inhalte dieser Tagung berichten.

Kontakt und Anmeldung: Birgit Heggenstaller, Wilhelmstr. 11, 3500 Kassel, ☎(0561) 10 42 58

AURO Nr. 351 Natur-Caseinfarbe weiß

Erste Sahne

Von eben dieser Qualität ist das Bindemittel, das wir für unsere Casein-Wandfarbe verarbeiten: aus entrahmter Milch gewonnenes, pulverförmiges Milcheiweiß. Die AURO Casein-Wandfarbe ist ein natürlicher Wandanstrich, der atmungsfähig ist und für ein gesundes und behagliches Raumklima sorgt.

Für AURO Naturfarben verarbeiten wir eine Vielzahl mineralischer, pflanzlicher und tierischer Rohstoffe. Sie sind uns Menschen seit Urzeiten vertraut. Ihre Gewinnung, Verarbeitung und Entsorgung stehen im Einklang mit ökologischen Kreisläufen.

AURO Naturfarben entlasten die Umwelt und sind Nahrung für die Sinne zugleich. Und

problemlos zu verarbeiten sind sie natürlich auch.

Der Natur vertrauen.

AURO

Postfach 1220 · D-3300 Braunschweig · Telefon 05 31 - 89 50 86

Rezension

Tips zur Unternehmensgründung, von Norman Rentrop und der Redaktion „Die Geschäftsidee", 8. Aufl., Bonn 1986

Das Buch enthält Überblicks-Informationen über so ziemlich alle Probleme, die bei der Gründung traditioneller Unternehmen auftauchen - von der Rechtsformwahl bis hin zu Steuervorschriften, von Überlegungen, wie man aus seinen Mitarbeitern das meiste herausholt bis hin zu Tips zur Kreditbeantragung, den besten Werbeträgern oder wie man Schwarzarbeit „weiß" macht.

Dabei werden manche Banalitäten verbreitet, wie z.B. die, daß durch Kauf einer guten Briefwaage Porto zu sparen sei, wird viel Werbung für andere Produkte des Rentrop-Verlags gemacht und die Welt aus der Profit-Perspektive betrachtet.

Allerdings enthält das Buch auch eine Menge sinnvolle Praxistips und -tricks, Hinweise auf billige Bezugsquellen, interessante Adressen und hilfreiche Planungs-, Informations- und Analyseverfahren, z.B. die sog. KEF-Methode zur Analyse kritischer Erfolgsfaktoren, denen auch im selbstverwalteten Sektor eine größere Verbreitung zu wünschen wäre. Insgesamt informativ nicht nur für traditionelle Unternehmensgründer; mit 49,80 DM zwar sauteuer, die sich allerdings bei Befolgen einiger Ratschläge schnell amortisieren dürften.

Diethelm Damm

Kurzes...

Beschäftigungsinitiative richtet Ausrüstungslager für Selbstverwaltete Werkstätten und Projekte ein

Red. Heidelberg Die Bielefelder G A B - Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH, eine gemeinnützige Einrichtung, zu der das Bielefelder Arbeitslosenzentrum und das Recyclingzentrum gehören, beginnt ab März mit einer Beschäftigungsinitiative.

Insgesamt 11 Schlosser, Mechaniker, Feinmechaniker und Elektriker werden nach der Einrichtung der eigenen Werkstatt damit beginnen, Maschinen, Werkzeuge und Ausrüstungen, die von regionalen Betrieben und Unternehmen ausrangiert wurden, wiederverwendbar zu machen. Die Gerätschaften werden zerlegt, Verschleißteile werden ausgetauscht, die Geräte werden unter Umständen neu verkabelt und lackiert und somit wieder voll funktionstüchtig gemacht. Gegen Erstattung der reinen Transport- und Sachkosten sollen sie dann SV- Werkstätten und Beschäftigungsinitiativen zur Verfügung gestellt werden. Die Werkstatt der GAB wird auf Anfrage gezielt bestimmte Ausrüstungsgegenstände beschaffen und auch über ein ständiges Sortiment an Geräten aus den verschiedensten Handwerkssparten verfügen.

Auf der einen Seite arbeiten damit in der Werkstatt der GAB bis dato arbeitslose Handwerker qualifiziert in ihren Berufen, zum anderen wird Neu- und Existenzgründungen im selbstverwalteten Spektrum ein auf ihr jeweiliges Betätigungsfeld zugeschnittenes günstiges Ausrüstungsangebot zugänglich gemacht.

Anfragen und Informationen:
G A B - Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH c/o Michael Härtel, August-Bebel-Str. 57, 4800 Bielefeld 1, ☎(0521) 17 56 14

Rezension

Selbstverwaltungswirtschaft -Gegen Wirtschaft und Recht?

Auf der Liste der Standardwerke zur Selbstverwaltungswirtschaft gehört dieses Buch ganz nach oben. Entstanden ist es im Rahmen eines Forschungsauftrages der EG. Aus dem Vergleich von Recht, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik in vier Ländern (D, I, GB, F) wird die Vision besserer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für alternative Ökonomie konkretisiert.

Das erste Kapitel - „Sozioökonomische Grundbedingungen einer Selbstverwaltungswirtschaft" - enthält neben einer Situationsskizze für die BRD und einem Überblick zur Finanzierungsproblematik als neue Leistung Analysen und Thesen zur „Kooperation in der Selbstverwaltungswirtschaft", ohne die „ein Überleben langfristig ernsthaft in Frage gestellt ist." Distanziert konfrontiert der Autor manch überhöhten Anspruch mit der kargen Kooperationspraxis. Die „Erklärungen" dieses Verhaltens durch Olsons „Theorie des eigennützigen Handelns egoistischer Menschen in Großorganisationen" reizen zum Widerspruch; bitter die „strategische Lehre" aus dem internationalen Vergleich: Ohne Staatshilfe könne es keinen Organisierungsprozeß geben.

Das zweite Kapitel - „Recht und Rechtspraxis als Hindernisse für selbstverwaltete Betriebe" - ist eine herausragende praxisbezogene rechtssoziologische Leistung, die viele Diskussionen um die geeignete Rechtsform, die Veränderung des Genossenschaftsgesetzes und der Handwerksordnung sowie die Schaffung selbstverwaltungsgerechter Sozialversicherungsbestimmungen auf den Punkt bringt. Aus den Zielen und Strukturprinzipien selbstverwalteter Betriebe werden präzise Vorschläge für die Gründung und Konsolidierung genossenschaftlicher Betriebe entwickelt; dazu zählen die vereinfachte Rechtsform für Klein- und Vorgenossenschaften, die Verkoppelung Steuer- und Subventionsrechtlicher Privilegierungen mit der statutengemäßen Verankerung genossenschaftlicher Prinzipien oder vollgenossenschaftliche Verbundformen. Wäre nur alle Selbstverwaltungsforschung so wie in diesem Kapitel vorgeführt, und hätten es nur alle Diskutanten und Diskutantinnen gelesen...

Wolfgang Beywl

Daviter, J., Gessner, V., Höland, A.:Selbstverwaltungswirtschaft - Gegen Wirtschaft und Recht? Rechtliche und ökonomische Problembetrachtungen - , Bielefeld, AJZ: 1987, 261 Seiten

Genossenschaften in der Programmatik der SPD

Red. Köln/Bonn Am 29. Januar 1988 fand in Bonn ein Werkstatt-Gespräch der SPD zum Thema *„Demokratisierung der Wirtschaft"* statt. Die Leitlinien des „Irseer-Entwurfs" für ein neues Grundsatzprogramm der Partei standen auf dem Prüfstand. Ca. 400 Sachverständige aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft waren zu Gast im Ollenhauerhaus.

In der Arbeitsgruppe *„Neue Formen des Wirtschaftens"* wurde im vollbesetzten Sitzungssaal über den Beitrag des Genossenschaftswesens und der Selbstverwaltungswirtschaft für eine zukünftige, demokratische Wirtschaftsordnung diskutiert.

Michael Müller, MdB, hob hervor, daß genossenschaftliche Arbeitsformen deshalb besondere Beachtung erfahren müssen, weil sie die eingeschränkten Lenkungsmöglichkeiten marktlicher und staatlicher Steuerungsmechanismen erweitern. Eine wirklich pluralistische Wirtschaftsstruktur muß diesen ökonomischen Selbsthilfeformen einen entsprechenden größeren Platz einräumen.

Thema Rechtsform

Die „GbR mbH" - gibt's die?

Red. Hamburg **Die „Gesellschaft bürgerlichen Rechts" kennen viele, sei es als kleine Tischlerei, sei es als Zusammenschluß verschiedener Vereine oder GmbH's. Wie aber steht's mit der „Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung?"**

Ein Projekt im Hamburg wollte keinen Verein bilden, weil alles gemeinsam entschieden wird. Allenfalls werden abwechselnd einzelne beauftragt, bestimmte Aufträge für alle zu erledigen. Hierzu paßte nicht das hierarchische Vereins-Prinzip mit Vorstand und Mitgliederversammlung. Also blieb nur die Form einer Gesellschaft. Eine GmbH jedoch kam auch nicht in Frage, weil das Kapital (50.000.-) nicht da war. Also eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR oder auch BGB-Gesellschaft) gründen. Hier sind alle gleichberechtigt, jeder ist potentieller Geschäftsführer, Änderungen sind nicht eintragungspflichtig. Aber die unbegrenzte Haftung! Doch auch dies ist (theoretisch, doch dazu gleich) lösbar. Die Rechtsprechung erkennt es nämlich an, wenn ein Projekt auf seinem Briefkopf, dem Stempel usw. erkennbar macht, daß nur das Gesellschaftsvermögen haftet, daß die Haftung also beschränkt ist. Das bedeutet, daß nur das Betriebsvermögen von den Gläubigern in Anspruch genommen werden kann, nicht jedoch das Privatvermögen der einzelnen Projektmitglieder, wir haben also jetzt die „GbR mbH".

Soweit die Theorie. Die Praxis sieht leider mal wieder anders aus: Schon der erste große Gläubiger spielt nicht mit. Er traut weder den Leuten, noch der Rechtsform. Erstens sind die Menschen des Projekts nicht normal und außerdem hat es eine solche Rechtsform noch nie gegeben. Also schließt der Gläubiger eben keinen Vertrag mit dem Projekt. Und die Leute sitzen buchstäblich im Dunkeln.

Wie es weitergeht, wird sich zeigen. Entweder die GbR mbH wird angepaßt an die herrschenden Erwartungen oder...

GEGENSÄTZE bilden

AJZ-Verlag

Johannes Berger / Volker Domeyer
Maria Funder / Lore Voigt-Weber (Hg)

Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft

Bielefeld 1986, ISBN 3-921680-60-3
313 Seiten, kart., 30,00 DM

Dieser Band enthält neuere empirische Befunde und theoretische Überlegungen zum Thema "Alternative Ökonomie – Bestandsbedingungen und Zukunftsperspektiven". Er gliedert sich in vier Themenkomplexe:

1. Die Diskussion über den Zusammenhang von selbstverwalteten Betrieben und der "Zukunft der Arbeit".
2. Die Größe und Branchenstruktur des Alternativsektors.
3. Organisationsstrukturen und Probleme selbstverwalteter Betriebe.
4. Förderungsmaßnahmen der Selbstverwaltungswirtschaft und alternative Finanzierungsmodelle: Ökobank und Direktkreditvermittlung.

mit Beiträgen von:
J. Berger, J. Priewe, K. Gretschmann, K. Novy, W. Beywl, G. Fröhlich, M. Kaiser, M. Funder, L. Voigt-Weber, V. Domeyer, M. Kück, H.G. Nutzinger, V. Teichert, A. Höland, R. Thiede, M. Müller, M. Berger, M. Gutzmer.

Heeper Straße 132
4800 Bielefeld 1

z.B. Verlage in Selbstverwaltung

Fortsetzung von Seite 1

Skizze eines medienpolitischen Kongresses 1989 (10. taz-Jahrestag)
Arbeitstitel:

Welt am Draht von Glasnost bis Glaswest

Ziel des Kongresses soll sein, die Arbeit linker und selbstverwalteter Medienprojekte möglichst öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, sowie Zwischenergebnisse einer gemeinsamen medienpolitischen Debatte zwischen diesen Projekten bekannt zu machen.

Gedacht ist daher auch zunächst einmal daran, einen Diskussionsprozeß zwischen den zahllosen selbstverwalteten Ansätzen aufzunehmen .. alle Zeitungsleute, MagazinmacherInnen, RadiotInnen und VideotInnen sowie Computerfreaks mal dazu zu bringen, über ihren ganz besonderen Medienalltag hinaus auch Grundsätzliches zu entwickeln. Gemeinsames Anliegen könnte werden, die Selbstverwaltung als Strukturprinzip einer angepaßten Technologieentwicklung im Medienbereich auf ihre Chancen und Grenzen abzuklopfen und mit den Gefahren weiterer Medien- und Datenkonzentrationen zu konfrontieren.

Eine Vernetzung der Projektvielfalt unter einem solchen Überthema soll auch bewirken, daß (hoffentlich) resultierende Thesen den verschiedensten kulturellen, demokratischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen der medienpolitischen Diskussion gerecht werden können. Da geht es dann nicht nur um „Bewegungs- oder Betroffenenjournalismus" oder „mediengerechte Verpackung der Wirklichkeit", sondern eigentlich um alle Themen zwischen „gläsernem Bürger" und (noch nicht)-„gläsernem Staat", schlichtweg um die Demokratisierung aller Medien- und Nachrichtenbereiche.

Der 10. Jahrestag der taz fällt nicht umsonst in die Zeit nach der Volkszählung, die Zeit der maschinenlesbaren Ausweise. Gleichzeitig bildet sich eine IG Medien, aber haben sich die Nachrichtentechnologien in den letzten 10 Jahren nicht vielleicht doch schneller entwickelt als ihre KritikerInnen?

Trotzdem ist in fast allen Medienprojekten die/der KollegIn Computer über seine Sachzwänge und Vorteile längst zum/zur gleichberechtigten TeilhaberIn der Selbstverwaltung geworden, wenn nicht sowieso mit hard- oder software gedealt wird oder gar „Datenschleuderkonzepte" verfolgt werden.

Daher bräuchten wir alle eigentlich mehr als den „groben Durchblick" (und/oder auch bei der CONTRASTE einen Laserdrucker). Scharfsicht kommt aber nur durch bewußtes Herangehen an „heiße Eisen". Wo sind Konzepte gegen die Macht, die sich in den Schaltstellen der Informierten sammelt? Gegen Verordnung der Kultur gegen sozialtechnologische Herrschaftstechniken mit Stimmungsmache zwischen „Abschalten" und „Hängt sie auf!"? Für neue Arbeitsplätze in einem anderen, selbstbestimmten Wirkungsdreieck zwischen Arbeit/Technik und Umwelt?

Und wie werden diese Konzepte von Linken, Frauen, Schwulen, AKW-GegnerInnen ... etc. verfolgt?

Ein Kongreß zu diesem Thema könnte vielleicht auch mehr werden als ein reiner Krisen-Selbstbesinnungsworkshop: Er sollte selber zum Medienereignis werden und es wäre gut, wenn hierzu Konzepte aus der gesamten alternativen Medienlandschaft auf den Tisch kommen!

Dampf machen mit Radio...

Voll auf die Tube drücken in der BRD (und natürlich Westberlin) nun schon etliche alternative Radios

Kurt Regenauer

Red. Nürnberg Von Radio 100 in Berlin haben wir schon oft genug gehört. Aber seit Sendebeginn Anfang 1987 knisterte es nicht nur an der Spree im Äther. Auf Sendung war Radio Dreyeckland (Freiburg) - illegal - schon lange, und kam Radio Z in Nürnberg (Dezember '87) und in Hamburg gleich zwei „Szenesender" (Sendebeginn '88), nachdem 1987 bereits Radio-Hafenstraße quergefunkt hat. Dabei sind die Existenzbedingungen der Sender äußerst unterschiedlich. Da gibt es die ... Betulichkeit der hanseatischen Szenekaufleute, die Einrichtung und Gehälter ermöglicht, welche es gar NDR Profis schmackhaft macht, umzusteigen, genauso wie fränkisches, alternatives Dampfradio, bei dessen Sendebeginnsfestivität sich Zyniker und Pessimisten ob der schlechten finanziellen Ausstattung nur um den Hals fallen und singen „Am Aschermittwoch ist alles vorbei...!"

Trotzdem steckt die Auseinandersetzung darum, wo die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Alternativsenderei liegen, in ihren Kinderschuhen. Liegt es an den verschiedenen Landesmediengesetzen, daß so verschiedene Konstrukte wachsen können? Und welche Kompromisse mußte dann der Sender etwa des Regensburger regionalen Kulturnetzes eingehen, um im April '88 mit einem 700-Tausend-DM-Etat unter Förderung der bayerischen Landesmedienzentrale anfangen zu wollen? Oder liegt die finanziell-ärmliche Ausstattung von Radio Z, Nürnberg, etwa eher daran, daß auf Werbeeinnahmen verzichtet wird?

Fragen über Fragen, obwohl unter dem Strich klar zu sein scheint, lokales Szeneradio scheint machbar, Frau Nachbar. Irgendwo zwischen dem 200-Tausend-DM-Jahresetat von Radio Z, NÜrnberg und dem 4-Mio.-DM-Etat von **einem** der Hamburger Sender (KORAH) dürft ihr sie ansiedeln, Eure Insel der möglichen Alternativen, und auf Sendung gehen.

Das wollen Matthias Lahmann aus München und das Lokale Radio (LORA München) auch, wenn die Fußangeln beseitigt sind, die die Münchner Kabelgesellschaft gelegt hat (Finanzkonzept und Programmverantwortlichkeit des Basis-Senders werden bemängelt), um den Sendebeginn zu verhindern. Aber vorher fuhr er nach Hamburg und berichtet in CONTRASTE über das alternative Sendeparadies an der Alster, um Radiodiskussionen endlich mal auf Trab zu bringen...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von der Wirtschaftlichkeit gemeinnütziger Radio- Unternehmen

Zwischenbilanz nach einem halben Jahr Frequenzzuteilung an die Radiostationen KORAH und OK

Matthias Lahmann

Red. Heidelberg Zwei der Hamburger Privatfunkanbieter sind unter besonderen Bedingungen angetreten: Sie dürfen nur gemeinnützige Zwecke verfolgen und zur Finanzierung des Programmes nur im „begrenzten" Umfang Werbung verbreiten. Die Hamburger Landeszentrale für neue Medien (HAM) hat in entsprechenden Landesmediengesetzpassagen diese Anbieter akzeptiert, um ortsbezogenen Gruppen die Möglichkeit zu geben, insbesondere mit Bezug zu Hamburger Stadtteilen kulturelle Aktivitäten zu fördern und zur Meinungsbildung über Fragen des örtlichen Geschehens beizutragen. (vgl. CONTRASTE 9/87)

Wie hört sich das nun an?

Einer der beiden Anbieter, OK-Radio, entschloß sich zu einem Programm auf Probe: Zwei Stunden täglich, die zweimal am Tag wiederholt werden; ansonsten hört man Bandschleifen mit Musik und Senderkennung. Engagiert werden lokale Themen behandelt, gut aufgemacht, journalistisch ordentlich recherchiert; Zuhören wird aber ein bißchen zur Mühsal: Programmankündigungen in den Printmedien stimmen selten mit der Realität des Sendeablaufs überein, und man muß schon recht ambitioniert sein, anhand der Sendeteile die Phantasie für ein späteres 24-Stunden-Programm aufzubringen. Ist man interessiert herauszufinden, wie denn nun eigentlich vor Ort und im Studio gearbeitet wird, welche Intentionen verfolgt werden, welche HörerInnen angesprochen werden sollen, wird es fast ein „Fall für zwei": Einer allein reicht mit allem TV-entwickelten dedektivischen Spürsinn schon gar nicht mehr aus...

Tage vorher telefonische Kontakte, ohne den richtigen Ansprechpartner zu finden: Es wird, scheint's, tageweise durchkonferiert, die Verantwortlichen sind unabkömmlich... und wer sind die denn eigentlich? Auch das ist nicht so leicht zu beantworten. Schließlich und endlich (man läßt sich ja nicht davon entmutigen, daß die RedakteureInnen wahrscheinlich gar keine Zeit haben werden, so zumindest die letzte telefonische Auskunft vor dem Eintreffen in der Redaktion) befindet man sich in den hinteren katakombenhaften Gefilden einer Video- Firma und klopft etwas ratlos an Türen...

Eine der für das Programm Verantwortlichen, eine jahrelange NDR-Mitarbeiterin, nimmt sich trotz der allgemeinen Hektik etwa 20 Minuten Zeit, auf Fragen einzugehen. Nein, man empfinde keine Konkurrenz zu dem anderen gemeinnützigen Anbieter, überhaupt nicht. Da wird eben einfach ein anderes Publikum angesprochen. Welches, konnte sie nicht so genau sagen. Die Strategie, in der ersten Phase des Sendens erst einmal ein Teilprogramm auszustrahlen, unterstützt sie voll, weil dadurch die Möglichkeit zu einer konstruktiven und abgestimmten Sendeplanentwicklung gegeben ist. Der Druck, von Anfang an 24 Stunden am Tag zu senden, läßt kaum Korrekturen zu. Die Frage nach der Konzeption, Senderdarstellung, beispielhaften OK-Radio-Programm-Kassetten stößt ins Leere ... nein, das gäbe es noch nicht in präsentierfähiger Form: An allen Ecken und Enden werde gearbeitet, der Umzug in größere Redaktionsräume stehe bevor, der Aufbau eines Korrespondenten-Netzes brauche viel Energie, obwohl (oder gerade weil) viele beruflich unerfahrene MitarbeiterInnen engagiert zum Sendeverlauf beitragen ... Am Nebentische wartet die Satire-Gruppe, oben druckt der Agenturticker ohne Farbband und hält so das Papier sauber, und überregional wird in den entsprechenden Zeitungen noch nach einem Chefredakteur gesucht ... Ein Sender im Aufbau, man wird abwarten müssen, wie sich das alles entwickelt. Ein Papier ist jedenfalls in Hochglanz schon zu haben: Die Preisliste für die Werbeplätze; immerhin. Zu der Frage nach Organisation und politischem Hintergrund kommt man nicht mehr; mehr verstört, denn informiert verläßt man die Stätte des Geschehens.

Finanzierung und Struktur

Beide Anbietergemeinschaften (OK-Radio und KORAH) haben ihren Sendeauftrag an jeweils eine GmbH delegiert, die Trägerin des finanziellen Risikos ist. Bei KORAH sieht das folgendermaßen aus: Die GmbH besteht aus 9 Einzelmitgliedern und hat für ein Grundkapital von 500.000 DM gezeichnet. Die von der AG formulierten Programmgrundsätze sind Gegenstand einer juristischen Vereinbarung zwischen der AG und der GmbH und dienen der AG als Grundlage zur eventuellen Korrektur der Arbeitsweise der GmbH. Die Mitgliederversammlung der AG wählt eine Programmkommission, welche wiederum Vertrauensleute in einen Beirat delegiert. Dieser Beirat wird mit 3 Mitgliedern der GmbH und des Sendeteams und mit vier Mitgliedern der AG besetzt und kontrolliert die Handlungsweise der GmbH (Geschäftsführung und Sendeteams) vom Inhalt her. Hier werden auch Personalentscheidungen im Sender gutgeheißen oder mißbilligt.

Auf der Seite der AG hat man diese etwas komplizierte Form der Sendetätigkeit gewählt, da man sich sehr schnell darüber im klaren war: Ohne gesicherte Finanzierung (die genannten Einrichtungen wären nicht in der Lage gewesen, die genannten 500.000 DM zu garantieren) und ohne journalistische Professionalität wäre ein 24-Stunden-Radioprogramm schnell in der Gefahr, entweder durch Fraktionierungstendenzen zur politischen Spielwiese im Mediensektor auszuarten oder zu einem Verkündigungssender ohne politische Aussagefähigkeit zu verkommen.

Wirtschaftlichkeit und politisches Engagement

Im Gegensatz zu OK-Radio hat sich die KORAH-GmbH auf das Wagnis eingelassen, von vornherein ab Sylvester 87/88 ein 24-Stunden-Programm zu senden mit der Gefahr einer Überstrapazierung der eigenen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Kapazitäten. Der Vorteil liegt natürlich in einer Art Marktbesetzung gegenüber OK-Radio, das im Prinzip ein ähnliches Publikum ansprechen wird.

Die 24 Stunden des KORAH-Programmes werden von einem relativ großen Personalstab erstellt. Neben Geschäftsführung und Verwaltung arbeiten ein Chefredakteur und 12 RedakteurInnen, 7 Reporter in den Hamburger Bezirken, 4 ReporterInnen als Springer für aktuelle Themen, mehrere VolontärInnen, drei Techniker und viele freie MitarbeiterInnen an dem täglichen Programm. Bezahlt wird nicht nach dem schon fast legendären taz-Niveau, sondern nach dem Maßstab, den die kommerziell orientierten Privatrundfunk-Anbieter gesetzt haben. Das bedeutet zwar geringeres Entgelt als bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, läßt den Mitarbeiter aber ganz gut leben. Nach Auskunft der Geschäftsführung von KORAH verdient ein Redakteur dort zwischen 3000 - 4000 DM brutto im Monat, freie Mitarbeiter erhalten Minutenhonorare von etwa 50 DM.

Zur technischen Realisierung steht den Mitarbeitern ein großzügiges Raumangebot zur Verfügung, an dem sich mancher Rundfunkanbieter im süddeutschen Raum (in deren Rücken wesentlich potentere Geldgeber stecken) ein Scheibchen abschneiden könnte. KORAH verfügt über drei Produktionsstudios und zwei Sendestudios mit den jeweiligen Sprecherräumen. Die technische Ausrüstung der Sendestudios hat gute Selbstfahrer-Qualität.

Hieraus entwickelt sich schnell ein VIER-MILLIONEN Jahresetat, wobei 25% für die Finanzierung der laufenden Kosten und Verwaltung dienen und 75% die reinen Ausgaben der Redaktion decken. Dieser Jahresetat hat natürlich Auswirkungen auf die Suche nach geeignetem Zielpublikum. Dies muß mit bestimmten Programmlinien und -inhalten angesprochen werden, um es an den Sender zu binden. Schließlich interessiert sich der potentielle Werbekunde vor allen Dingen dafür, wen er eigentlich bei welchem Sender ansprechen könnte mit geschalteten Werbe-Minuten. Die oben genannten vier Millionen müssen in der Hauptsache durch Werbeeinnahmen erzielt werden.

Der ideale Hörer scheint nach Zusammentragen unterschiedlicher Informationen der wie auch immer Etablierte über 30 zu sein: Er hört gern zu, ist kritisch und engagiert und hat Geld zur Verfügung, möglicherweise die im Sender angepriesenen Produkte zu kaufen.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf Budget-Überlegungen: Wo wird wieviel Geld für welche Sendung investiert? Welche Redaktionen werden finanziell stark unterstützt, welche müssen mit low-budget auskommen? Wie hart dieses Geschäft tatsächlich ist, wird an einer Äußerung der KORAH-Geschäftsführung deutlich: „Gesetzt den Fall, es gelingt uns, finanziell durchzuhalten, kriegt OK keinen Fuß mehr auf den Boden in Hamburg..."

Eine „echte" Alternative?

Auch bei KORAH erhält man auf die Frage, wie sich der Sender nach außen darstellt, eine Hochglanz-Mappe mit kurzer Programmbeschreibung, Kostenangebote für Werbe-Schaltungen und ein Formular einer Agentur, welches man nur noch zu unterschreiben braucht, um für teures Geld werbewirksam bei KORAH zu hören zu sein.

Hier orientiert sich der gemeinnützige Sendebetrieb an den harten Bandagen der „freien und privaten Markt- und Funkwirtschaft", aber auch sonst dienen bekannte Vorbilder:

Der Arbeitsablauf vor Ort und im Studio wird ähnlich wie bei OK-Radio von einem erfahrenen Funk-Hasen der öffentlich-rechtlichen Anstalten organisiert; Inhalt der Sendungen und Arbeitsstruktur zu deren Erstellung erinnern an ambitionierte NDR-Arbeit; das entsprechende Know-how verspricht Routine in den täglichen Krisenbewältigungen, verspricht aber nicht unbedingt die Formulierung einer wirklichen Alternative auf dem Funk- Sektor.

Fazit...

Trotz des Chaos vor Ort bei OK-Radio im Januar ähneln sich die beiden gemeinnützigen Sender im organisatorischen Aufbau und in der programmlichen Zielsetzung. Die Frage, ob eine mögliche Konkurrenz beabsichtigt war, wird am ehesten wohl die Hamburger Medienzentrale und der Gesetzgeber beantworten können. Daß eine Konkurrenz-Situation existiert, steht bei dem hart umkäpften Werbemarkt außer Frage.

Im Gegensatz zu anderen Modellen (hier seien Radio Z in Nürnberg oder LORA Zürich in der Schweiz erwähnt) organisiert die Anbietergemeinschaft den Sendebetrieb nicht selbst, sondern hat eher die Funktion des kontrollierenden Beobachters.

... und Fragen

Entsprechen die bis jetzt in Hamburg vermittelten Radio-Inhalte den so oft gedachten und vorformulierten Ansprüchen einer informierenden Gegenöffentlichkeit in den Medien? Ist die Verwirklichung dieser Ansprüche gerade in der Hamburger Medienlandschaft notwendig (Die Beantwortung dieser Frage fällt im Sendegebiet Bayern sicher leichter: Den bayrischen Rundfunk kann man allemal „informativ ergänzen"...)?

Muß linke Medienarbeit grundsätzlich Selbstausbeutung sein? Wie lauten die Alternativen zu der rigide durchgezogenen Orientierung am „Werbekuchen-Markt", zu der Unternehmen wie die KORAH sich entschlossen haben? Wie finanziert man ohne Werbe-Einnahmen „Linkes" Radio?

Ist die situative Illegalität zur Durchsetzung politischer Forderungen (s. Radio Freies Wendtland, Radio Hafenstraße) nicht wesentlich effektiver und eine den oben formulierten Ansprüchen entsprechendere Form, als eine tägliche und wegen finanzieller Mängel zunehmend ermüdende Routine- Radio-Arbeit (s. Radio 100, Berlin)?

Dieser Artikel soll zur weiteren Diskussion und Kommunikation über die bestehenden und geplanten Radio- (und Medien) Projekte anregen.

Hörerbrief

An die
Redaktion
Radio KORAH
Griegstr. 75
2000 Hamburg 50

Liebe Freunde,
einige Wochen nach dem Start von Radio KORAH möchte ich Euch meinen Dank und meine Glückwünsche aussprechen dafür, daß es gelungen ist, aus dem Stand ein solches Programm zum Laufen zu bringen. Es gehört schon eine Menge Professionalität, Teamgeist und Enthusiasmus dazu, aus einer so kleinen Redaktion in knapp sechs Wochen Vorbereitungszeit ein Vollprogramm zu schaffen. Dies verdient uneingeschränkte Anerkennung und Bewunderung. Deshalb möchte ich für die Kulturpolitische Gesellschaft ein erstes Fazit ziehen: Überwiegend gelungen.

Ich will hierbei auch nicht versäumen, ein paar Dutzend Glückwünsche, Komplimente und anerkennende Stellungnahmen, die bei mir in den letzten Wochen angekommen sind, an Euch weiterzugeben. Grundtenor: Endlich Radio für Erwachsene, ein Radio, das man schon wegen seiner Vielfalt gern hört, das neue Akzente setzt, aus dem man Neues und Interessantes aus Hamburg erfährt. Dies alles Bemerkungen von Menschen, die in irgendeiner Weise aktiv an Hamburg beteiligt sind, sei es in Behörden, sei es in Initiativen und politischen Gruppen, also engagierte Leute, die auch durch KORAH betroffen sind. Übrigens überwiegend Leute so um die 40, die an Radio besondere Ansprüche stellen.

Nun bleibt es nicht aus, daß auch kritische Bemerkungen fallen. Auch ich selbst möchte hierzu einige persönliche Bemerkungen beitragen. Zunächst das Positive. Das Gitarrissimo am Sonnabend ragt heraus, weil hier auf amüsant unterhaltsame Art ein Aspekt der Musik vorgestellt wird, der im Radio - wenn überhaupt - nur als belehrende Kunst mit erhobenem Zeigefinger hörbar ist. Mehr dergleichen! Überhaupt die Musik. Ich habe in letzter Zeit nie so viel Jazz, Swing, Boogie-Woogie und intelligente Popmusik gehört wie bei KORAH. Häufiger Wechsel von Musikstil und Farbe macht das Hinhören interessant.

Es gibt aber auch Schwächen: Gelegentlich schwanken Niveau und Stil so sehr, daß man geneigt ist abzuschalten. Die Sendung hält nicht das, was der erste oder zweite Titel verspricht.

Bezirksradio: Hier habe ich vieles gehört, was die anderen Sender und auch die Hamburger Presse (die ein schlechtes Unterhaltungsmedium ist) uns bisher vorenthalten haben. Manche Reportage könnte etwas präziser sein. Und dann gibt es hier und da einige Ausrutscher. Beim Bericht über 11 Jahre Frauenkneipe in Altona vermißte ich über die Andeutungen hinaus eine verständnisvolle Schilderung der quälenden Konflikte, durch die diese Institution hindurch mußte, um weiter bestehen zu können. Und die flapsige Schlußbemerkung der Reporterin: „Na, mein Fall ist das nicht, aber trotzdem herzlichen Glückwunsch" verrät wenig Takt. Gerade mit solchen Minderheiten sollten wir sensibler und behutsamer umgehen.

Aber wer kann schon fünf Stunden am Tag während der Arbeitszeit Radio hören. Eine Zusammenfassung aller Berichte und Reportagen des Tages zum festen Zeitpunkt, ergänzt um Bezirksnachrichten oder Stadtteilnachrichten, wäre da hilfreich. Außerdem sollten die Ankündigungen zur vollen Stunde regelmäßig und mit präzisen Zeitangaben erfolgen, damit man sich in die gewünschte Sendung einschalten kann, wenn man nicht Zeit und Gelegenheit hat, das Radio ständig laufen zu lassen.

Da dies mein ureigenes Arbeitsfeld ist, kann ich hier mit Tips, Hinweisen und Kontakten hilfreich sein.

Nachrichten: Das Dilemma mit dpa als einziger Quelle ist bekannt. Gleichwohl erscheint es, daß manche Nachrichten nicht hinreichend redigiert sind und auch die dpa-Tendenz ohne distanzierende Zwischenbemerkung (z.B. „wie dpa meldet") als Tendenz von KORAH erscheint. Dies gilt insbesondere für Sensationsmeldungen und Vermischtes. Auch wäre zu fragen, ob drei Minuten Nachrichten ausreichen. Ich vermisse da als Besonderheit Stadt- und Stadtteilnachrichten, auch wenn sie nicht von dpa kommen, sondern Eigenberichte und Reportagen zusammenfassen. Mal gibt es sie, mal gibt es sie nicht.

Morgenradio: Da sagen einige, die Musik sei zu lahm, andere reden von „kaltem Kaffee". Für mich unterscheidet sich KORAH nicht deutlich genug von den anderen Dudelwellen. Es dominiert zu sehr die Vokalmusik. Wie wär's denn mal mit wirklich heißen Sachen aus den roaring fifties? Aber über Musikgeschmack läßt sich trefflich streiten. Zu kurz kommen im Morgenradio die Information und die Nachrichten. Ist dies doch die Zeit, in der sehr viele intensiv Radio hören. Ich brauche morgens, wie bei NDR 1, um sieben Uhr meine überregionalen Nachrichten und Berichte und um acht Uhr mein „Hamburg aktuell".

Litfaßsäule: Ich habe selten Zeit, um 12.30 Uhr eine Stunde Veranstaltungskalender zu hören, und selbst dann ist die KORAH-Litfaßsäule häufig sehr beliebig und undifferenziert. Das läßt sich durch Strukturierungen ändern, wenn z.B. diejenigen Veranstaltungen, die von KORAH hervorgehoben werden, deutlich herausgehoben werden, andere halt bloß angesagt werden. Es sollte immer erkennbar sein, warum KORAH eine Veranstaltung empfiehlt. Auch hier etwas für die Ökonomie des arbeitenden Hörers: Kompakt wäre besser.

3.-Welt-Radio: Ausgezeichnet die Perspektive, aus der berichtet wird (von unten nämlich). Davon sollte häufiger etwas im Programm sein. Mitunter geht durch die Musikpausen der Zusammenhang verloren. Darauf sollte der Moderator achten.

Knut Kiesewetter: Brillant seine erste Sendung. Hier wurden Schätze gehoben. Bei der letzten Sendung hat sich der so beschlagene Kiesewetter wieder in seinen nordfriesischen Heimatwinkel zurückgezogen. Der kann doch viel mehr.

Ich bin mir im klaren: dies ist zufällig, willkürlich und punktuell. Ganz sicher sind mir andere gute Sendungen entgangen.
Ich vermisse auch noch den politischen Biß und die treffende Frechheit im Umgang mit mancher Zeiterscheinung, mit Astrologen zum Beispiel. Auch an manches, was in dieser Stadt passiert, sollte mit mehr Forschheit herangegangen werden. Aber all' das ist auch schon da und sollte weiter kultiviert werden.

Zum Schluß eine Bitte: Sagt es uns auch, wo Ihr Hilfe braucht und wo ihr auf Schwierigkeiten stoßt. KORAH - das sind schließlich alle.
Mit herzlichen Grüßen
Walter Seeler
Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
(Mein Tip an den werten Briefschreiber: Vielleicht ist noch eine Stelle für freie Mitarbeit bei Radio KORAH frei??? die setzerin.)

BLITZLICHTER & HALTSIGNALE & DRINGENDER APPELL & BLITZLICHTER & HALTSIGNALE

„Die Befugnis des denkenden Menschen hängt an seinem geschärften Bewußtsein für die Krise und Bedrohung, in die das Subjekt der Geschichte jeweils getreten ist. Dieses Subjekt ist beileibe kein Ideal, sondern die sich wehrenden Unterdrückten in ihrer exponiertesten Situation."
(Walter Benjamin)

MAN LIEST UND SIEHT: seit fast 2 Monaten schießen israelische Soldaten aus nächster Nähe palästinensische Jugendliche nieder, schlagen demonstrierende Schulkinder bis zur Bewußtlosigkeit zusammen, verschleppen im Gaza-Streifen sogar Verletzte aus den Krankenhäusern, sperren Tausende in eilig errichtete Internierungslager, die sie in rechtsunwürdigen Schnellverfahren vor Militärgerichten verurteilen – und „deportieren" Palästinenser aus ihrer Heimat.

SO BERICHTEN DIE MEDIEN, WEIL ES TATSACHEN SIND. DOCH DAS BILD DER GEFAHREN EINES GESCHUNDENEN VOLKES, DAS UNS AUFBLITZT, ERSCHEINT NOCH GANZ ANDERS:

Palästinenser sind Leute mit einer Heimat, auf die ihnen kein Recht zugestanden wird, wohl aber Flüchtlingslager aus denen sie noch als Flüchtlinge doppelt vertrieben werden: in Internierungslager oder Gefängnisse oder in die „Deportation" der Lager des Libanon, wohin ihnen die israelischen Hubschrauber folgen.

WER STOPPT ISRAEL VOR SOLCHEN TATEN? WER BEENDET DIE UNERHÖRTE ODYSSEE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES?

Die Palästinenser sind offenbar der Auffassung, daß die Zeit alleine überhaupt nicht arbeitet, und deshalb ist auch ihr Winter heiß. Im Lager Khan Yuni, im Gaza-Streifen, sagt einer: „Sehen Sie sich um – wir haben nichts mehr zu verlieren."

Der Gaza-Streifen ist das **größte Flüchtlingslager der Welt:** 650 000 Menschen leben zusammengepfercht auf einem Terrain von 42 Kilometer Länge und 5 bis 12 Kilometer Breite.

Medico international will hier in den Lagern die dringend benötigte Notklinik „al Shate" versorgen & sichern und einen mobilen ärztlichen Notdienst in der Westbank ausrüsten.

WIR BENÖTIGEN DAFÜR UNBEDINGT RASCHE & REICHLICHE SPENDEN.
Stichwort: „Palästina". Konto: 1800 Stadtsparkasse Frankfurt oder Postgiro 6999-508 Köln.

Medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. (069) 4990041.

BLITZLICHTER & HALTSIGNALE & DRINGENDER APPELL & BLITZLICHTER & HALTSIGNALE

Go on ... radio

„Neue Medien und Technologien: Lokalradio"

Unter diesem verheißungsvollen Titel treffen sich im März die Südlichter der bundesdeutschen Radio-Szene unter dem Dach der Georg-von-Vollmer-Akademie und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kochel-am-See. Angekündigt sind Profis aus öffentlich-rechtlichen Redaktionen ebenso wie kulturpolitische und konzeptionelle Vordenker der alternativen Radioszene Bayerns.

Handwerkliches und Grundsätzliches sollen gleichermaßen zur Sprache kommen. Höhepunkt soll eine Podiumsdiskussion über Rundfunkkonzeptionen in Bayern zwischen Leuten der BR Kulturredaktion, von der Zündfunkredaktion (BR), von Radio Z Nürnberg, Radio regionales Kulturnetz Regensburg und Radio Lora München werden.

Anmeldung für das Seminar (vom 7.-11. März) ist bei Matthias Lahmann (c/o LORA München, Schwanthaler Str. 76, Rgb., 8000 München 2)

Für ihn (und sicher auch andere) ist dies jedoch erst der Auftakt einer weiterzuführenden Diskussion. Zwei bundesweite Folgeseminare sind in Planung, schreibt uns...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Rezension

Red. Heidelberg Viele lassen bei dem Wort „Versicherung" die Rolläden runter und wollen mit diesem Thema so gut wie nichts zu tun haben. Die (Vor)Urteile sind hinreichend bekannt, meistens auch berechtigt.

Seit einiger Zeit ist die alternative Szene um eine eigene Leistung, sprich: Buch, reicher. Der Titel: „Im Rachen des Löwen Ein Fairsicherungsleitfaden für Betriebe & Freiberufler incl. wichtiger Privatversicherungen." Der Verfasser: Friedel Rohde, Versicherungsfachwirt, Gründer und Mitstreiter des Berliner Versicherungsbüros. Mit seinen Kollegen ist er auch Mitglied im „Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden". Das Buch: Es ist prima. (Ein wenig Kritik etwas später.) Es ist gebrauchsfähig. (Komplizierte Sachverhalte lassen sich nun einmal nicht immer unkompliziert beschreiben. Deswegen eine Bitte: Nehmt Euch Zeit zum Lesen und Verstehen. Es macht sich bezahlt.)

Meine Fragen zum Buch

Warum beschränkt sich der Inhalt des Buches nur auf praktische Tips und nützliche Hinweise? Wo bleiben die kritischen Anmerkungen zum Versicherungswesen, zum System, zu den teilweise haarsträubenden Arbeitsmethoden der Versicherungsunternehmen? Auch fehlt mir die Erklärung, was WIR - damit meine ich: Dich Friedel und die Menschen im „Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden" und all die ANDEREN (ja, es gibt sie!) - mit dem Ding „Versicherung" anders - eben alternativ - machen möchten. Warum schreibst Du kein Wort über das Dilemma, in dem wir uns befinden: Dem herrschenden System - den etablierten Versicherungsunternehmen - haben wir derzeit nichts Alternatives entgegenzusetzen, (Gründung einer eigenen Versicherungsgesellschaft, auf der Anspruchsbasis der Ökobank).

Indem wir diese Fakten und Probleme öffentlich machen, können wir das Ding „Versicherung" annehmbarer machen. Dazu gehört die unverzichtbare Zusammenarbeit zwischen den Menschen und Projekten, die eine Versicherung nun einmal brauchen, und uns als Berater, Informant, Vermittler und Betreuer. Das bestehende System hat gewaltige Macken, aber auch seine akzeptablen Seiten. Die sollten wir uns zueigen machen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, nach besseren Wegen zu suchen. Es müssen nicht immer gleich total neue Sachen sein, die sich kaum umsetzen lassen.

Warum werden in dem Buch nicht die wichtigen Themen Altersversorgung, Berufsunfähigkeit und Absicherung bei Krankheiten behandelt? Gerade Betriebe und Freiberufler stellen hier die meisten Fragen. Und auch hier, wenn überhaupt, bieten sich alternative Versicherungskonzepte an. Viele Menschen wissen nicht einmal, was sie von den gesetzlichen Rententrägern zu erwarten haben, oder daß sie sogar einen Anspruch auf eine Altersversorgung - wenn auch minimal - besitzen.

Warum ist der „Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden" nicht in der Lage, eine gemeinsame Publikation herauszugeben - egal ob als Buch oder regelmäßige Information -, in der alle wichtigen Versicherungsdinge mit Tips und Ratschlägen behandelt werden, und in der sich die Vielfältigkeit der Verbundmeinungen und Erfahrungen, u.a. mit dem Vorstellen von alternativen Versicherungskonzepten, widerspiegelt? Alle diese Dinge gehören nach meiner Auffassung dazu. Im Buch steht davon leider nichts.

Es sind gute Ansätze in unseren Reihen vorhanden, mit dem Unding „Versicherung" umzugehen. Alle selbständigen und/oder selbstverwalteten Projekte sind angesprochen, gemeinsam nach „Alternativen" zu suchen und sie anwendungsfähig zu machen. Es darf dabei keine Rolle spielen, wer wo dazugehört - das Spektrum der möglichen Abgrenzungen ist zu groß. Außerdem: Wer nicht zu uns gehört, geht von selbst. Wichtig ist unsere Aufgabe: Etwas für die Menschen zu tun, die uns brauchen, die uns nahestehen, die unter uns sind - sozial, gesellschaftlich und politisch

Friedel Rohde: Im Rachen des Löwen. DM 16,80 in jeder Buchhandlung oder beim Rotationsverlag Mehringdamm 51 1000 Berlin 61
☎ (030) 692 79 34

Peter Lüdicke

Das Zentrum für Kooperation und Partizipation

Ein Entwurf des Arbeitskreises für Kooperation und Partizipation e.V. Berlin

Elmar Sing

Wissenschaftliches Konzept

Die konzeptionellen Überlegungen für ein Zentrum für Kooperation und Partizipation (ZKP) sind von dem Grundverständnis geleitet, eine Institution zu schaffen, die sich relativ nah an den forschungs- und bildungspolitischen Interessen des kooperativen Sektors orientiert. Der „kooperative Sektor" reicht hierbei von Partnerschafts-, Gemeinschafts-, Belegschaftsunternehmen, Selbstverwalteten Betrieben, den „neuen Selbständigen" und Gründerunternehmen bis hin zu Genossenschaften und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Arbeitsschwerpunkte des ZKP sind:

a) **Grundlegende Funktion und Rolle des kooperativen Sektors.**
Das Zentrum soll hier durch Arbeiten zu den Rollen und Funktionen, Wesensmerkmalen und Charaktereigenschaften, Existenz- und Kontinuitätsbedingungen, Standort und Bewertungsfragen kooperativer Betriebe Grundlagenwissen bereitstellen.
b) **Kooperationsspezifisches Management, Organisation und Personalentwicklung**
Das Zentrum hat hier durch Hilfen bei der Konzept- und Personalentwicklung spezifische Unterstützung des kooperativen Sektors zu leisten.
c) **Finanzierungs- und Marktbeziehungen kooperativer Betriebe**
Ansatzpunkte für Arbeiten des Zentrum ergeben sich hier sowohl durch die Entwicklung finanzieller und marktmäßiger Lösungsstrategien als auch durch die Einrichtung eines Betriebs und Branchenvergleichs zur Verbesserung der betrieblichen Informationsbasis.
d) **Kooperativ, Umwelt- und Regionalentwicklung**
Das Zentrum soll prüfen, welche Bedeutung und welche Möglichkeiten kooperative Unternehmen für die notwendige ökologische und regionale Umstrukturierung der Wirtschaft haben können.
e) **Kooperativ und Recht**
Das Zentrum soll sich mit der Analyse rechtlicher Rahmenbedingungen und ihrer den kooperativen Sektor fördernden Weiterentwicklung befassen.

Organisatorisches Konzept

Um eine enge Verknüpfung zwischen Wissenschaftsbereich auf der einen Seite und Betriebsbereich auf der anderen Seite zu realisieren, sollen forschungsbegleitende Projekt- oder Fachgruppen aus Vertretern der betrieblichen Praxis eingerichtet werden. Sie sind folgenden Abteilungen zugeordnet:
- Kooperationsspezifische Grundlagenforschung und Theoriebildung,
- Betriebliche Kooperation, Mitarbeiterbeteiligung, Selbstverwaltungs-, Genossenschafts- und Gemeinwirtschaft
- Kooperationstransfer und Forschungsvermittlung,
- Kooperationsspezifische Informations-, Koordinations- und Öffentlichkeitsarbeit.

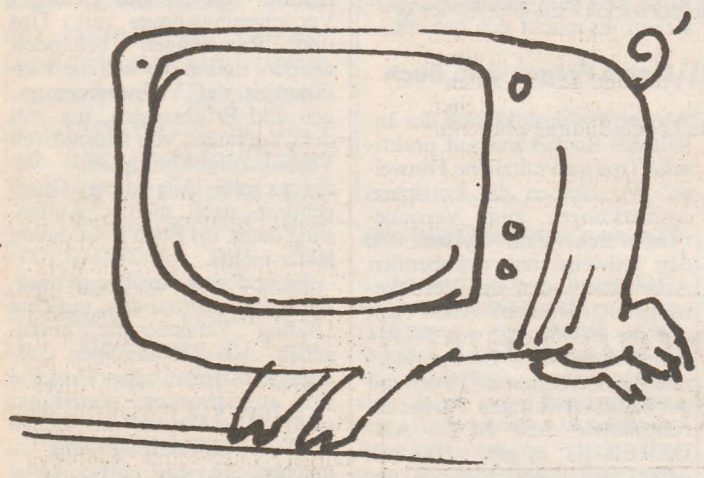
Die Abteilungen sind in ihrer Arbeit von einem kooperativen Weisungsorgan, der „Wissenschaftlichen Geschäftsführung", abhängig. Sie übernimmt im Rahmen der Grundsatzbeschlüsse eines Kuratoriums der Träger des Zentrums das laufende Institutsmanagement.

Rechtliches und finanzielles Konzept

Als Garant für Stabilität und Unabhängigkeit gilt hier die rechtsfähige Stiftung des Privatrechts. Wer allerdings als Stifter und damit letztlich als Träger des Zentrums in Frage kommt, läßt sich bis heute noch nicht abschließend beantworten. Grundsätzlich soll jedoch aufgrund des gewollten Praxisbezuges den Betrieben bzw. ihren Interessenvertretern ein dominanter Einfluß im Kreis der Träger und der Organe eingeräumt werden.

Das Zentrum finanziert sich aus Zinsen und Dividenden, aus staatlichen und privaten Zuschüssen (Förderungsbeiträgen, Spenden), aus Institutserträgen und sonstigen (verkaufsabhängigen) Einnahmen sowie aus Drittmitteln.

Zur Dokumentation der Ziele und möglicher Organisationsformen des Zentrums und zur kontroversen Diskussion darüber siehe auch:
Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation (Hrsg.): Das Zentrum für Kooperation und Partizipation, Baden-Baden: Nomos, 1987.



NETZWERK SELBSTHILFE
HOLSTEIN UND SCHLESWIG E.V.

Gerade erschienen
(Stand: August 1987)

STATT- UND LANDBUCH 1988
300 Adressen, 200 Selbstdarstellungen selbstverwalteter Betriebe und Projekte aus ganz Schleswig-Holstein. Übersichtlich geordnet, Orts-, Sach- und Namensregister.

1987, 264 Seiten, 12,- DM
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
(Wiederverkäufer, Büchertische etc. 30 % Rabatt)

Forschungspolitische Anmerkungen aus der Sicht Selbstverwalteter Betriebe

Red. Rhein/Main Als Mitglied des *Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation (AKP)* und eines Selbstverwalteten Betriebes hätte ich lieber ein dezentrales Institutsmodell gesehen. Trotzdem bietet das vorliegende „zentrale" Modell auf den ersten Blick theoretisch immer noch genügend Kooperations und Partizipationsmöglichkeiten für Selbstverwaltete Betriebe. Offen bleibt allerdings die Frage, ob diese auch in der konkreten Instituts-Praxis realisiert werden können. Auf den zweiten Blick stellen sich eine Reihe von Detailfragen zu den forschungspolitischen Intentionen und Möglichkeiten des Zentrums:

Elmar Sing

Zum wissenschaftlichen Konzept

Das Zentrum wird verstanden als Institution, „die sich relativ nah an den forschungs- und bildungspolitischen Interessen des kooperativen Sektors orientiert". Doch wie lauten diese Interessen und wer formuliert sie letztlich? Wer sonst, wenn nicht die Betroffenen, also die Betriebe? Woher stammen die notwendigen Kriterien für die anwendungsorientierte „Kategorisierung und Definition von Wesensmerkmalen kooperativer Betriebe"?

Die im Institutskonzept vorgeschlagenen Schwerpunktsetzungen (a-e) entsprechen **insgesamt** der Problemstruktur und damit dem Forschungsbedarf im Bereich der selbstverwalteten Betriebe. Es darf sich deshalb keine Arbeitsteilung herausstellen, etwa in der Art, daß die Betriebspraktiker sich auf die Schwerpunkte B (Kooperationsspezifisches Management, Organisation und Personalentwicklung) und C (Finanzierungs- und Marktbeziehungen kooperativer Betriebe) beschränken, während die anderen Schwerpunkte den „Theoretikern" überlassen werden.

Zum organisatorischen Konzept

Mögliche Tendenzen in diese Richtung deuten sich bereits in der vorgeschlagenen Aufbauorganisation an, trotz Betonung der „obligatorischen Integration des Praxisbereichs". So sollen z.B. BetriebsvertreterInnen lediglich in forschungs**begleitenden** Projekt- oder Fachgruppen tätig werden. Eigene Forschungskompetenzen werden auf „praxisorientierte Beratung und Kontrolle der Forschungsvorhaben" reduziert.

Zum rechtlich/ finanziellen Konzept

Gerade angesichts der geringen ökonomischen Ressourcen ist es für Selbstverwaltete Betriebe von elementarem Interesse, daß für das Zentrum mit der rechtsfähigen Stiftung des Privatrechts **tatsächlich** ein neutrales Dach gefunden wird. Gradmesser für die interne Kooperationsbereitschaft wird hierbei die Tatsache sein, inwiefern es gelingt, den gesamten kooperativen Sektor, unabhängig von seinem finanziellen Engagement, in der Trägerschaft und in den Organen des Zentrums zu repräsentieren.

Die Beantwortung dieser offenen Fragen hängt entscheidend davon ab, von welcher Seite eine fundierte Kritik des vorgelegten Institutskonzeptes an den AKP herangetragen wird. Leider ist die dazu notwendige Grundlage (die Dokumentation aus dem Nomos-Verlag) nur wenigen Selbstverwalteten Betrieben bisher bekannt, so daß zwangsläufig die Beiträge der „wissenschaftlichen / theoretischen Seite" bislang überwiegen. Wollen wir - die SelbstverwalterInnen - uns nicht damit begnügen, uns wieder einmal beleidigt nach der Errichtung des Instituts über mangelnde Einbindung zu beklagen, so müssen wir uns aktiv an der Konzeptdiskussion beteiligen. So verstehe ich mich innerhalb des AKP-Vorstandes als Kollege und Ansprechpartner für Selbstverwaltete Betriebe.

Vielleicht können wir auf dem vorgesehenen Kongreß der Selbstverwalteten Bildungswerke einen entsprechenden Beitrag erarbeiten, der dann auf der nächsten AGP-Tagung im Oktober/November eingebracht werden kann (Thema: Kooperatives Management - Bestandsaufnahme, Konflikte, Modelle, Zukunftsperspektiven).

Kontakt: Elmar Sing
Beethovenstr. 28
7750 Konstanz
☎ (07531) 6 36 90

Die AKP-Torte:

Wieviel Krümel für die Szene?

Red. Rhein/Main Vor einiger Zeit entdeckte ich sie: die Selbstverwaltung, die Alternative(n), die Basisdemokratie ... ein Schimmer am Horizont. Und voller Begeisterung zog ich aus, sie zu erkunden - naheliegenderweise (ich studiere noch) über Seminare, Gespräche und/oder Literatur. Und für die Zukunft malte ich mir rosige Bilder: Wie wär's mit Bildungsarbeit im Selbstverwaltungssektor? Ein selbstverwaltetes Tagungshaus, Inhalte vermitteln, hinter denen ich stehe, anders lehren und lernen, „die Idee" stärken.

Andrea Gerth

Bei der Beschäftigung mit dem Bildungsbereich in der Szene entdecke ich jedoch immer mehr dunkle Flecken, bleiben für mich wesentliche Fragen offen. Anläßlich des nebenstehenden Artikels über den „Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation" (AKP), schnupperte ich interessiert in dem Buch über das Konzept des vom AK geplanten „Zentrum für Kooperation und Partizipation" (ZKP). Und wurde immer skeptischer, enttäuschter, wütender. Denn je mehr ich las, desto größer wurde mein Verdacht, daß sich hinter dem so wohlklingenden Namen ein ganz normales Institut verbirgt, eines, das man gründet, um seine wissenschaftliche Karriere zu fördern, um einige Freunde und Bekannte über ABM-Stellen für eine gewisse Zeit finanziell abzusichern, um seinen Namen publik zu machen. Und das alles im Namen und für die „Neue Welt"?

Genug des allgemeinen Meckerns. Ich will versuchen, die Fragen und Vorstellungen, die beim Lesen auftauchten, etwas genauer zu formulieren.

Da soll also ein Forschungs- und Transferinstitut entstehen für den kooperativen Sektor. Es soll der Weiterentwicklung und Verbreitung der Selbstverwaltungsidee dienen und die Überlebenschancen kooperativer Projekte erhöhen. **Forschung, Bildung und Beratung** sind die Begriffe, die immer wieder auftauchen und die den Aufgabenbereich des Zentrums charakterisieren. Doch nirgends wird die Frage gestellt, was das denn eigentlich ist: Forschung - Bildung - Beratung. Was steckt da für ein Selbstverständnis dahinter, wenn ich mich als Forscherin bezeichne? Wie kann Bildung den Ansprüchen von Selbstbestimmung, Emanzipation und Aufklärung entsprechen? Welche Art der Beratung verhindert neue Abhängigkeiten? Auf all diese Probleme wird nicht eingegangen, die Begriffe werden unhinterfragt benutzt. Da man sich ja auf den Alternativsektor ausrichtet, „ist doch klar, daß man was anderes will" - oder?

Grundlagenforschung soll das Zentrum leisten, Aufgaben öffentlichen Interesses wahrnehmen. Und die dient dann dazu, die „Spreu vom Weizen zu trennen", indem z.B. die Wesensmerkmale kooperativer Betriebe bestimmt werden, damit wir endlich wieder wissen, wo's lang geht, wer dazugehört und wer vom anderen Ufer ist. Denn wer sich als „selbstbestimmt arbeitend" bezeichnen darf und wer nicht, das sagt uns dann die Expertin (vom Zentrum).

Grundlagenforschung im Sinne der Erforschung grundlegender Probleme ist in meinen Augen dringend erforderlich, doch stellen sich da für mich Fragen wie „Ist etwas gänzlich Neues möglich, wenn wir die alte Sprache beibehalten?" (Beispiel: Wenn wir den Begriff Bildung benutzen, um **unsere** Art des Lernens und Lehrens zu beschreiben, wie leicht rutschen wir in unserem Handeln dann wieder in die herkömmlichen Formen?) Oder auch: „Führt Forschung, die in zentralen Instituten stattfindet, nicht zu 'Entwicklungshilfeschäden', d.h. wird den Betroffenen nicht die Möglichkeit genommen, aus ihren eigenen Erfahrungen zu lernen - eine Form, die sicherlich fundierter und präsenter ist als das Wissen aus der Konserve?"

Anwendungsforschung ist das andere Standbein, auf dem das Zentrum stehen soll; es wird vom Leistungsangebot an den kooperativen Sektor gesprochen. Und ein paar Seiten später wird all dies wieder relativiert, der SB-Markt für Selbstverwaltung wieder geschlossen: Unmittelbare Beratung kooperativer Betriebe soll nicht in den Aufgabenbereich des Instituts fallen. „Ansonsten besteht die Gefahr, daß die Belange der unmittelbaren Beratung dominant werden und in der Konsequenz zu einer Beeinträchtigung der Forschung und Untersuchung des Sektors 'kooperative Betriebe' führen." (Konzept des ZKP, S. 17)

Hier wird für mich wieder deutlich, daß Begriffe zwar verwendet werden, weil sie einfach „dazugehören", daß aber ihre Umsetzung dann doch nicht ernstgenommen wird, weil „wo kämen wir da hin, wenn die Betroffenen tatsächlich mitreden wollten". Partizipation ja - aber bitte nur, solange es in meinen Forschungsantrag paßt oder über Reisekosten abzurechnen ist!

Auch Schlagwörter wie **Betroffenen- oder Aktionsforschung** kommen vor. Die Distanz zwischen ForscherIn und Beforschten soll verringert, wenn nicht aufgehoben werden. Dazu diskutiert der AKP Themen wie „Forschungssemester" oder „Gastprofessuren" für Mitarbeiter aus selbstverwalteten Betrieben. Sicherlich wird über solche Möglichkeiten spekuliert. Doch gleichzeitig wissen alle (auch diejenigen, die dieses Thema einbringen), daß die Rechnung nicht aufgeht, denn: Wer soll das bezahlen? Etwa die Festangestellten des Zentrums, die dann im Austausch im Projekt des „Gastprofessors" arbeiten?

Alles in allem werde ich das Gefühl nicht los, daß der Name „Arbeitskreis für Kooperation und **Partizipation**" doch noch bewußter gewählt wurde, als frau gemeinhin annehmen sollte. Denn beim Nachschlagen im Duden fand ich folgende Erklärung für „partizipieren": „von etwas, was ein anderer hat, etwas abbekommen". Also ein Institut der Forschenden, von dem der Szene auch ein paar Krümel übrigbleiben?

30 Mill. gefordert

Red. Heidelberg Auf ihrer Mitgliederversammlung am 17.01.1988 in Stuttgart hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg (LAKS Baden-Württemberg) im Hinblick auf die Landtagswahlen 1988 ein Entwicklungsprogramm zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen beschlossen und in Anwesenheit von Elisabeth Nill (SPD-MdL) und Waltraud Ulshöfer (Grüne-MdL) in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die LAKS Baden- Württemberg wurde 1982 gegründet und hat derzeit 35 Mitgliedseinrichtungen. Auf Bundesebene ist sie der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren angeschlossen. Die kulturpolitische Arbeit hat 1985 zu einem Landtagshearing und in der Folge zu einem eigenen Haushaltstitel im Doppelhaushalt 1986/87 in Höhe von je 0,5 Mio. DM geführt, die für Investitionsmaßnahmen in den alternativen Kultureinrichtungen bereitgestellt wurden.

Eckard Holler

Entwicklungsprogramm zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen

1. Das Ziel dieses Entwicklungsprogramms ist es, in allen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg die Voraussetzungen zu schaffen, soziokulturelle Einrichtungen in Selbstverwaltung der örtlichen Kulturinitiativen aufzubauen. Die soziokulturellen Einrichtugen sollen in die Lage versetzt werden, fortlaufende kulturelle Programme anzubieten, eigene künstlerische Projekte zu entwickeln und kontinuierliche Bildungsangebote zu machen.
   Das Entwicklungsprogramm zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen ist mit 30 Mio. DM auszustatten.
2. Die 30 Mio. DM sind für folgende Zwecke bereitzustellen:
   a) 10 Mio. DM als Baumittel (Stadtqualität).
   In verschiedenen Städten Baden-Württembergs besteht ein erheblicher Mittelbedarf für bauliche Maßnahmen für soziokulturelle Einrichtungen, die in den nächsten Jahren eröffnet werden sollen.
   b) 5 Mio. DM für Investitionsmittel (statt bisher 500.000,-- DM), da sich gezeigt hat, daß die bislang zur Verfügung gestellten Mittel bei weitem nicht ausgereicht haben. Die Verwendungszwecke für die Investitionsmittel sind sinnvollerweise auf Renovierungs- und Ausbaumaßnahmen, bei denen die räumlichen Verhältnisse verbessert werden (Heizungs-, Be- und Entlüftungsanlagen, Renovierung von Fußböden, Decken und Wänden, WC-Anlagen, Erneuerung von elektrischen Anlagen, Raumgestaltung usw.) auszudehnen, um für künstlerische Produktionen, Veranstaltungen und Bildungsangebote angemessene Bedingungen zu schaffen. Die Investitionsmittel sind auch für die Ausstattung von Büro-, Werk- und Unterrichtsräumen vorzusehen.
   c) 5 Mio. DM als Projektförderungsmittel zur Durchführung konzeptioneller Maßnahmen (Musiktage, Filmwochen, Kulturwochen, Festivals u.ä.), wobei eine Unterteilung der Mittel jeweils zur Hälfte für technische und Realisierungsaufwendungen vorgeschlagen wird.
   d) 3 Mio. DM für Maßnahmen im Bereich Aus-, Fort- und Weiterbildung, wobei davon auszugehen ist, daß dieser Bereich in der soziokulturellen Arbeit künftig einen höheren Stellenwert bekommen wird.
   e) 4 Mio. DM zur Schaffung von Arbeitsplätzen in soziokulturellen Einrichtungen (Personalmittel).
   Im Bereich der Soziokultur wurde in den vergangenen Jahren in einem großen Maße ehrenamtlich gearbeitet. Angesichts der Ausweitung der Tätigkeit und der gestiegenen öffentlichen Ansprüche ist jedoch eine teilweise Professionalisierung unumgänglich geworden. Aus diesem Grunde wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert.
   f) 3 Mio. DM Zuschüsse für Betriebsmittelausgaben.
3. Es wird eine Weiterqualifizierung von MitarbeiterInnen soziokultureller Einrichtungen und die Schaffung von entsprechenden Studiengängen gefordert. Den MitarbeiterInnen ist die Möglichkeit zu geben, sich an Hoch- und Fachhochschulen in Aufbaustudiengängen und durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu qualifizieren. Diese Angebote sind in Verbindung mit den soziokulturellen Einrichtungen einzurichten.
4. Die soziokulturellen Einrichtungen sind als Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung anzuerkennen.
5. Die Förderung von soziokulturellen Einrichtungen im ländlichen Raum ist eine besondere Aufgabe des Landes. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Sitzgemeinden, wie auch die zuständigen Landkreise in der Regel überfordert sind, wenn sie kommunale Komplementärmittel in einer Höhe zur Verfügung stellen sollen, die in den Mittel- und Großstädten möglich sind. Wenn bei soziokulturellen Einrichtungen Komplementärmittel verlangt werden, sind die Eigenmittel eines örtlichen Förder- bzw. Trägervereins als Komplementärmittel anzuerkennen.
6. Die Situation der soziokulturellen Arbeit in Baden-Württemberg ist mittels eines vom Land geförderten Forschungsprojektes zu untersuchen. Mit der Durchführung des Forschungsprojektes ist die LAKS Baden- Württemberg zu beauftragen.
7. Die Begriffe „Soziokultur" und „soziokulturelle Zentren" sind in den amtlichen Sprachgebrauch aufzunehmen.

Dieser Forderungskatalog wurde auf der Mitgliederversammlung der LAKS Baden-Württemberg in Stuttgart, am 17.01.1988 mehrheitlich angenommen.

Bei der Medienwerkstatt Freiburg gibt's ab sofort eine NEUE VIDEOFILM-LISTE zu folgenden Videos:

- „Projekt Arthur" - die Gewaltfrage 1986 BRD
- „Neue Kunst des Strafens" - Knast BRD
- „9 Tage auf den Barrikaden" - Häuserkampf in Dänemark
- „Kraak de Leegstand" - Kraakerbewegung in Amsterdam
- „Martxa eta Borroka" - Kampf der Basken um Autonomie
- „Plastic Bullets" - Aufstandsbekämpfung in Irland
- „Cuentame de Esteli" - Nicaragua
- ab März - „Schatila" - Lagerkrieg in Beirut

Erhältlich bei:
Medienwerkstatt Freiburg
78 Freiburg, Konradstr. 20
☎ (0761) 70 97 57

Bundesmittel für die Soziokultur
Ein neuer Fonds nimmt seine Arbeit auf

Erstmals 1988 kann der im vergangenen Jahr als Verein gegründete „Fonds Soziokultur e.V." seine Arbeit aufnehmen. Bundesmittel in Höhe von DM 200.000 stehen in diesem Jahr für die Förderung und Unterstützung der Soziokultur zur Verfügung.

Aufgabe des „Fonds Soziokultur" ist die Förderung einer kulturellen Praxis, die die alltägliche Lebenswelt in die Kulturarbeit miteinbezieht. Die Entwicklung der kulturellen Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen durch Vermittlung und Aneignung kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen und durch die Ermutigung und Befähigung zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben soll dabei das zentrale Ziel sein.

Die Förderpraxis des „Fonds" wird sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe sowie der Unterstützung von Selbstorganisation und Selbstverwaltung in der Kulturarbeit orientieren. Die konkreten Vergaberichtlinien liegen zur Zeit erst im Entwurf vor, weil deren endgültige Definition nach der Satzung des Fonds Soziokultur einem Kuratorium vorbehalten ist, das sich vorraussichtlich im April dieses Jahres konstituieren wird. Danach kann über Anträge entschieden werden. **Die Antragsfrist endet am 31. Mai 1988.** Interessenten können sich ab sofort an den
Fonds Soziokultur e.V.
Stirnband 10
5800 Hagen 1 wenden.

Betriebliche Fortbildung - Wohin?

Schwerpunktverlagerung in der Qualifizierungs- und Beratungsarbeit: Das Spezifische der Selbstverwaltung (wieder) finden

Red. Rhein/Main Mit dem Entstehen des alternativ-ökonomischen Sektors Anfang der siebziger Jahre und der einsetzenden Professionalisierung der Betriebe und Projekte Ende der 70er Jahre entstand parallel dazu ein Qualifizierungs- und Beratungsbedarf für diese Wirtschaftseinheiten. Anfänglich bestand der Anspruch, die Weitergabe von Erfahrungen und von betriebswirtschaftlichen Kenntnissen durch vernetzte Strukturen selbst zu organisieren. Allein dieser Ansatz ist mehrheitlich Wunschdenken geblieben. Die Betriebe hatten genug mit sich selbst zu tun oder waren frühzeitig ausgebrannt von vielen fruchtlosen Bemühungen, sich zu vernetzen (Betriebetreffen, Branchentreffen, Projektemessen, Netzwerk).Stattdessen bildete sich eine neue Gilde heraus, die in die Lücke des Qualifizierungs- und Beratungsbedarfs stieß - die Berater.

Hubert Kant

Oft schlecht beraten

Die Berater beschäftigten sich haupt- oder nebenamtlich mit den Problemfeldern der selbstverwalteten Betriebe und versuchten, mit dieser Arbeit ihre eigene Existenz abzusichern. Leider nahmen nur sehr wenige BeraterInnen ihr Klientel zum Vorbild, indem sie ebenfalls einen selbstverwalteten Betrieb gründeten. Viele von ihnen schlugen sich als EinzelkämpferInnen durch, mit der Folge, daß notgedrungen eine Spezialisierung auf Buchführungsfragen, Steuerproblematik, Werbung, Finanzierung o.ä. stattfand. Eine umfassende Betriebsberatung, in der die Dependenz der Einzeldisziplinen zum Tragen gekommen wäre, war und ist bis heute eher die Ausnahme.

Jüngstes Beispiel einer verfehlten Beratungstätigkeit ist die Bundschuhdruckerei, bei der einseitig das Augenmerk auf die Finanzen gelegt und die interne Organisation vernachlässigt wurde (siehe CONTRASTE Nr. 9/87).

Das Spezifische der Selbstverwalteten Betriebe, das *Kollektivmanagement,* war nie eigentlicher Gegenstand der Beratungsarbeit. Neuere Forschungsarbeiten zur Selbstverwaltungswirtschaft belegen, daß Finanzierungsfragen, Buchführungsfragen, Werbung etc. weit vor Kollektivproblemen rangieren. Die Parole hieß: „Ohne Chef", wobei die Frage „Was dann"? vernachlässigt wurde. Die Betriebe waren mit den Reibungsverlusten, die bei der Entscheidungsfindung auftraten, und mit den informellen Hierarchien auf sich alleine gestellt und überfordert. Große Fluktuation und Frustation waren die Folge.

Das Eingeständnis von Schwierigkeiten auf diesem Gebiet kam der Bankrotterklärung der Selbstverwaltungsidee gleich. Die Berater spielten sich oftmals als Gralshüter von Selbstverwaltungsprinzipien auf, mit denen die Betriebe längst nicht mehr zurechtkamen. Konfliktlösungsstrategien und die Entwicklung von adäquaten Organisationskonzepten sowie eine verbesserte Kommunikationskultur blieben dagegen aus. Ebenso wurde die gezielte Unterstützung von Teamarbeit vernachlässigt. Stattdessen gab es heftige Diskussionen um Rechtformen und natürlich um das liebe Geld.

Es hat sich herausgestellt, daß ein enges Zusammenwirken von Kommunikationskultur und Wirtschaftlichkeit besteht. Betriebe, in denen sich die MitarbeiterInnen nicht vernünftig austauschen können, geraten leicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

In Betrieben, in denen die persönlichen Ebenen der MitarbeiterInnen mit einfließen sollen, bleibt die Gruppendynamik zwangsweise nicht außen vor. Es hat sich als nicht genügend erwiesen, das Persönliche ausdrücklich im Betrieb zuzulassen, ohne gleichzeitig neue Formen des Miteinanderumgehens zu entwickeln und sie auf die betriebliche Ebene anzupassen. Organisationsentwicklung und Kommunikationsberatung waren bisher leider Stiefkinder in der Beratungsarbeit.

Neue Inhalte bedürfen neuer Methoden.

Die Einbahnkommunikation vom Berater zum Projekt hat sich überholt. Berater sollten nicht weiter Automaten simulieren, in die man Münzen einwirft und die danach Problemlösungen ausspucken. Qualifizierungsarbeit ist ein Prozeß, bei dem in wechselseitiger Interaktion Problemlösungen oder Schritte dazu entwickelt werden. Dieser Prozeß sollte vom Berater gesteuert werden. Er sollte im idealen Fall die MitarbeiterInnen des Betriebes dazu befähigen, Problemlösungen, gleich welcher Art, selbst zu entwickeln und umzusetzen.

Dies könnte beispielsweise in Workshops geschehen, in denen echte Gruppenarbeit eingeübt wird oder in Trainingseinheiten, die die Dynamik des Gruppenprozesses beleuchten. Diese Arbeit sollte nicht mit „Psychokram" abgewertet werden. Der Zusammenhang zwischen Gruppendynamik und Wirtschaftlichkeit läßt sich an vielen Beispielen leicht nachweisen.

Diese Herangehensweise bedeutet Ganzheitlichkeit im eigentlichen Sinne.

Die beschriebene differenzierte Betrachtungsweise der Problemfelder ist von Einzelkönnern nur schwerlich einzulösen. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Beratungsteam hat die besten Chancen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Die entwickelten und erprobten Ansätze für Integrierte Beratung müssen veröffentlicht und weiterentwickelt werden. Dazu bedarf es Bildungseinrichtungen, die diesen Transfer institutionalisieren und gewährleisten. Vielleicht gibt es Möglichkeiten, bestehende Bildungseinrichtungen wie das Institut für Selbstverwaltungswirtschaft oder die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke dafür zu gewinnen.

Alternativökonomie und Qualifizierung

Hubert Kant

Defizite der bisherigen Qualifikationen in Bildungs- und Beratungsarbeit
- Buchführung, Marketing, Finanzierung, Gruppendynamik etc. wurden als Einzeldisziplinen behandelt und bearbeitet.
- Die Entwicklung von Teamarbeit und Kollektivmanagement wurde vernachlässigt.
- Systematische Ansätze zur Qualifikationsarbeit wurden nicht entwickelt.

Ansätze für eine verbesserte Bildungs-, Qualifikations- und Beratungsarbeit.
- Entwicklung integrierter Ansätze, z.B. Kommunikation und Wirtschaftlichkeit, Gruppendynamik und Marketing
- Entwicklung neuer Formen der Qualifikationsarbeit, Gruppenarbeit, Workshops, Trainingsseminare usw.
- Aufbau und Verbesserung von Infrastruktureinrichtungen, z.B. Netzwerk, Verbände (Hessen, Baden-Württemberg), Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke
- Bedarfserhebung, Formulierung von Arbeitszielen,Akzeptanz

Jazz Festival

Vom 18.-20.3. veranstaltet die Kinowerkstatt St. Ingbert in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt, dem Kulturring und mit Unterstützung der Kreissparkasse ein Jazzfestival mit internationaler Besetzung. Doch neben der Präsentation weltbekannter Jazzgrößen sind auch einheimische Bands mit dabei, um den saarländischen Jazz populär zu machen: u.a. Toutes Directions, Mataré und Native.

Information: Kinowerkstatt/Jugendzentrum
Pfarrgasse 49
6670 St. Ingbert

Broschüren

Die „Motte" ist ein selbstverwaltetes Hamburger Stadtteilzentrum in Ottersen/Altona. Seit 1976 gibt es dort ein Werkstatt -und Kulturangebot für Erwachsene, Jugendliche und Kinder: Metall-Werkstatt, Schreinerei, Jugendsegelgruppe, Medienprojekte u.v.m. In diversen Broschüren vermittelt die „Motte" (nicht nur für Hamburger) interessante Einblicke in ihre kontinuierliche Sozial - und Kulturarbeit. „Crazy town video clips" dokumentiert die Schritte einer Videoclip- Produktion mit Jugendlichen; „6 Jahre Kinder -und Jugendsegeln" beschreibt den Aufbau der Segelgruppenarbeit; Agentenanwerbung „wie im Film" geht aus dem „Bericht über einen mißlungenen Anwerbungsversuch des Verfassungsschutzes" hervor.
Die Broschüren kosten zwischen 2,- und 3,- DM und sind zu beziehen beim
Verein für stadtteilbezogene Kultur -und Sozialarbeit e.V.
Rothestr. 50
2000 Hamburg 50
☎(040) 390 99 79

Ökobank

Einlagensicherung zwischen politischer Notwendigkeit und richtiger Form

Torsten Martin

Der „Verein Freunde und Förderer der Ökobank" hat uns gebeten, aufgrund eines Leserbriefes zur Frage der Einlagensicherung Stellung zu nehmen. Dies wollen wir gerne tun.

Die Frage der Mitgliedschaft der Ökobank im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn (BVR) war eine der wesentlichen Hürden für uns. Ohne dies vergessen oder abmildern zu wollen, sollte man aufgrund dieser Probleme Einlagensicherungsfonds jedoch nicht pauschal ablehnen. Vielmehr sollte man die Frage der Einlagensicherung aus ihrer grundsätzlichen Bedeutung betrachten. Danach kann man sich fragen, ob die Konstruktion der real existierenden Einlagensicherungsfonds dieser grundsätzlichen Bedeutung gerecht werden kann.

Unbestritten dürfte sein - es sei denn, man möchte das Kreditwesen ganz abschaffen -, daß der Sicherung der Einlagen eine große wirtschaftspolitische und sozialpolitische Aufgabe zukommt. Wirtschaftspolitisch muß einem breiten Vertrauensverlust bei der Zahlungsunfähigkeit einzelner Banken vorgebeugt werden. Sozialpolitisch muß aufgrund des Einbezugs fast der ganzen Bevölkerung in den Zahlungsverkehr und in die Vermögensbildung die Sicherheit der Einlagen auf Spar-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten gewährleistet werden. Gerade die Unzahl von SparerInnen stellt einen Großteil der Finanzierungsmittel der Banken. Diese Gründe haben bereits im Jahre 1968 die von der Bundesregierung eingesetzte sog. Bankenenquetekommission bewogen, eine gesetzliche Einlagensicherung zu befürworten, „wenn es gelingt, die bestehende Einlagensicherung auf freiwilliger Basis zu verbessern". Diese Verbesserung sah der Gesetzgeber dann als gegeben an, „wenn alle Geschäftsbankengruppen Einlagensicherungsfonds in angemessener Höhe einrichten und den schutzbedürftigen Gläubigern der angeschlossenen Kreditinstitute für den Fall der Zahlungseinstellung einen Anspruch auf Ersatz in bestimmter Höhe einräumen". Damals deckten die Sicherungsfonds nur Einlagen bis zu einem bestimmten Betrag ab. Die sog. Herstatt-Krise warf dann erneut die Frage nach einer gesetzlichen Einlagensicherung auf. Eine gesetzliche Absicherung wurde jedoch erneut verworfen, da nach Ansicht der Bundesregierung „eine gesetzliche Regelung der Einlagensicherung weder zweckmäßig noch notwendig ist, nachdem die Verbände der Kreditwirtschaft in Aussicht gestellt haben, ihre freiwilligenverbandseigenen Sicherungssysteme substantiell zu verbessern." Das Volumen des Garantiefonds der Kreditgenossenschaften betrug damals 350 Millionen DM. Gleichzeitig macht der Gesetzgeber seinen Verzicht auf eine gesetzliche Regelung davon abhängig, daß nach und nach alle Kreditinstitute in die Sicherungsfonds einbezogen werden und daß über die Sicherungsfonds keine Marktzutrittshindernisse für Newcomer errichtet werden. Die zweite Novelle des Kreditwesengesetzes (KWG) vom Jahre 1976 brachte dann lediglich noch in § 32 der die Bankerlaubnis regelt - in Absatz 3 die Bestimmung, daß „vor Erteilen des Einlagengeschäftes der zuständige Verband zu hören ist". Der Zusammenbruch der Frankfurter SMH-Bank im Jahre 1985, diverse andere Schieflagen und der ebenfalls spektakuläre Zusammenbruch der dem Sicherungsfonds der Kreditgenossenschaften angeschlossenen Hammer-Bank eG. brachten die Einlagensicherung erneut ins Licht der Öffentlichkeit. Der genossenschaftliche Sicherungsfonds - der durch andere Stützaktionen inzwischen leer war - mußte seine Beiträge von 0,5 0/00 auf mittlerweile 2,0 0/00 erhöhen. Diese Beitragserhöhungen waren wiederum Anlaß für eine Reihe von Kreditgenossenschaften, über ihr Verbleiben in der genossenschaftlichen Einlagensicherung nachzudenken, so auch die Integra eG. in München. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin (BAK) teilte der Integra eG. daraufhin mit, daß bankaufsichtsrechtliche Maßnahmen folgen würden, sollte die Integra eG. in der Tat aus der Einlagensicherung austreten wollen. Die Integra eG. klagte gegen as BAK und bekam im Dezember 1986 vor dem Berliner Verwaltungsgericht recht. Sie durfte aus dem Sicherungsfonds des BVR austreten, ohne daß das BAK die Banklizenz entziehen konnte. Der Grund: Die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung wird im Gesetz nicht explizit gefordert. Die Revision gegen dieses Urteil seitens des BAK kam nicht mehr zustande, da BAK und Integra eG. sich zwischenzeitlich auf einen Kompromiß geeinigt hatten: Die Integra eG. kann aus der Einlagensicherung austreten, muß jedoch alle GläubigerInnen explizit auf diesen Umstand hinweisen. Parallel dazu entschloß sich die GLS-Bank eG. in Bochum dazu, dem Sicherungsfonds des BVR zunächst nur befristet für drei Jahre beizutreten. Dann soll erneut verhandelt werden. Im Jahre 1988 wird die Ökobank ihre Zulassung bekommen. Die Frage der Mitgliedschaft in der Einlagensicherung des BVR ist noch offen. Sollte sie nicht aufgenommen werden, wird das BAK die Zulassung, ähnlich wie bei der Integra eG., mit der Auflage der Hinweispflicht der GläubigerInnen erteilen. So weit aus unserer Sicht die Entwicklung der Einlagensicherung von 1968 bis 1988.

Dieser kurze historische Überblick macht deutlich, wie schwer sich alle beteiligten Parteien in der Frage der Einlagensicherung tun. Außerdem zeigt sich, daß mit verschiedenen Interessen und Vorstellungen herangegangen wird. Unbestritten ist die Notwendigkeit der Einlagensicherung. Fraglich ist nur die Form, in der dieser Schutz der EinlegerInnen geschehen soll: In Form einer gesetzlichen Regelung, als freiwillige Absicherung über die Sicherungsfonds der jeweiligen Bankenverbände oder durch individuelle Einlagensicherung einzelner Banken. Die GLS-Bank eG. hat sehr schlüssig aufgezeigt, daß die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung für sie nicht notwendig ist. Ein hoher persönlicher Bindungsgrad der GläubigerInnen an die Bank und eine umfangreiche Absicherung von Kreditvergaben durch persönliche Bürgschaften begrenzen das Risiko auf ein Mindestmaß. Auch wir haben - unabhängig von der Frage, ob wir Mitglied in der Einlagensicherung werden - eigene Vorkehrungen zur Risikobegrenzung und mithin Einlagensicherung getroffen.

Sicher läßt sich eine derartige individuelle Einlagensicherung nicht auf alle Banken übertragen. Der Grad risikobegrenzender Maßnahmen durch stärkere persönliche Einbindung der KundInnen dürfte bei den Großbanken sehr gering sein. Andererseits könnte auch der Sicherungsfonds diese bei grösseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten kaum stützen. Dann wäre der Gesetzgeber gefordert. Also dienen die Sicherungsfonds zum Auffangen von Verlusten kleinerer bis mittlerer Banken. Aus diesen Reihen kamen ja auch die schwarzen Schafe.

Hinzu kommt, daß die Einlagensicherungsfonds nur eine sekundäre Sicherung sein sollten. Im Vordergrund der Einlagensicherung sollte immer eine solide Geschäftspolitik stehen, die Einlagensicherung erst gar nicht notwendig macht. Gegen „haarsträubende Managementleistungen", die es immer wieder geben wird, kann aber kein Sicherungsfonds der Welt etwas unternehmen. Es sei denn, er legt die Mitgliedsbanken an die lange Leine.

So muß in der Beurteilung der Einlagensicherung wohl differenziert werden. Pauschale Urteile wären der komplizierten Sachlage nicht angemessen. Solange bestimmte unverantwortliche Wirtschaftsprinzipien in den Köpfen einzig profit- und wachstumsorientierter Manager existieren, wird es immer wieder Schieflagen geben. Für diese muß aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen Vorsorge getroffen werden. Andere, die sich wie die GLS-Bank eG. eine hohe soziale Verpflichtung bei gleichzeitigem professionellem Management auferlegen, können auch ohne Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds leben.

Und noch etwas ganz anderes zum Schluß: So manche Gruppe macht sich selbst zum Diskutierclub. So kann es leicht passieren, daß durch die Köpfe - wie beim Autor des Leserbriefes - Yuppies geistern. Das wäre in der Tat düster.

Termin

Einladung zur Mitgliederversammlung des Hamburger Landesverbandes e.V. am Sonntag, 20.03. um 15.30 Uhr im Seminarraum der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, 1.Stock. Top: Vorstellung der beabsichtigten Hamburger Arbeitsschwerpunkte.

Eine neue Adresse haben die Freunde und Förderer der Ökobank
Regionalgruppe Köln
c/o Netzwerk
Aachener Str. 24
5000 Köln 1 ☎(0221) 574 03 21

Aller guten Dinge sind drei...

Jens Reuter, Hamburg

Fauxpas No. 1: Die Überschrift in der Februar CONTRASTE „Überregional tätige Universalbank oder regional träge Spezialbank?" ist unsachlich und suggestiv. Will der Autor doch damit Glauben machen, diese Frage ließe sich beantworten. Sie läßt sich natürlich nicht eindeutig beantworten, und der Verfasser bleibt diese Antwort auch schuldig, widmet er sich doch in dem Artikel dieser Gegenüberstellung überhaupt nicht mehr. Wie wär'es denn mit dieser Lesart: Die Ökobank ist eine Bank, die, um ihrem Förderauftrag gerecht werden zu können, ein sehr spezielles Leistungsangebot besonders im Aktivgeschäft (Kreditgeschäft) anbieten muß!? Und um dies bestmöglich zu gewährleisten, wird versucht, den Kunden ein möglichst universelles, kundenfreundliches Angebot im Passivgeschäft zu bieten. Das ist natürlich die umgangssprachliche Variante der Worte „Universalbank/Spezialbank". Ob in dem genannten Artikel eher die bankfachliche Definition gemeint war, läßt sich aus demselben nicht erschließen. Eine Klärung wäre aber wünschenswert.

... eher ein Skandal?

Fauxpas No. 2: Vor ungefähr einem Jahr hat der Delegiertenrat des Ökobankvereins folgendes beschlossen: Anläßlich der notwendigen Verlängerung des Treugeldvertrages sollte den künftigen Genossen die Gelegenheit gegeben werden, ihr Einverständnis zur Weiterreichung ihrer Adressen an den Verein zu erklären (aus datenrechtlichen Gründen). Eine entsprechende Zeile wurde im Vertrag aufgenommen. Seitdem hat es von Seiten mehrerer Landesverbände Anfragen auf Zurverfügungstellung der jeweiligen Adressen gegeben.

Diese Anfragen sind immer abschlägig beschieden worden mit der stereotypen Begründung, die Adressen stünden aus EDV-Gründen etc. noch nicht zur Verfügung. Man/Frau hat's halt geglaubt, - getreu der Devise von Dieter Reincke: „Wo rechtliche Lösungen nicht möglich sind, muß man auf Vertrauen bauen."

Was das Vertrauen in Institutionen (gleich welcher Couleur) wert ist, ist uns jetzt von Jutta Gelbricht vorgeführt worden: „Die Zusatzklausel in dem Vertrag sei nicht richtig formuliert worden und daher ergeben sich rechtliche Bedenken bei der Weitergabe der Daten. Im übrigen habe man die Klausel ganz gestrichen". Ich frage deshalb:
1.Sollte die Klausel tatsächlich falsch formuliert worden sein, würde man sie im Sinne des Beschlusses ja nachbessern können. Warum aber streichen?
2.Sollte die Klausel tatsächlich falsch formuliert worden sein, warum bemerkt man das erst nach 11 Monaten?
3. Wenn der formal-juristische Mangel doch bekannt war, warum hat man dann technisch-organisatorische Schwierigkeiten vorgeschützt?
4. Wenn der Mangel nicht bekannt war, wie konnte es überhaupt zu so einer Schlamperei kommen?
5. Wieso erfährt man/frau das überhaupt nur so en passant? Die Schlußfolgerung liegt sehr, sehr nahe, daß von den Mitarbeitern in der Bank dieser Beschluß des Vereins nie ernst genommen wurde und niemals in seinem Sinne gehandelt werden sollte; und auch nicht im Sinne der Genossen, die der Weiterleitung ihrer Adressen an den Verein explizit zugestimmt haben.
Hier wird das Vertrauen in die Bank als Institution und in ihre Mitarbeiter im einzelnen auf eine erste, sehr ernste Probe gestellt. Wird man sich an -Sinn und Intention der vom Gründerverein gefaßten Beschlüsse halten?

Fauxpas No.3: Manche scheinen es immer noch nicht bemerkt zu haben: Mit Gründung der Bank, der Landesverbände des Ökobankvereins und ihren Regional-Gesellschaften wird der bundesweite Ökobankverein nicht mehr sein können, was er mal gewesen ist bzw. hätte sein sollen/können. Im wesentlichen wird in der nun beginnenden Phase die Arbeit auf die genannten Institutionen übergehen und mithin auch die Verantwortung, die der Ökobankverein getragen hatte. So zu tun, als würde die Verantwortung beim alten Bundesverein bleiben können, als würde er überhaupt noch dafür geeignet sein (ohne im Moment sagen zu können, ob und wie er weiterbestehen wird), ist der fadenscheinige Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Frei nach dem Motto: Was stört mich mein Geschwätz von gestern?

Es wird schon notwendig sein, daß sich die Landesverbände und/oder ihre Regional-Gesellschaften i.Gr. Klarheit verschaffen und Position beziehen in der Frage nach der künftigen Öffentlichkeitsarbeit und ihrer Rolle dabei. Mehr als eine 1/4 Stunde Zeit werden sie sich schon nehmen müssen.

Einladung zur Regionalversammlung der Mitglieder des **Ökobank-Vereins in Baden-Württemberg** am 26.3.88, um 14.00 Uhr im Forum 3, Gymnasiumstr. 21 in Stuttgart.

TOP1: -Bericht der aktiven Vereinsmitglieder über ihre bisher geleistete Arbeit.
TOP2: -Diskussion und Verabschiedung einer Vereinssatzung für einen selbständigen, regionalen Nachfolgeverein des Ökobank-Vereins. Der Satzungsentwurf wird rechtzeitig an alle Mitglieder verschickt. Vorschläge bitte so schnell wie möglich einreichen.

Leserbrief

Liebe Freunde,
die Diskussion über den politischen und wirtschaftlichen Werdegang der Ökobank verfolge ich sehr aufmerksam. Ich bin passives Vereinsmitglied, Geldgeber und habe einige Monate in der Bankenfachgruppe für die Ökobank mitgearbeitet. Ich bin aus dieser Gruppe damals herausgegangen, als ich feststellen mußte, daß das Bankkonzept nicht mehr solidarisch von der Gruppe, die sich fast ausschließlich aus Bankangestellten zusammensetzte, entworfen werden sollte, sondern sich ziemlich plötzlich und überraschend eine maßgebliche Verschiebung der Gewichte ergeben hatte: Das Konzept sollte ausschließlich von zwei Hauptamtlichen (u.a. Torsten Martin) erstellt werden, der Rest der Gruppe wurde zum **Diskutierclub** erklärt. Dafür war ich mir zu schade, und außerdem sah ich eine **düstere Zukunft** auf die Ökobank zukommen: **konventionelle Turnschuhbank** (von Yuppies habe ich nichts gesagt) anstelle eines **alternativen unbequemen Projekts.** Ich lag wohl nicht ganz falsch.

Ich schreibe aber nicht, um mich in die Besetzung des Aufsichtsrats einzuschalten. Mir geht es hier um das heiße Streben der Ökobank, in den Feuerwehrfonds der Genossenschaftsbanken aufgenommen zu werden. Ich habe selbst einmal bei einer Volksbank gearbeitet und kenne auch die aktuellen inneren Probleme dieses Bankentyps ganz gut. Es sieht im Augenblick so aus, daß die (meist) größeren und gut funktionierenden Genossenschaftsbanken sich in Aktiengesellschaften umgründen, u.a. um der Mitgliedschaft im Feuerwehrfonds zu entgehen. Dort tragen nämlich die wirtschaftlich Gesunden die Masse der Hungerleider mit. Die Tendenz ist, daß der Fonds zunehmend nur noch von wirtschaftlich kränkelnden Instituten mit zum Teil haarsträubenden Managementleistungen bevölkert wird.

Die Arbeitsgenehmigung für die Ökobank ist nicht an die Mitgliedschaft in irgendeinem Fonds gebunden. Ich meine, man sollte sich sehr gründlich überlegen, ob man dem Fonds der Genossenschaftsbanken tatsächlich beitreten soll, oder ob es vielleicht andere Möglichkeiten einer Risikovorsorge - vielleicht im Bereich der Netzwerke o.ä. - gibt. Ist den Initiativen bzw. der Geschäftsleitung der Ökobank die Situation vieler Volksbanken bekannt? Hat man dieses Problem überhaupt schon diskutiert?

Jürgen Weber, Offenbach

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Auf dem Weg zur ganz normalen Firma

Vermeidbare oder unvermeidbare Gefährdungen produktivgenossenschaftlicher Betriebe

Red. Freiburg „Selbstarbeit" im Gemeinschaftsbetrieb gehört zur zentralen Gestaltungsgrundlage von Produktivgenossenschaften. Aus der Identität von Mitunternehmerschaft und Mitarbeiterschaft gewinnt das Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstkontrolle an Gewicht; gleichzeitig wachsen auch Risiko und Selbstverantwortung. Da die Mitglieder meist „nur" ihre Arbeitskraft einzusetzen haben, erhält der Selbsthilfegedanke einen zentralen Stellenwert. Aus diesen Besonderheiten lassen sich auch unschwer die Engpässe ablesen, mit denen Produktivgenossenschaften häufig zu kämpfen haben. Dies gilt sowohl für die Gründung des gemeinsamen Geschäftsbetriebes, als auch für die Sicherung der dauernden Funktionsfähigkeit dieses Betriebs und der Gruppenbildung unter den Mitgliedern. Fünf Problembereiche sollen hier kurz skizziert werden:

Robert Hettlage

Konstitution der Gruppe und Selbstmotivierung

Produktionsgenossenschaften entstehen selten ausschließlich aufgrund der Initiative der betroffenen Mitglieder, denn eine Notlage allein führt nicht unbedingt zum Handeln. Die Erfahrungen zeigen vielmehr, daß im Regelfall Gründern und externen Sponsoren, also bestimmten Führungspersönlichkeiten mit ihren sozialen Netzwerken, Wertüberzeugungen, Kontakten, Organisationserfahrungen, Markt- und Rechtskenntnisse sowie ihren persönlichen Qualifikationen eine entscheidende Rolle zufällt.

Engagement und reale Fähigkeiten der Mitglieder entsprechen sich häufig nicht. Vielmehr muß der Mangel an konkreten Qualifikationen über eine erhöhte Leistungsmotivation ausgeglichen werden. Dabei entfällt z.T. das Einkommensmotiv, weil die kollektive Wertschöpfung nicht individuell zurechenbar ist bzw. jeder darüberhinaus das volle Einkommensrisiko trägt. Dadurch fällt dem kooperativen Wertsystem als solchem die zentrale Steuerfunktion zu, ohne daß die Mitglieder die Sicherheit haben, durch ihre gemeinsamen Selbsthilfeanstrengungen sich auf Dauer bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen zu können, als es ihnen als Mitglieder von privatkapitalistischen Firmen möglich wäre.

Kapitalbeschaffung

Wie aus den Merkmalen von Produktivgenossenschaften schon deutlich wurde, steht für die Organisation wohl Arbeitskraft, aber meist kaum Kapital zur Verfügung. Daher ist in der Gründungsphase die Finanzierung ein fundamentales Problem, zumal der Geld- und Kapitalmarkt infolge zu geringer Sicherheiten nur wenig beansprucht werden kann. Folglich muß Kapital über Ertragsüberschüsse gebildet werden. Hingegen sind die Mitglieder wegen ihrer bedrängten Lebensbedingungen und der häufig angespannten Marktlage zu großen Rücklagen kaum imstande. Umgekehrt sind Externe an einer Finanzierung kaum interessiert, da sie bei ihrem Ausscheiden keinen Anspruch auf den inneren Wert der Anteile besitzen, andererseits infolge des Demokratieprinzips auch keinen entscheidenden Stimmrechtsvorteil, und damit Zugriff auf die Gesellschaft erhalten. Die Folge ist, daß Produktivgenossenschaften auf dem Kapitalmarkt mit privaten Unternehmen nicht konkurrieren können und schon deshalb häufig unterkapitalisiert sind.

Bei genauer Analyse zeigt sich, daß die Mitglieder von Kooperativen eigentlich übermäßig schlechtgestellt sind, da sie das Doppelrisiko des Arbeits- und des Kapitalverlusts tragen, infolge ihrer sozialen Lage aber eigentlich Risikomeider sein müßten. Da jede Entscheidung unmittelbar auf die Existenzchancen der Mitglieder durchschlägt, steigen die Spannungen und Konflikte schon aus diesem Grund gewöhnlich sehr schnell auf ein bedrohliches Maß an

Die Doppelkontrolle

Zusätzliche Spannung entsteht gewöhnlich auch dadurch, daß alle Mitglieder infolge der demokratischen Selbstverwaltung berechtigt sind, Kontrollen über das Unternehmen auszuüben, die Verteilung der Fähigkeiten und Erfahrungen diesen Rechten aber oft zuwiderläuft. Sehr häufig ist zu beobachten, daß der anfängliche Unterschied von Wissen und Erfahrung zwischen Gründern und Promotoren auf der einen und Mitgliedern auf der anderen Seite auch in den Jahren des „normalen" Funktionierens nicht eingeebnet werden kann.

Schon aus Gründen des Zeitaufwands, noch mehr aber aus Gründen der notwendigen Spezialisierung von Funktionen (Planung, Leitung, Integration, Informationsvermittlung) bleibt die Funktion des Managers in der Produktivgenossenschaft unverzichtbar. Sie ist zweifellos eine Machtposition. Wir können immer wieder beobachten, daß sich deshalb im Laufe der Zeit innerhalb der Genossenschaften eine Verdünnung der direkten Selbstverwaltungsmöglichkeiten zugunsten erhöhter Einflußchancen der Manager anbahnt. Da dies von den Mitgliedern zumindest in den Anfangsphasen unter Hinweis auf das Idealmodell der direkten Demokratie nicht widerspruchslos hingenommen wird, sind dauernde Konflikte mit den Managern um deren jeweiligen Einflußbereiche vorprogrammiert!

Im allgemeinen setzt sich im Lauf der Zeit die Entscheidungs- und Kontrollkompetenz der Manager durch, während sich die Mitglieder auf Formen nur repräsentativer Kontrollwahrnehmung einlassen müssen. Dieses Doppelsystem der Kontrolle, zumal dann, wenn es nur widerwillig zugestanden ist, macht den Managern eine Verwurzelung in der Genossenschaft nicht leicht. Immer schwebt im Hintergrund die Vorstellung, daß sie sich in einem Selbstverwaltungsunternehmen eigentlich überflüssig machen sollten und sich eigentlich illegitimerweise in unternehmerischen Belangen, wie bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes gegen die Basis durchsetzen. Wegen dieser strukturellen Spannungen sind Genossenschaften deswegen häufig ironischerweise Anschauungsbeispiele von Konflikten und nicht von Kooperationen.

Das prekäre Gleichgewicht der Ziele

Problematisch in Produktivgenossenschaften ist auch die Doppelzielsetzung, gleichgewichtig sowohl kommerzielle Leistungsziele (Markterfolg, individuelle Verteilung, Professionalisierung) als auch soziale Bedürfnisse (Gruppenbildung, Kooperation, demokratische Kontrolle, Arbeitsautonomie, Selbsthilfe) zu verwirklichen. Häufig sind die Bedingungen des Markteintritts oder der dauernden Konkurrenzfähigkeit so hart, daß soziale Ziele immer wieder zurückgestellt werden müssen. Aller Kooperativideologie zum Trotz muß erst einmal ein Leistungsprodukt erstellt werden, das den Mitgliedern das wirtschaftliche Überleben sichert. Die Marktverflechtung hat aber ihre eigene Dynamik: Ungesicherte Marktposition, risikoreiche Investitionen, die Notwendigkeit, Fremdkapital zurückzuzahlen, verlangen eine straffe Arbeitsdisziplin, knappe Kalkulation und erhöhte Produktionsanstrengungen, die die Vernachlässigung sozialer Bedürfnisse erzwingen.

Es gehört zu den Enttäuschungen der Kooperativmitglieder, sich im Laufe der Zeit in einem „normalen" Geschäftsbetrieb wiederzufinden. Nur allzu selten stellt sich die Situation ein, daß den sozialen Bedürfnissen einmal der Vorzug gegenüber den kommerziellen Zielen eingeräumt werden kann, was ursprünglich einmal eine Beitrittsmotivation zur Produktivgenossenschaft gewesen sein mag. Die Versprechungen der Theorie und die Euphorie der Gründungsphase weichen nicht selten Gefühlen der Unlust, der Enttäuschung und Resignation.

Die Kapitalauszehrung

All diese Enttäuschungen können sich so kumulieren, daß sie einer Zerstörung der anfänglich hohen Mitgliedermotivation und der ursprünglichen Genossenschaftsideale gleichkommen, so daß sich nun auch vonseiten der Mitglieder die Ansprüche drastisch reduzieren und einer ökonomisierten Anspruchshaltung Platz machen. Ohne einen Zeithorizont, auf den man seine Erwartungen verschiebt in der Hoffnung auf Erfüllung kann der Fall eintreten, daß die Mitglieder nun die Kooperative zum nächstmöglichen Zeitpunkt verlassen wollen (worauf der häufige Mitgliederumschlag hindeutet) - und dies unter Mitnahme eines höchstmöglichen Kapitalanteils. Dies bringt die Kooperative in Schwierigkeiten, denn sie muß die Einlage zurückzahlen und verliert damit (im Gegensatz zur Aktiengesellschaft) Eigenkapital. Häufig treten damit ganau die Existenzprobleme wieder auf, die durch Kooperation gerade überwunden werden sollten.

Aber auch ohne Mitglieder- und Kapitalverluste bringt eine Ökonomisierung der Gesinnung die Genossenschaft in Gefahr. Dann nämlich, wenn die Mitglieder die Vorteile ihres Unternehmens für sich reservieren wollen, indem sie ihr Unternehmen gegen neue Mitglieder abschließen und statt dessen nur noch Arbeitskräfte anheuern. Gibt man das Grundprinzip der „Selbstarbeit" auf,indem man zwei Gruppen von Genossenschafts„mitgliedern" schafft, verliert dieser Unternehmungstyp seinen Alternativcharakter und damit für viele seine ursprüngliche Anziehungskraft. Auf den „Kooperativengeist" sind aber ökonomisch und sozial erfolgreiche Genossenschaften weiterhin angewiesen, da ihnen die Schwierigkeiten ihrer sozioökonomischen Lage sowieso schon ein hohes Maß an Härten zumuten.

(In der nächsten Ausgabe der CONTRASTE werden Problemlösungsüberlegungen zu den fünf genannten Bereichen thematisiert).

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Genossenschaftsförderung

Vereinsnachrichten

Seit der Eröffnung des Vereinsbüros hat sich die Mitgliederzahl im Zeitraum von weniger als einem Jahr fast verdoppelt. Der Verein hat zur Zeit 300 Mitglieder. Dies zeigt, daß der Genossenschaftsgedanke lebendig ist.

Dennoch ist jedes Vereinsmitglied aufgerufen, weitere Interessenten für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Um politisch etwas erreichen zu können, brauchen wir ein aktives „Netzwerk der Köpfe". Im Rahmen unserer Tätigkeit ist es uns auch gelungen, *Genossenschaftsneugründungen* durch gezielte Hilfeleistungen zu unterstützen. Dies ist uns ein Ansporn, die Beratungshilfen weiter zu intensivieren.

Die ausgesprochen rege Nachfrage nach unserem *„Gründungsleitfaden für neue Genossenschaften"* zeigt deutlich, daß Beratungsbedarf besteht. Innerhalb von zwei Monaten haben wir schon ca. 600 Exemplare versenden können. Das erfreuliche Ergebnis ermutigt uns, den geplanten Nachfolgeband II *„Gründungshilfen für gemeinschaftliche Wohnformen"* noch in der ersten Jahreshälfte zu veröffentlichen. Vorbestellungen nehmen wir entgegen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß der Band I direkt im Vereinsbüro zum Preis von DM 12,- zu beziehen ist; (für Mitglieder DM 10.-).

Tagungshinweis

Vom 18. - 20. März 1988 veranstaltet die Evangelische Akademie Hofgeismar eine Tagung zum Thema *„Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe - Geschichte, Gegenwart und Zukunft"*. Die Tagungsleitung hat *Burghard Flieger*. Informationsfragen bzw. Anmeldungen richten Sie bitte an die Evgl. Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 12 05 3520 Hofgeismar.

CECOP-Arbeitskreis

Am 25. Januar tagte der CECOP-Arbeitskreis im Büro des Vereins in Bonn. Ca. 20 Leute aus verschiedenen Vernetzungs- und Beratungsinstitutionen der Selbstverwaltungswirtschaft waren gekommen. Die CECOP (Comité Européen des Coopératives de Production) arbeitet auf europäischer Ebene u.a. an der „Harmonisierung" von Rechtsformen für kleine Kooperativen.

Rainer Schlüter, Generalsekretär der CECOP, hob die Bedeutung nationaler Zusammenschlüsse von Betrieben in Selbstverwaltung für eine effektive Förderpolitik hervor. In der Bundesrepublik fehlen diese Strukturen, die es in anderen europäischen Staaten gibt, so daß eine wirksame Zusammenarbeit der CECOP mit Einrichtungen in der Bundesrepublik sehr schwierig ist.

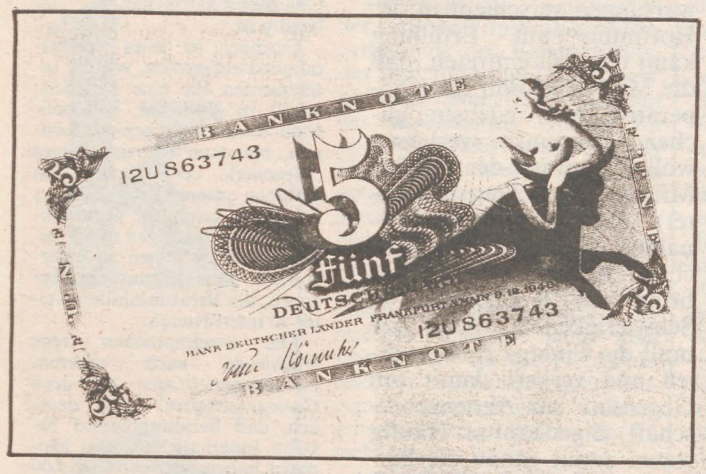
In der nächsten Sitzung des CECOP-Arbeitskreises soll darüber diskutiert werden, welchen Beitrag der Arbeitskreis für eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der CECOP leisten könnte. Der Arbeitskreis trifft sich am 1. März, 11.00 Uhr, im Vereinsbüro. Nähere Informationen können schriftlich im Büro erfragt werden.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Der Crash und die Folgen

Red. Rhein/Main Unter der Überschrift „Wachstum bis zum Crash“ hat Helmut Creutz bereits in der Dezember-Ausgabe die Hintergründe des „Schwarzen Oktobers“ an der Aktienbörse geschildert. Die zahlreichen Rückfragen von CONTRASTE-Lesern haben ihn veranlaßt, diesen (Fortsetzungs-) Artikel über die Folgen des Crash‘s zu verfassen.



Helmut Creutz

Welchen Anteil haben die Aktien am Geldvermögen?

Obwohl Aktien genaugenommen Beteiligungen an Sachvermögen sind, werden sie statistisch den Geldvermögen zugerechnet. Laut Bundesbank lagen die inländischen Geldvermögen in der Bundesrepublik Ende 1986 bei 3.553 Mrd.DM, die darin enthaltenen Aktien bei 142 Mrd.DM, also bei vier Prozent.

Vergleicht man die Aktien mit dem Verkehrswert des gesamten bundesdeutschen Sachvermögens (einschl. Boden Ende 1986 rund 10.600 Mrd.), dann liegt der nominelle Aktienbestand bei 1,3 Prozent, also einer unbedeutenden Größe. Selbst wenn man den spekulativ überhöhten Kurswert der Aktien von knapp 600 Mrd. zum Vergleich heranzieht, ergibt sich nur ein Anteil von 5,7 Prozent, bezogen auf das gesamte Sachvermögen.

Zieht man zum Vergleich die Werte heran, die den privaten Haushalten zugerechnet werden, dann standen Ende 1986 einem Geldvermögen vom 2.229 Mrd. Aktien im Nominalwert von 40 Mrd. gegenüber, was einem Anteil von 1,8 Prozent entspricht.

Wie diese Vergleiche zeigen, ist die Bedeutung der Aktien innerhalb der Gesamtvermögensgrößen sehr gering. Die große Beachtung, die Aktien und Vorgänge an den Aktienbörsen in der Öffentlichkeit und den Medien trotzdem finden, dürfte mit den häufigen Besitzerwechseln, den oft spektakulären Kursschwankungen und den seitenlangen Notierungen in den grossen Tageszeitungen zusammenhängen, die auch dem Normalbürger immer wieder ins Auge springen.

Wer gewinnt und wer verliert bei einem Börsencrash?

Normale Geldvermögen sind im allgemeinen mit festen Verzinsungen verbunden, die eine ständige Einkommensumschichtung von der Arbeit zum Besitz bewirken. Diese Umschichtung nimmt mit dem überproportionalen Anstieg der Geldvermögen immer mehr zu. Die mit dem Zins vergleichbare Aktiendividende ist als Gewinnbeteiligung dagegen eine offene Größe, die manchmal über längere Zeiten auch bei Null liegen kann. Das eigentliche Interesse der Aktienbesitzer bezieht sich darum auf die Kursentwicklungen. Bei den sich daraus ergebenden Einkommensumschichtungen aber bleiben die Aktienspekulanten gewissermaßen unter sich.

Wer eine Aktie verkaufen will, vielleicht weil er ein Absinken des Kurses befürchtet oder andere Papiere für günstiger hält, braucht einen Käufer, der genau das Gegenteil vermutet. Wer von den beiden richtiger gehandelt hat, wer also Gewinner und wer Verlierer sein wird, kann nur die Zukunft zeigen. Realisiert werden Gewinne wie Verluste jedoch immer erst bei einem erneuten Verkauf, ansonsten stehen sie nur auf dem Papier.

Auch bei längerfristigen Hausseperioden sind alle Kurszuwächse nur Papiergewinne, selbst bei denjenigen, die zwischendurch von der einen Aktie auf eine andere umsteigen. Erst wenn jemand in der Hausse aus dem Aktiengeschäft in Geld umsteigt, kann er einen realen Gewinn verbuchen. Steigen plötzlich viele Anleger aus und/oder geht die Nachfrage nach Aktien zurück, sacken die Kurse ab. Nach vorhergegangenen irrealen Überanstiegen kommt es dann zu solchen Zusammenbrüchen, wie wir sie im Oktober 1987 erlebt haben. Die Kurse fallen dann solange weiter nach unten, bis sich Angebot und Nachfrage wieder die Waage halten.

Reale Verluste erleiden also bei einem Crash nur die Verkäufer, und zwar nur diejenigen, die vorher zu einem höheren Kurs eingekauft haben. Die Altbesitzer von Aktien dagegen können trotz des Kursverfalls - beim Verkauf noch einen realen Gewinn verbuchen, wenn ihr Einstiegspreis unter dem Abgabekurs lag.

Diejenigen aber, die sich trotz Hausse und Baisse nicht von ihren Papieren trennen, sind real weder reicher noch ärmer geworden, allenfalls auf dem Papier.

Wird bei einem Crash Geld, Vermögen oder Kaufkraft vernichtet?

Wenn jemand vor zehn Jahren für fünf Millionen einen van Gogh gekauft hat, dessen Schätzwert heute bei 20 Millionen liegt, dann hat er - trotz der Wertsteigerung von 15 Millionen - keinen Pfennig mehr Geld oder Kaufkraft in der Tasche. Erst wenn er das Bild bei einer Auktion für 20 Millionen los wird, ist er um 15 Millionen reicher, wenn man Inflation, Zinsverluste und sonstige Kosten außer Acht läßt. Doch trotz des realen Zugewinns von 15 Millionen für den Verkäufer, haben sich in der Volkswirtschaft weder die Geld- noch die Geldvermögensmenge noch die Kaufkraft verändert, da der Bildkäufer ja im gleichen Umfang Geld hergegeben hat.

Auch wenn unser Bildbesitzer auf seinen van Gogh als Sicherheit einen Bankkredit erhält, gibt es nur eine Umschichtung von Geld, keine Mengenveränderung.

Bevorzugen nun die Kunstspekulanten „morgen“ andere Maler oder Objekte, dann kann es sein, daß der für 20 Millionen gekaufte van Gogh auf einmal nur noch einen Marktwert von 15 Millionen hat. Zu einem realen Verlust kommt es jedoch auch hier nur dann, wenn der Zweitbesitzer das erworbene Bild zu diesem gesunkenen Preis verkauft. Aber auch hier findet wieder nur eine Umschichtung von Geld oder Geldguthaben statt, keine Verringerung von Geld oder Kaufkraft.

Das alles gilt genauso für den Aktienmarkt. Die Behauptung mancher Journalisten und Kommentatoren, am 19. Oktober seien Vermögens- bzw. Kaufkraftpotentiale in Höhe von etwa 1.000 Mrd. Dollar verlorengegangen (was ungefähr den jährlichen weltweiten Rüstungsausgaben bzw. der Verschuldung der Dritten Welt entspricht), trifft allenfalls auf dem Papier zu, nicht in der Wirklichkeit. Entsprechend falsch ist darum auch die Annahme, es könnten entsprechend hohe Nachfrageausfälle an den Märkten auftreten mit entsprechenden Folgen für die Konjunktur.

Ist denn der Crash mit gar keinen Verlusten oder negativen Auswirkungen verbunden?

Reale Geldvermögens- und damit Kaufkraftverluste können bei einem Kurseinbruch an der Börse nur dann entstehen, wenn Aktien mit Krediten gekauft werden und die Kreditnehmer aufgrund der Kursverluste nicht im vollen Umfang rückzahlungsfähig sind. In diesem Falle muß der Gläubiger entsprechend hohe Geldvermögensverluste in Kauf nehmen, es sei denn, er kann durch Einkommenspfändungen beim Kreditnehmer den Verlust nach und nach wieder ausgleichen. Aber auch in diesem Falle tritt zuerst einmal eine „Kapitalvernichtung“ ein, die mit einer entsprechenden Verringerung des gesamten Kaufkraftpotentials verbunden ist.

Hat eine Bank in größerem Umfange Geld an Aktienspekulanten verliehen, dann kann auch sie in Bedrängnis kommen, wenn allzuviele Spekulanten zahlungsunfähig werden. Diese Aktienkäufe auf Pump sind beispielsweise 1929 in einem großen Umfang getätigt worden und haben damals zu vielen Selbstmorden und Bankzusammenbrüchen geführt. Auch heute wird in Japan und den USA noch häufig auf Pump spekuliert, jedoch sicher nicht in dem Maße wie in den späten Zwanziger Jahren. Schließlich haben auch die Banken dazugelernt.

Obwohl also die direkten Auswirkungen der Kurseinbrüche über die Börsen hinaus gering sind, gibt es dennoch indirekte negative Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft. Produktions-, Handelsund Arbeitsmärkte werden nämlich durch solche dramatischen Kurseinbrüche ebenso verunsichert wie durch die verrücktspielenden Wechselkurse. Vor allem den Planungen der potentiellen Investoren wird die notwendige Zukunftssicherheit genommen, was entsprechende Folgen für ihre Entscheidungen und damit für den Arbeitsmarkt hat. Die durch die niedrigen Zins- und Inflationsquoten sowieso bereits vorhandene Neigung, Nachfrage in liquider Form zurückzuhalten, wird durch solche von den Börsen ausgehenden Irritationen noch verstärkt.

Auf diese indirekte Weise kann es also durch die Vorgänge an der Börse tatsächlich zu einer Beeinträchtigung der konjunkturellen Entwicklung kommen, nicht jedoch durch direkte Geld- oder Kaufkraftverringerungen, die - wie dargelegt - dabei garnicht entstehen.

Abschließende Anmerkungen:

Die Größenangaben und Vergleiche zeigen, daß Aktien innerhalb der gesamten Geldvermögen eine relativ geringe Rolle spielen. Trotzdem haben wir wegen der indirekten Rückwirkungen allen Grund, die Vorgänge an der Börse aufmerksam zu verfolgen, vor allem weil sie ein Indiz sind für das Überwachstum der anlagesuchenden Geldvermögen, die sich zunehmend auf spekulative Einsatzfelder konzentrieren. Noch wichtiger aber ist es, sich mit den übrigen Geldvermögensarten zu befassen. Ihr Volumen ist nicht nur 25mal größer als das der Aktien, es nimmt auch doppelt so rasch zu. So sind beispielsweise die Aktienbestände von 1960 bis 1986 auf das Fünffache angewachsen, die übrigen Geldvermögen jedoch auf das Zwölffache.

Auch wenn bei diesen übrigen Geldvermögen die Entwicklungen nicht von jener spektakulären Art sind wie bei den Aktien: Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sind vielmals gravierender und gefährlicher.

Wer sich intensiver über geldbezogene Fragen informieren will, kann beim Autor dieses Beitrages gegen Einsendung von DM 2,- in Briefmarken zwei Kleinschriften und eine Liste weiterer leicht verständlicher Veröffentlichungen zum Komplex Währung und Wirtschaft erhalten.

Anschrift:
Helmut Creutz
Monheimsallee 99/101
5100 Aachen

Noch ein Hinweis:
Vom 27.- 29.Mai findet in der Katholischen Akademie Trier ein Wochenendseminar zur Geldthematik statt. Titel:„Wachstum bis zur Krise - Welche Rolle spielt das Geld in Wirtschaft und Gesellschaft?“. Referent: Helmut Creutz. Kosten einschl. Übernachtung und Verpflegung DM 50,-; Nichtberufstätige DM 35,Tel. Auskunft und Anmeldung:☎ (0651) 8 60 55

Die Ökobank:

„Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft“

Red. Heidelberg Noch bevor die Ökobank ihre Geschäfte aufnehmen kann, erscheint noch in diesem Monat in der Reihe „Selbstverwaltung“ der AG SPAK-Publikationen ein Ökobank-Band. Rolf Schwendter (einer der Herausgeber) schrieb ein Nachwort, das wir leicht gekürzt an dieser Stelle veröffentlichen

Rolf Schwendter

Daß Bücher ihre Geschichte haben, ist ein Gemeinplatz, den auch ich schon in der Nachrede zur „Theorie der Subkultur“ breitgetreten habe, trifft aber nichtsdestoweniger gerade für den vorliegenden Band besonders zu. Als wir vor zwei Jahren die Edition der „Reihe: Selbstverwaltung“ durch die AG SPAK beschlossen, übernahm zunächst Michael Berger, durch seine Mitarbeit beim Ökobank-Verein bestens qualifiziert, die Herausgabe des Ökobank-Bandes. Dann geschah längere Zeit nichts. Redaktionsschluß um Redaktionsschluß verging, die Zahl der Vorbestellungen des Buches nahm ähnlich konstant zu wie die Zahl der die Ökobank erwartenden Treugeldgeber.

Im späten Frühjahr 1987 ereilte uns die Nachricht, Michael Berger habe die Herausgeberschaft infolge Überlastung niedergelegt (was ich ihm aufs Wort glaube: warum sollte ich der einzige überlastete Mensch im Umkreis der alternativ-ökonomisch Tätigen sein?) Eile war geboten: Arno Huber (als Vertreter des Netzwerks Selbsthilfe Franken seit 1984 an der Ökobank-Diskussion beteiligt) und ich (als Mitglied der Vorgenossenschaft) sprangen im Juli 1987 für den ausgeschiedenen Michael Berger ein. Von Anfang an war es unser Interesse, in Ausschnitten (sonst hätte es einen x- teiligen Materialienband ergeben) den widersprüchlichen Diskussionsprozeß um die Ökobank aus zeitgenössischen Quellen (Zeitungen, Zeitschriften, Artikel aus Sammelbänden etc.) zu dokumentieren. Es sollte keine Ökobank-Schelte werden - wobei der Ökobank nichts Schlimmeres passieren könnte, als sich gegen Kritik zu immunisieren. Auch sollte es keine Ökobank-Feier werden - wobei uns klar ist, daß ein solches Buch eine werbende Wirkung für die Ökobank ist, die ich indes billigend in Kauf nehme. Im Grundsatz ist keine Kritik und keine Lobpreisung ausgegrenzt worden, wenn auch der beschränkte Raum uns zu Kürzungen zwang.

It’s high time

Das zentrale Problem bei der Herausgabe eines solchen Buches besteht darin, daß es keinen optimalen Zeitpunkt für seine Fertigstellung gibt. Dies zählte wohl schon zu den Problemen Michael Bergers, dies ist mit Arno Huber und mir um nichts besser geworden, und noch zur Stunde der Abfassung dieses Nachwortes (begonnen am 27.11.1987) ist es unsicher, ob der Band durch eine Chronologie aus der Feder Torsten Martins ergänzt werden wird. Seit der Endredaktion am 17.11.1987 hat der genossenschaftliche Prüfungsverband die Grundlagen der Ökobank bestätigt, und vielleicht haben wir noch das Glück, in der schon laufenden Produktion die Maschinen aufzuhalten, um den Satz einzufügen: Am ... hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen grünes Licht für das Anlaufen der Ökobank gegeben. Aber selbst dann wäre das Problem des optimalen Herausgabezeitpunktes nicht gelöst. Denn unabhängig davon bleiben

Fragen über Fragen

die zum Inhaltlichen überleiten mögen: Wie wird die (als Kompromiß mit den Direktkreditvermittlungsströmungen beschlossene) Dezentralisierung mittel- und langfristig funktionieren? Wie das Wechselspiel zwischen Genossenschaft und Ökobankverein? Wie werden die nun glücklich gefundenen und bestätigten beiden Bankdirektoren mit ihrer undankbaren Doppelaufgabe zurechtkommen, das ökonomische Fundament der Bank zu garantieren, gleichzeitig aber mit deren alternativ politischen Normen zurechtzukommen? Welche Rolle kann/will/wird der Aufsichtsrat dabei spielen? Wird es ein Gezerre geben wie bei der grünen Partei? Oder dies nur deshalb nicht, weil die Versteinerung zu einer genossenschaftlichen Normalbank so rasch und schmerzarm eintreten wird, daß für Ersteres zu wenig Zeit bleibt? Der wird gar das alternative Wunder geschehen, daß die Strukturen der Ökobank in einem solidarischen Problemlösungsprozeß weiterentwickelt werden können? Wie würde diese Demokratisierung, diese Ausbreitung in die Regionen und Städte, diese Einbindung in ein integriertes alternatives Finanzierungskonzept wohl ausgehen?

Und dann, um nichts einfacher, die ökonomischen Fragen des nächsten Jahrzehnts Ökobankgeschichte: Wird es tatsächlich gelingen, als Hausbank der alternativen, ökologisch sinnvollen, den sozialen Bewegungen zuzuordnenden Projekte sich zu erhalten und auszubreiten - oder werden doch noch zu einem guten Teil darlehensnachfragende Kunden auf dem freien Geldmarkt gesucht werden müssen? Wieviel Spielraum zu alternativer Zinspolitik wird angesichts der realexistierenden Entwicklung der Finanzmärkte bleiben? Wird es gelingen, sich vor einem Verstricktwerden in Südafrika-Geschäfte und Vergleichbarem zu bewahren?

Beginn einer Gratwanderung

Bei keiner anderen alternativen Einrichtung ist die affirmative Seite schon von Beginn an so festgezurrt gewesen. Geld ist heilig. Während Vereinsrecht, Gesellschaftsrecht etc. aufgrund der Vertragsfreiheit einen demokratischen Verein oder eine ebensolche GmbH sich wenig-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

stens als Grenzfall vorstellen können, kennt die Bankengesetzgebung kein (basis-)demokratisches Bankenrecht. So laufen denn die dokumentierten Diskussionen in eigentümlicher Weise aneinander vorbei: Die kritische Seite wirft den BegründerInnen der Ökobank vor, sich an gesetzliche Bestimmungen halten zu müssen, die nur ein fremdbestimmtes Hindernis darstellen; die gründende Seite mißversteht dies als Hinweis, eben jene Anpassungen nicht vorzunehmen, die einen Gründungsprozeß erst ermöglichen.

Weniger problematisch stellt sich hier die Seite des Mindestkapitalaufkommens der Bankgenossenschaft, jene jahrelang ominösen 6 Millionen DM, dar. Die Totalität der bundesdeutschen sozialen Bewegungen hat gezeigt, daß sie imstande ist, diese Summe nicht nur aufzubringen, sondern zwischenzeitlich weit zu überschreiten. Schwieriger ist es schon, aus diesem rechtlich-etablierten Tauwerk von Vorstands-, Aufsichtsrats-, Prüfungsverbandsabhängigkeit ein dezentralistisch-basisdemokratisches Gebilde herauszuarbeiten. Und dies, selbstredend, ohne dabei die ökonomischen Grundlagen der Ökobank in Gefahr zu bringen. Das Absterben von Basiselementen (etwa der taz-Leserkreise) hat ja auch andernorts stattgefunden, und so sieht sich denn die Ökobank am Beginn einer jahrzehntelangen Gratwanderung zwischen juristischen Vorschriften, ökonomischer Ineffizienz und mißvergnügten Regionalverbänden, denen die Bürokratie in Frankfurt (wobei der Ort austauschbar ist) stinken wird.

Keine Vorschußbrennesseln

Die Ausarbeitung und Praktizierung jener Form des Basiseinflusses, der gleichwohl kein geltendes Recht verletzt und keine ökonomischen Grundlagen gefährdet, wird zu den Aufgaben der nächsten „magischen" drei Jahre gehören.

„Magisch" deswegen, weil hierarchische Struktur und ökonomische Effizienz den Bestimmungen nach dadurch abgesichert werden sollen, daß für diese Zeit die Bestellung erfahrener auswärtiger Bankdirektoren zwingend vorgeschrieben ist. Wie buchstabengetreu diese Bestimmung eingehalten wird, hat die Ökobank in Gründung hinlänglich zu spüren bekommen. Nein, jetzt kommen keine Vorschußbrennesseln, die in alternativen Kreisen die Vorschußlorbeeren ersetzt haben. Ganz im Gegenteil: Ich versichere, daß ich in der Haut der Kollegen Lässig und Schreiner, die für diese Aufgabe kooptiert und akzeptiert worden sind, nicht stecken möchte. Ich nehme an, daß sie verläßliche und effiziente Ökonomen sein werden - vom Gesichtspunkt politischer Gruppendynamik her gesehen schweben sie in der Gefahr, es falsch zu machen, egal, wie sie handeln. Stellen sie sich auf eine langfristige Arbeit ein, geraten sie in einen grundsätzlichen Widerspruch zu den basisdemokratischen Grundnormen vieler TreugeldgeberInnen (und späteren GenossInnen) und verfestigen die Hierarchie. Stellen sie sich auf die Übergangszeit von drei Jahren ein (mit all jenen Begleiterscheinungen, die bei Klaus Ottomeyer als „Lohnabhängigengleichgültigkeit" gefaßt worden sind), durchläuft die Bank ein aufsichtlich- verordnetes dreijähriges Gründungsmoratorium - was ihr sicher auch nicht guttun wird. Wie mit der Gratwanderung zwischen Anpassung und Absturz umzugehen sein wird, werden wir gemeinsam lösen müssen.

Rolf Schwendter,
Arno Huber (Hrsg.)
Die Ökobank:
Wirtschaftsunternehmen oder Glaubensgemeinschaft?
ca. 160 Seiten, 20 DM
AG SPAK-Publikationen
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Vereinsmeier oder Spalter?

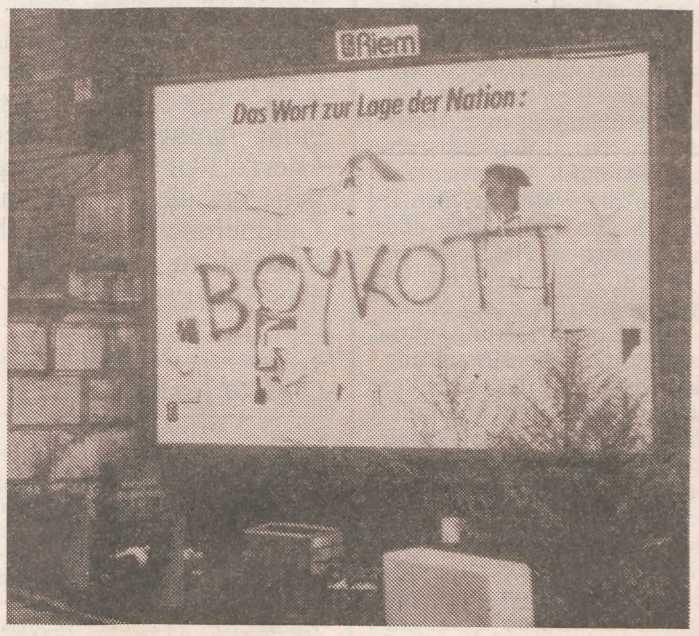
Anfang Februar hatte der Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe 14 Betriebe als Mitglieder. Damit reichen die Mitgliedsbeiträge aus um die Sachkosten des Büros (Miete, Porto, Telefon, Geräte) zu finanzieren.
Eine machtvolle Organisation ist er noch nicht.
Seit dem 2. Februar liegt endlich die angekündigte Stellungnahme der drei Druckereien aus NRW vor, die schon bei der Gründung des Vereins protestiert haben: Druckwelle Wuppertal, Moosdruck Leverkusen, Tiamat Düsseldorf. (s. Dokumentation auf dieser Seite).

Neben einer Verstärkung der Anpassungstendenzen an den Kapitalismus sehen die KollegInnen dieser drei Betriebe in unserer Arbeit einen Versuch zur „Spaltung der Alternativ-Betriebe".

Dieser Vorwurf verdient eine ausführliche Antwort, die wir nach unserem nächsten Treffen im März geben werden.

Wichtig finde ich an der sehr allgemeingehaltenen Kritik, daß sie die grundsätzliche Frage aufwirft, was Kollektivarbeit ist und wohin sie gehen soll..

- ist sie vorwiegend „**anti**kapitalistisch", „**anti**hierarchisch", ein **Instrument** für den politischen Kampf?
- kommt es darauf an, die ursprünglichen Werte alternativer Projekte für die interne Struktur, wie Beseitigung von Arbeitsteilung, unverändert beizubehalten?
- oder beginnen wir z.B. mit dem Konzept der Kollektiv-Selbständigen Arbeit Betriebe aufzubauen, die jenseits kapitalistischer Produktionsformen liegen?
- bei denen zwar technische Arbeitsteilung aufrechterhalten wird, jedoch die ökonomische Herrschaft über die Produktion und die sozialen Beziehungen bei den Arbeitenden liegt?



Ein wesentliches Problem dieser Auseinandersetzung besteht nach meinem Eindruck im gegenseitigen Nichtverstehen der Standpunkte. Erst wenn wir uns einig sind, daß die eigene Position vom Diskussions„gegner" richtig dargestellt wird, können wir fruchtbar über die Inhalte reden.

So habe ich bisher nicht verstanden, wodurch sich die regionale Zusammenarbeit der drei Betriebe von unserer überregionalen Arbeit grundsätzlich unterscheidet? Was ihr besonderer antikapitalistischer Inhalt ist?

Aus diesem Grunde werden wir in unsere Stellungnahme eine genaue (nicht polemische) Darstellung der Position unserer „Gegner" zu erarbeiten versuchen und ich würde mich freuen, wenn die KollegInnen der Druckwelle... sich ebenfalls diese Mühe machen würden.

Dann könnten wir in der CONTRASTE oder bei den „Frühlingstagen der Selbstverwalteten Grafischen Betriebe" vom 12.-15 Mai in Berlin produktiv über verschiedene Wege der Kollektivarbeit streiten, ohne aneinander vorbeizureden.

Constantin Bartning

Dokumentation:

Selbstverwaltete Betriebe organisieren sich - nie in keinem Verein nicht !

Wir (das sind zur Zeit 5 Betriebe aus dem Raum Köln, Düsseldorf, Wuppertal) treffen uns seit geraumer Zeit in unregelmäßigen Abständen. Zweck dieser Treffen ist es, eine Zusammenarbeit von graphischen Betrieben auf regionaler Ebene durchzuziehen. Wir verstehen uns als Bestandteil einer in den letzten 10 Jahren entstandenen antikapitalistischen Infrastruktur - neben technischem Austausch, Formen gegenseitiger Hilfe etc. liegt unser Interesse also in der Hauptsache im Erhalt/Ausbau eines politischen Gegenmilieus im Produktionssektor. Die Entwicklung, die sich allgemein in den letzten Jahren bei den alternativen/selbstverwalteten Betrieben abzeichnete, hat bei uns immer wieder Anlaß zu kritischen und auch selbstkritischen Auseinandersetzungen gegeben. Die Gründung des „Vereins selbstverwalteter graphischer Betriebe" stellt sich für uns als konsequente Fortführung u.v.a. Festschreibung dieser Entwicklung dar. Durch diesen Verein, der sich über seinen Namen in für uns anmaßender Weise zum Vertreter der selbstverwalteten graphischen Betriebe schlechthin erklärt, sehen wir uns zu öffentlichem Widerspruch genötigt!

Seit Gründung der ersten Alternativbetriebe bis heute hat sich an ihrem Erscheinungsbild einiges getan. Mit dem Vorurteil, daß man in einem Alternativbetrieb zwar immer einen Kaffee, aber nur selten ein Produkt in der gewünschten Qualität zum gewünschten Zeitpunkt bekommen kann, müssen wir uns heute nur noch selten herumschlagen (in welchem Alternativbetrieb kriegt man als KundIn auch heute noch einen Kaffee?). Tatsächlich kann man im Bereich der Druckereien wohl feststellen, daß hier ein technischer Standard erreicht worden ist, der dem vergleichbarer bürgerlicher, bzw. kapitalistischer Betriebe entspricht, auch wenn die Alternativbetriebe sicher immer noch nicht zu den technischen Vorreitern gehören. Wenn mehr und mehr „Normalbetriebe" ganz selbstverständlich auch Angebote bei den „Selbstverwalteten" einholen und Aufträge vergeben, bestätigt das zumindest, daß wir für diese zu echten „alternativen" Geschäftspartnern geworden sind.

Gleichlaufend zu solchen Entwicklungen nach außen hin zeigen sich auch entsprechende „Fortschritte" bei den Innenstrukturen der Alternativ-Betriebe, deutlich z.B. abzulesen an Anzeigentexten: während früher Leute mit Engagement und möglichst schon etwas Ahnung vom Drucken gesucht wurden, so muß heute schon ein qualifizierter Drucker mit Erfahrung auf einer bestimmten Maschine her - (ein(e) qualifizierte(r) DruckerIn selbstverständlich - aber wo gibt's schon DruckerInnen mit Schein und dann auch noch Erfahrung auf DER Maschine?). Bei den gestellten Anforderungen sind sowohl im Umfang wie auch bei deren Gewichtung kaum noch Unterschiede zu Anzeigen kapitalistischer Betriebe auszumachen. Lediglich die Forderung nach größerer Einsatzbereitschaft und niedrigen Lohnvorstellungen kommen noch hinzu.

Dies sind Erscheinungsformen einer Entwicklung, die heute bei vielen Alternativ-Betrieben allgemein unter dem Begriff Professionalisierung geführt werden und als zentraler Inhalt einer zukunftsweisenden Betriebsführung stehen. Hinterfragt man allerdings die einzelnen Schritte, die zum Zwecke einer Professionalisierung notwendig scheinen, so wird schnell klar, daß dieser Begriff durchaus nicht so positiv zu sehen ist wie er klingt. Inzwischen wirklich banales Beispiel ist die Arbeitsteilung in Alternativ-Betrieben: sie wurde anfangs verschämt, weil mit der ursprünglichen Zielsetzung nicht vereinbar, praktiziert, später dann entsprechend legitimiert und wird heute oft bewußt als fortschrittlich vertreten. Am Anfang dieser Abfolge stand aber die schlichte Unterordnung unter den augenscheinlich bestehenden Zwang zur Arbeitsteilung - die Einsicht, daß es anders nicht mehr zu gehen schien. Ob dies nun besser formuliert dargeboten wird als die Notwendigkeit, die Leute entsprechend ihren Fähigkeiten einsetzen zu müssen, um sinnvoll arbeiten zu können, daß es in einem größer gewordenen Betrieb einzelnen nicht mehr zuzumuten sei, in allen Bereichen arbeiten zu können, ändert nichts daran, daß hier lediglich entsprechend dem vorhandenen Betriebsalltag gehandelt wurde.

Auf genau diesem, ausschließlich von „betrieblichen Zwängen" festgelegten Weg sind wir dann auch wieder zu Werten wie Qualifikation, Leistung, Leistungsbeurteilung gekommen, und nun auch endlich zu unserem Druckereienverein.

Diesen Verein will eigentlich niemand, alle fänden es toll, wenn es auch ohne ginge, „aber die Praxis hat ja nun einmal gezeigt, daß es anders nicht geht, und diese Erkenntnise müssen wir nun letztlich anerkennen." Noch ist dies die tatsächlich häufig verwendete Begründung für die Vereinsgründung, die aber auch bereits von sehr viel ausführlicheren und geschickteren ersetzt wird.

Es ist allerdings grundsätzlich zu bedenken, daß es für uns als Alternativbetriebe nur sehr wenige wirkliche Zwänge gibt, beispielsweise die erzwungene Existenz als Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder den Verkehr mit dem Finanzamt. Es gibt aber außer solchen grundlegenden keine (an sich bestehenden) betrieblichen Zwänge, da WIR diese Betriebe selbst darstellen, sie selbst geformt haben und alle Ausprägungen der Betriebe selbst mitzutragen und zu verantworten haben. Damit ist bei Entscheidungen eine Berufung auf solche Scheinzwänge nicht möglich, es sei denn, daß die Entwicklungen, die zu deren Entstehung geführt haben, als richtig akzeptiert werden.

Damit wird klar, daß die Richtung, die die Alternativbetriebe genommen haben, nicht zwangsläufig so kommen mußte, sondern tatsächlich von den einzelnen Betrieben so gelenkt wurde. Zur Beurteilung dieser Situation und ihrer Entstehung scheint es uns notwendig, den Ursprung der Alternativbetriebe ins Gedächtnis zu rufen. Die Alternativbetriebe sind nicht von sich aus entstanden, sondern sie sind aus einer eindeutig antikapitalistischen politischen und sozialen Bewegung hervorgegangen. Speziell die Verlage, Druckereien und Buchhandlungen entstanden unter anderem auch als Organe dieser politischen Bewegung.

Die Situation, in der sich die Alternativbetriebe befanden, war von Anfang an voller Widersprüche. Da ist zum einen die zwangsläufige Einbindung in die verhaßten bürgerlichen Rechtsnormen, zum anderen die Existenz als bürgerlicher Kleinbetrieb selbst, dem politisch gesehen nur reaktionäre Funktionen zugeordnet wurden. Nicht zuletzt auch das Problem, daß die Betriebe bestanden, bevor man für sie ein Konzept gefunden hatte.

Andererseits ergaben sich aus dem Arbeiten außerhalb industrieller Produktion auch viele neue Möglichkeiten, wie z.B. die Verbindung von Leben und Arbeiten, die Entwicklung wirklich menschengerechter Arbeitsplätze oder umweltschonender Arbeitsmethoden.

Dadurch, daß diese Konflikte bewußt eingegangen wurden, stellten sie eine ständige Herausforderung an die jeweiligen Betriebe dar, sich mit selbstbestimmter und nicht entfremdeter Arbeit immer wieder praktisch wie inhaltlich auseinanderzusetzen. Dabei ergab sich relativ schnell die Perspektive, in diesen Alternativbetrieben Formen wirklich neuer Arbeit entstehen zu lassen, angefangen beim Umgang miteinander, der Verteilung und Verwendung von Geld, dem Einsatz von und der Einstellung zu Maschinen/Technik, bis hin zu neuen Formen der Alterssicherung.

Wenn wir uns ansehen, wie breit gefächert und weitreichend die Perspektiven möglicher Entwicklung waren, und dem dann die heutige Situation gegenüberstellen, stellen wir fest, daß es tatsächliche Fortschritte lediglich im rein arbeitstechnischen und ökonomischen Bereich gegeben hat. Aber bereits bei der Arbeitsorganisation kann von Fortschritt nicht mehr die Rede sein; hier wie erst recht in den übrigen Bereichen können wir nur immer weitergehendere Anpassung an gängige moderne kapitalistische Normen erkennen. Wenn aber in genau den Bereichen, die die Alternativbetriebe als solche kennzeichnen, eine Anpassung stattfindet, stellt auch der Fortschritt im technisch-ökonomischen Bereich lediglich einen Fortschritt bei der Anpassung dar. Politisches Engagement ist nicht mehr ein Interesse der Betriebe, sondern allenfalls Privatsache der Einzelnen. Vor diesem Hintergrund wird klar, in welche Richtung die Arbeit des Vereins gehen muß: Weiterentwicklung technischer und organisatorischer Leistungsoptimierung entsprechend kapitalistischer Kriterien, Hilfestellung zur konfliktfreien Bewältigung des Arbeitsalltags bis hin zur Installation einES FrauenbeauftragtEN etc... (siehe Vereinssatzung u. Rundbriefe).

Der Kompromiß von Anpassung und Alternative im selbstverwalteten Betrieb, die ständige Präsenz kapitalistischer Bedingungen, von Markt, Steuern, Konkurrenz und Werbung usw. bedarf keiner Vernetzung auf nationaler Ebene. Die Wirkung nach außen wird bei vielen Modellen dieser Art als Aushängeschild für die Modernität und Freizügigkeit des Systems vereinnahmt und über Subventionen kontrolliert. Vereine stellen keine gesellschaftliche Provokation dar, sondern verbringen große Teile ihrer Arbeit mit dem funktionalen Teil ihrer hierarchischen Struktur. Vereinsstrukturen – Hierarchien sind unvereinbar mit den antihierarchischen autonomen Innenstrukturen der kollektiven Betriebsidee und -praxis. Selbstverwaltung setzt voraus, daß jeder seine Fähigkeiten zur Selbstbestimmung entwickeln kann. Modelle von oben, besonders die in der Tradition alter deutscher Vereinsmeierei, widersprechen dem grundsätzlich.

Wir haben unsere Beschreibung bewußt allgemein gehalten. Wir sehen durchaus, daß sich diese Entwicklung nicht in allen Betrieben gleich vollzieht, sie immer wieder hinterfragt wird, auch Widerspruch auslöst und daher korrigiert werden kann. Die Gründung des „Vereins graphischer Betriebe" stellt aber eine Festschreibung dieser Entwicklung dar und provoziert damit eine Spaltung der Alternativbetriebe. Das kann nicht unser Interesse sein! Sollte diese Provokation allerdings zu einer schon lange notwendigen Klärung der Begrifflichkeiten und Strukturen in diesem Bereich führen, wäre das der einzige positive Effekt, den uns die Vereinsgründung bringen könnte.

Nur durch unsere regionalen, eigenverantwortlich organisierten Treffen sind wir in der Lage, auf politische Entwicklungen in unserem Lebenszusammenhang unmittelbar zu reagieren und gemeinsame Einschätzungen auch unserer Rolle zu entwickeln. Gleichzeitig sind unsere Treffen Ausdruck davon, daß wir uns auch als Betriebe nach wie vor als Teil einer/unserer politischen Bewegung verstehen, daß unser politisches Handeln sich nicht darauf reduziert, ab und an für die Scene zu drucken und am Wochenende beim Verein über „handfeste branchenspezifische Probleme" zu reden. Sicherlich scheint eine solche Form des Zusammenschlusses u.U. manchmal aufwendiger und erfordert auf jeden Fall ein größeres Maß an Motivation aller Beteiligten, eine wirkliche Weiterentwicklung alternativer Arbeitsformen können wir uns aber nur in der Zusammenarbeit in eindeutig antihierarchischer dezentraler Autonomie vorstellen. Ein bundesweiter Zusammenschluß kann nur dann sinnvoll sein, wenn er von solchen regionalen Zusammmenschlüssen als Plenum genutzt wird. Betriebe, die erklärtermaßen keine Zeit für regionale politische Treffen, aber Zeit für bundesweite technisch-organisatorische Vereinsmeierei haben, zeigen deutlich ihre politische Entwicklung. Der Verein macht den Kopf nicht frei, er vereinnahmt den Teil unseres Denkens, der wichtig wäre für selbstbestimmtes politisches Handeln.

Moosdruck (Leverkusen), Druckwelle (Wuppertal), Tiamat (Düsseldorf).

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 6
Tel.: 06171/78011

DER KOMMENTAR:

Ricarda Buch, Berlin

Und die gefüllte Geldbörse befindet sich nach wie vor in Männerhand. Da wurden in Arnoldshain viele Pläne geschmiedet, wie frau sich dieses teure Gut verschaffen könnte. Denn schließlich wollen Frauen ihre Autonomie in der kapitalistischen Geldwirtschaft durchsetzen. Unbeantwortet blieb dabei die Frage, inwieweit sich Kapitalanhäufung durch straighte Karriereplanung und Anpassung an die männliche Geschäftswelt mit der Selbstverwirklichung von Frau vereinbaren läßt. Offensichtlich bleibt den Frauen auch heute nur die Wahl zwischen finanzieller Unabhängigkeit ohne Mann und Kinder oder Abhängigkeit vom staatlich/männlichen Geldsack mit Kindern. Unerheblich ist in diesem Zusammenhang, ob frau glaubt, sich nur als Mutter verwirklichen zu können. Entscheidend ist vielmehr die Einschränkung ihrer Wahlmöglichkeiten für eine autonome Lebensgestaltung.

Im Märchen verhilft der Teufel mit dem gefüllten Geldsack dem Armen zu Macht und Reichtum und hofft, eine menschliche Seele zur Habgier verführen zu können. Doch dem Menschen gelingt es, ihn zu überlisten und dadurch die eigene Haut zu retten. Die im Märchen angepriesenen Patentrezepte lassen sich auf unsere komplexe Wirklichkeit selbstverständlich so nicht anwenden, doch sollten wir die darin enthaltene (idealistische) Lehre nicht vergessen: Menschliches Glück und Reichtum sind nicht durch Anpassung an die Normen des „Bösen" (Habgier, Geiz und Machtstreben) zu erlangen, sondern durch Widerstand gegen jene Untugenden (der Geschäftswelt).

Wenn Frau Prof. Dr. Kuhn, Frauenforscherin an der Uni Bonn, die Autonomie über die Herstellung des Lebens und der Lebensmittel für Frauen fordert, so kann dieses Ziel nicht über die Anpassung an die männliche Geschäftswelt erreicht werden. Die Ausbreitung des Großgrundbesitzes, die Entstehung des Finanzkapitals, des Staates und die Monetarisierung der Handelsbeziehungen sorgten nicht nur für volle Schatzkammern der Fürstenhäuser, gefüllte Banktresore und Lagerhallen, sondern bedingten gleichzeitig die massenhafte Abdrängung von Frauen in den Haushalt, wo sie sich an die unentgeltliche Arbeit bei der Pflege nicht erwerbsfähiger Personen gewöhnen durften. Dies gilt es zu verändern.

Der unwiderstehliche Charme des Geldes

Bericht einer Tagung in der evangelischen Akademie Arnoldshain

Geladen hatte Marlene Kück (FU Berlin und STATTwerke), um das „vermutlich letzte Tabuthema für Frauen - das Geheimnis des Geldes" - einer Analyse zu unterziehen. (Einladungstext). Hierzu wurden Arbeitsgruppen und Vorträge angeboten, die sich alle mit der Rolle der Frau als - Geldnehmerin und -geberin, als Managerin, Geschäftsfrau, Anlegerin und Kreditnehmerin beschäftigen sollten.

Christa Nesemann

Entsprechend „hochkarätig" war die Liste der Referentinnen: Von der Chefredakteurin der Zeitschrift „Capital" über die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Hessen bis hin zur Geschäftsleiterin des Hertie-Konzerns. Vielleicht weniger hochkarätig, aber nicht minder schillernd die Teilnehmerinnen: Autonome Projektfrauen, Unternehmerinnen, Politikerinnen, Journalistinnen und „Szenefrauen". Alle waren sie gekommen, um gemeinsam über den Umgang der Frauen mit Geld zu reden.

Szenefrauen und Unternehmerinnen an einem Tisch

Können so unterschiedliche Frauen überhaupt miteinander diskutieren? Sie können - und wie! Über Geld spricht Mann bekanntlich nicht, die Frauen taten es, und dies in einer lockeren und entspannten Atmosphäre. Das Geld wurde somit einmal mehr seiner historischen Funktion als Mittler und Leveller gerecht, als gemeinsamer Bezugspunkt unterschiedlicher Erfahrungen, die Frauen damit haben. So gab es denn auch viel Übereinstimmendes in diesen Erfahrungen zu entdecken: Frauen sind sparsamer und weniger risikofreudig. Als Unternehmerin haben sie eher die eigene Selbstbestimmung als die große Kohle im Auge, als Anlegerin sind sie solide und verhalten sich kaum als Spekulantin. Sie werden von den Fachleuten allerdings auch entsprechend beraten, wie die anwesenden Bänkerinnen über ihre Kollegen zu berichten wußten.

Auch in Gehaltsverhandlungen sind Frauen bescheidener; sie richten ihre Forderungen in erster Linie nach dem aus, was sie brauchen und nicht nach dem, was sie leisten können. Nur wenige haben eine bewußte Karriereplanung betrieben. Es waren eher die berühmten Zufälle, die ihnen weitergeholfen haben: Auf einer Party oder im Zug einen Bäcker kennengelernt oder gleich den Juniorchef eines Unternehmens geheiratet. Natürlich müssen solche Zufälle entsprechend genutzt werden! Aber das wissen wir ja längst aus der einschlägigen Literatur und ebensolchen Filmen. (Ich denke da z.B. an die Szene aus „Blondinen bevorzugt", in der M.M. einem uralten, unansehnlichen aber steinreichen Kauz entgegenhaucht: „Oh, Piggy, für einen Diamantminenbesitzer habe ich Sie mir viiiel älter vorgestellt"!) Fast wie im richtigen Leben also.

Abgesehen von den wenigen Ausnahmen, die noch nie was von Frauenbenachteiligung erfahren haben, waren sich die Anwesenden einig, daß sie alle als Frauen mit besonderen Barrieren und Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und immer noch haben.

Die Anerkennung dieser Tatsache markierte so den über die ökonomischen und kulturellen Schranken hinausgehenden Konsens zwischen den Frauen.

Das war's dann auch schon!

Daß Frauen benachteiligt und ausgegrenzt werden und daher auf allen gesellschaftlichen Ebenen gefördert werden müssen - dem widersprach keine. Nur, wohin sollen sie denn nun be- und gefördert werden? Managerin bei Daimler oder MBB - ist das unser Ziel? Sicher nicht für alle, aber Fragen dieser Art blieben während der gesamten Tagung unbeantwortet.

Da es jedoch kontrovers zugehen sollte, war zum Abschluß noch eine Podiumsveranstaltung anberaumt, auf der über die konkurrierenden politischen Konzepte zum Thema „Geld, Macht und Einfluß" diskutiert werden sollte.

Aber auch hier: Weniger Widersprüchliches, dafür eher vertöchterlichende Worte. Wir sollten lieber Frauen motivieren und nicht Männer missionieren. (Gisela Brackert, Leiterin des Frauenfunks beim HR). Mit Frauen anderer Parteien habe sie nun lange genug diskutiert, befand Adrienne Göhler von der Hamburger GAL, nun sei es an der Zeit, die Männer direkt zu konfrontieren. Bei denen mache sich eh schon eine „flächendeckende Nervosität" bemerkbar, so Carola von Braun, Frauenbeauftragte des Berliner Senats. Alles klar, Schwestern, wir sind uns ja einig! Richtig kribblig wurde es dann aber doch für einen Moment. Als die Vorsitzende der hessischen CDU- Frauenvereinigung, Ingeborg Seitz, im Zusammenhang mit dem §218 von „Tötung" sprach, verließ rund die Hälfte der Frauen den Saal. Doch die Diskussion auf dem Podium lief weiter, und es wurden noch sehr interessante Statements abgegeben, die aber wegen der Kürze der Zeit nicht erschöpfend behandelt werden konnten.

Die Diskussion vertiefen

Auf dem Berliner Frauenprojekteplenum haben wir beschlossen, diese Diskussion in unseren Zusammenhängen fortzusetzen. Zur Anregung für alle Frauen seien hier kurz die Beiträge wiedergegeben, die wir für unsere weitere Debatte aufgreifen wollen:

Da war zunächst Carola von Braun, die ihr Statement mit der These eröffnete, die sogenannten konkurrierenden politischen Konzepte seien so unterschiedlich gar nicht mehr. Vielmehr würden sie sich nur noch punktuell unterscheiden. Schließlich gäbe es derzeit ein besonders günstiges politisches Klima für die Durchsetzung von Frauenbelangen. Zwischen den Parteien herrsche gar ein regelrechter Konkurrenzkampf über die Besetzung frauenpolitischer Themen. Allein - die autonome Frauenbewegung scheint diese Zeichen der Zeit weder zu erkennen noch entsprechend zu nutzen. Die Frauenbewegung verharre stattdessen im „Außenvor-Denken" und betreibe keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den politischen Machtstrukturen. Damit aber seien diese Frauen nicht nur „unpolitisch", sondern sie begnügen sich auch mit dem Status der „Draußengebliebenen": Arm und ohne Einfluß! Gerade die autonomen Frauenprojekte hätten viel angeregt und bewegt, es fehle ihnen aber an politischen Durchsetzungsinstrumenten und an einer Lobby. Genau das aber seien die zentralen Defizite der autonomen Frauenbewegung. Erstens sei sie „inhaltlich diffus" und zweitens „organisatorisch" geschwächt. Hinzukommt, daß sie es immer noch nicht geschafft habe, bestimmte „Igitt-Themen" aufzuknacken, dazu gehören die bei autonomen Frauen als Tabus gehandelten Themen „Geld, Macht und Einfluß". Carola von Braun appellierte an die Frauenbewegung, zugunsten der gemeinsamen Interessen die jeweils unterschiedlichen Wirkungsbereiche und Durchsetzungsmöglichkeiten anzuerkennen und sich nicht gegenseitig nur zu kritisieren und damit zu schwächen. Klare Worte, über die es sich lohnt nachzudenken.

Grenzen der Verschwisterung

Das Eingehen von „Seilschaften" über politische und organisatorische Differenzen hinweg, war denn auch der einhellige Tenor dieser Veranstaltung. Einzig Karin Roth, Gewerkschaftssekretärin aus Frankfurt, zeigt die Grenzen einer solchen Verschwesterung auf. Bei den sogenannten Frauenthemen (Frauenförderung, Gegen Diskriminierung etc.) ließe sich zwischen unterschiedlichen politischen Fraktionen noch „relativ" leicht ein Konsens herstellen, dies aber auch nur solange, wie es nicht an das „Eingemachte" ginge. Das Eingemachte seien aber gerade die verschiedenen Konzepte, die sich auf die Umgestaltung der Ökonomie beziehen. Würden diese wirtschaftspolitischen Ziele und die Wege ihrer Durchsetzung zum Angelpunkt der Debatte gemacht, zeigte sich sehr bald die Begrenztheit der Seilschaften-These. Frau-Sein als Minimalkonsens reiche dann nicht mehr aus. - In der Tat, möchte ich hinzufügen, genau dieses Ausblenden wirtschaftspolitischer Perspektiven, hat die Tagung zu einer recht harmonischen Veranstaltung werden lassen. Das war auch gut so. - Nur wenn, wie die Podiumsteilnehmerinnen unisono verkündeten, alle Frauen „alles" wollen, was wollen dann die autonomen Frauen eigentlich noch?
Ich bin gespannt auf die Diskussion!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Leserinnenbrief

Wollen Frauen kein Geld?

Der Artikel Claudia von Braunmühls zur Frauenprojektförderung bei *Netzwerk Berlin* erweckt den Eindruck, Frauen brauchten oder wollten kein Geld. Wir finden es äußerst unglücklich, daß hier die Fördersummen von *Netzwerk* und *Goldrausch* unkommentiert gegeneinander aufgerechnet werden. Wir merken dazu an, daß *Goldrausch* ein viel kleineres Finanzvolumen als *Netzwerk* hat, dies aber zu 100% an Frauenprojekte vergibt. Außerdem sind wir froh, unsere Summen halten zu können, obwohl die Armut unter Frauen zunimmt und immer wieder Mitfrauen ihre Beitragszahlungen einstellen müssen.

Es ist richtig, daß Frauen in der Vergangenheit manche Quoten, die in diversen Verteilertöpfen für sie vorgesehen waren, nicht vollständig abgerufen haben. Die Ursache hierfür ist sicher erstmal in den Vergabekriterien zu suchen, die vielleicht nicht direkt frauenfeindlich sind, aber doch an der Realität von Frauen vorbeigehen.

Auch *Goldrausch* hatte 1986 vorübergehend einen hohen Kontostand. Wir vermuten, daß dies vor allem auf die Förderpause 1985 wegen absoluter Ebbe in der Kasse zurückzuführen war. Erst nachdem sich herumgesprochen hatte, daß sich unser Konto wieder erholt hatte, kam die Antragsschwemme. 1987 wurden ca. 120.000 DM an 26 Projekte vergeben (gegenüber 13 Projekten mit 80.000 DM im Jahr 1986). Dies, obwohl die Banken mittlerweile zunehmend an Frauenbetrieben interessiert sind. Gewerbliche Projekte können sich daher inzwischen auch bei traditionellen Banken leichter Geld leihen bei derzeit günstigen Zinsbedingungen.

Wir könnten uns noch wesentlich mehr Frauenförderung vorstellen, z.B. höhere Fördersummen oder Eigenkapitalersatz für Frauenprojekte. Zuschüsse können wir derzeit nur an Projekte vergeben, die nicht gewerblich arbeiten. Gewerbliche Frauenprojekte erhalten fast ausschließlich zinsfreie Darlehen.

Frauenfreundlichkeit oder Frauenfeindlichkeit der *Netzwerk*- Förderpraxis hängt sicherlich nicht nur davon ab, ob ein bestimmtes Frauenprojekt gefördert wird oder nicht. Eine Förderquote bei *Netzwerk* von durchschnittlich 13% läßt jedoch keine besonderen Anstrengungen in Richtung Frauenförderung vermuten. Die Quote könnte ohne Schwierigkeiten erhöht werden, wenn *Netzwerk* die Frauenprojekte neuerdings nicht erstmal zu *Goldrausch* schicken würde.

Wir finden, daß alle Fördertöpfe frauenfreundliche Vergabekriterien haben sollten. Die neuere Entwicklung geht nicht nur bei *Goldrausch* dahin, daß sehr viel mehr Geld beantragt wird, als wir zahlen können.

Goldrausch Frauennetzwerk Berlin

Selbstverwaltung in Chile

Über 400 „talleres laborales" (Selbstverwaltete Werkstätten) trafen sich im Oktober vergangenen Jahres in Santiago

„Vor zwei Jahren begannen wir mit der Bäckerei Santa Monica im Stadtteil El Cambucho. Wir waren damals zehn Frauen und wir gingen noch mit den Körben auf die Straße, um das Brot, die Berliner und die gefüllten Fleischtaschen anzubieten. Jetzt haben wir einen eigenen Verkaufsstand und einen eigenen Ofen. Die Stiftung „Trabajo para un hermano" unterstützt uns finanziell, um eine Maschine zu kaufen, mit der wir verschiedene Brotsorten backen und unseren Verkauf verbessern können.

Ich habe mich der Bäckergruppe angeschlossen, nachdem mein Mann arbeitslos wurde und ich etwas für die Familie tun mußte. Es ist zwar wenig, was wir verdienen, aber das Wichtigste ist, daß wir mit der Unterstützung von außen gelernt haben zu arbeiten. Was wir erreicht haben, verdienen wir mit unserem eigenen Schweiß, - da schenkt uns niemand was."
Teresa Vidal, Bäckerei Santa Monica

„Wir sind zwölf in der Werkstatt. Wir haben Fortschritte gemacht und wir fühlen uns wichtig, weil wir etwas gelernt haben.

Am Anfang wollte mein Mann nicht, daß ich arbeiten gehe, aber inzwischen hat er sich daran gewöhnt. Wenn ich nicht zuhause bin, dann muß er sich das Essen und den Tee selber machen. Früher war ich ganz an das Haus gebunden und sehr von ihm abhängig. Jetzt fühle ich mich verwirklicht und ich bin stolz auf das, was ich weiß. Ich bin schon viel offener geworden."
Lila Castillo

Ausstellung auf dem Treffen *Foto: Solidaridad, Chile*

Horst Steigler aus Santiago

Red. Heidelberg Im Oktober vergangenen Jahres hatten sich 700 Personen aus 400 Werkstatt-Kollektiven zwei Tage lang in Santiago zu ihrem 4. Jahrestreffen versammelt um Erfahrungen auszutauschen und sich besser zu koordinieren. Die Zahl der selbstverwalteten Werkstätten („talleres laborales") wird auf über 500 geschätzt; es sind kleine Werkstätten mit 3 bis 15 ArbeiterInnen, die Produkte und Dienstleistungen unterschiedlichster Art anbieten. Sie haben einfachste technische Ausstattung, arbeiten mit geringem Kapital und einer nur rudimentären Arbeitsteilung.

Es lassen sich verschiedene Werkstatt-Typen anhand ihrer Arbeitsstunden unterscheiden: Werkstätten mit Gelegenheitsarbeiten, Werkstätten, in denen nur einige Stunden in der Woche gearbeitet wird und solche, die regelmässig funktionieren.

Jene Werkstätten allerdings, die ganztags arbeiten und für ihre Mitglieder die einzige Einkommensquelle darstellen, sind hier in der Minderzahl. Der Großteil der Werkstätten schafft es nicht, über eine gelegentliche oder zeitlich begrenzte Produktion zu einer stabilen und kontinuierlichen Erwerbsquelle zu werden. Die Einkommen sind daher eher Zusatzverdienste als echte Löhne.

Fast alle diese Werkstätten sind in den letzten fünf bis acht Jahren in den Armensiedlungen Santiagos entstanden; aus der Not geboren, stützen sie sich meist auf nicht mehr als auf den kollektiven Wunsch nach Veränderung und gegenseitiger Hilfe.

Die Solidarität, die Kooperation und der Wille, aus der Solidarität eine produktive Kraft und eine transformierdende Energie zu machen, - das sind die besonderen Eigenschaften, die die unterschiedlichen Werkstätten auszeichnen und miteinander verbinden. Die Ressourcen, die sie dabei einsetzen, erschöpfen sich nicht in dem, was herkömmlich unter ökonomischen Ressourcen verstanden wird (Arbeit und Kapital). Es sind die anderen, nicht-traditionellen Ressourcen, u.a. soziales Bewußtsein, Kreativität, Organisationsfähigkeit und Solidarität, mit denen sich die Werkstätten formieren und mit denen sie überleben. Erst in den letzten Jahren erhalten sie Unterstützung von nicht-staatlichen Organisationen in Form von Ausbildungskursen, technischer und administrativer Beratung und Krediten.

Von der Produktion für den Eigenbedarf zum Kleinbetrieb in Selbstverwaltung

Die überwiegende Mehrheit der Werkstätten besteht aus Frauen. Produziert werden Strickwaren, Kunsthandwerk aus Wolle und Stoffresten („arpilleras") und ähnliches mehr, Arbeiten, die in gewisser Weise eine Verlängerung der Hausarbeit sind, wenn auch nun in kollektiver Form; sie erfordern keine besondere Ausbildung und keine technischen Kenntnisse. Die eigenen Fertigkeiten der ArbeiterInnen sind anfänglich zwar die formierende Kraft der Werkstatt, doch stellen sie sich bald als ein Hemmnis heraus: Da die Kenntnisse oft genug unzureichend oder mangelhaft sind, werden diese Defizite auch in der gemeinsamen Selbstausbildung weitergegeben, was sich später als erhebliches Hindernis für den Verkauf der Produkte herausstellt. Anfänglich beginnen die Werkstätten meist mit der Produktion für den eigenen Konsum, wobei das Zusammentreffen als Werkstattgruppe auf wenige Stunden in der Woche beschränkt bleibt. Erst wenn die Gruppe neue Verkaufswege gefunden hat, erhöht sich die Produktion und ergibt sich die Notwendigkeit, sich häufiger zu treffen und die Arbeit zu koordinieren. Ein Teil der Werkstätten bleibt auf dem Niveau der Eigenproduktion stehen, teils absichtlich, teils wegen mangelnder Möglichkeiten.

Es gibt allerdings auch Werkstätten, die sich zu selbstverwalteten Kleinbetrieben mit kontinuierlicher Produktion und wirtschaftlicher Stabilität entwickelt haben und für ihre Mitglieder feste Einkommen bedeuten. Diese Kleinbetriebe arbeiten in der Fabrikation von Möbeln, Holzfertighäusern und in der Baubranche. Einer der grösseren Betriebe mit ungefähr 45 Arbeitern hat in Zusammenarbeit mit einer nicht-staatlichen Organisation in diesem Jahr eine eigene technische Schule gegründet, in der Jugendliche aus den Armensiedlungen kostenlos eine mehrmonatige Ausbildung in verschiedenen Berufen erhalten können sowie Grundkenntnisse in Selbstverwaltung und Betriebsführung.

In den letzten beiden Jahren sind Werkstätten ganz neuen Typs entstanden: Werkstätten von Exilrückkehrern. Viele Chilenen, denen nach jahrelangem Exil die Rückreise nun endlich erlaubt wurde, finden keinen Arbeitsplatz. Durch Beihilfen und zinsgünstige Kredite internationaler Organisationen gibt es für sie die Möglichkeit, Kleingewerbebetriebe aufzubauen. Der massive Rückkehrerstrom hat inzwischen über hundert solcher Kleinbetriebe hervorgebracht.

Absolut notwendig: Vernetzung und Weiterbildung

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Werkstätten folgende Probleme haben: Geringer technischer Ausbildungsstand der Mitglieder; Schwierigkeiten beim Verkauf der Produkte; fehlende Finanzierungsmittel; rudimentäre technische Ausstattung und mangelnde Kenntnisse in Betriebsführung und Selbstverwaltung.

Diese Probleme hatten bisher auch alle Treffen der selbstverwalteten Werkstätten thematisch bestimmt. Zu einem ersten Treffen kam es 1984, an dem die Werkstättten noch gemeinsam mit einer Vielzahl unterschiedlichster Selbsthilfegruppen (Versorgungs-, Hausbau-, Gesundheits-, Kulturgruppen u.ä.m.) und den nicht-staatlichen Organisationen (u.a. Kirchen) erste Versuche der Koordinierung und Kommunikation unternahmen. Waren es damals nur 68 Delegierte, so war die Zahl der Werkstätten beim zweiten Treffen im Jahr 1985 bereits auf über 160 angestiegen. 1985 wurden erstmals feste Kommissionen mit Vertretern der Werkstätten und der Institutionen eingerichtet, die zu den Problemen Ausbildung, Finanzierung, Technologie und Vermarktung Lösungen erarbeiten sollten. Ein Ergebnis dieser Arbeit war die Bildung von Koordinierungsinstanzen zwischen den Werkstätten in den einzelnen Stadtteilen. Das dritte Treffen im Jahre 1986, das eine noch größere Zahl von Werkstätten zusammenführte, bereitete die Schaffung einer einzigen Koordinierungskommission für die verschiedenen örtlichen Instanzen und den Aufbau von kleinen Versorgungs- und Verkaufslagern vor. Aufgabe dieser Lagerhäuser sollte sein, die Werkstätten durch den organisierten Großeinkauf kostengünstig mit Rohmaterial versorgen zu können und ihnen gleichzeitig eine Verkaufsmöglichkeit anzubieten. Während sich die Idee des Großeinkaufs in einzelnen Stadtteilen bewährt hat, ließ sich der Verkauf der Produkte auf dem gleichen Weg nicht realisieren.

Von seiten der nicht-staatlichen Institutionen wurde eine Finanzierungskooperative ins Leben gerufen, die bestehenden Werkstätten den Zugang zu Darlehen und Krediten erleichtert.

Das vierte Treffen in diesem Jahr mit der Beteiligung von 400 Werkstätten hatte den Charakter der Begegnung, Kommunikation und Weiterbildung. Die Teilnehmer hatten ausreichend Zeit zum Erfahrungsaustausch und vonseiten der organisierenden Institutionen wurden Kurse zu verschiedenen Themen angeboten: „Kalkulation und Festlegung von Preisen", „Harmonie der Farben", „Qualitätskontrolle", „Kleine Exporte", „Didaktische Spiele" usw. Das Zuammentreffen der Werkstätten wurde auch dazu genutzt, einen alternativen Warenkatalog anzufertigen, der den Werkstätten bei der Vermarktung helfen und den Konsumenten des „alternativen Lagers" orientieren soll.

Insbesondere dieses Treffen hat den Bedarf der Werkstätten an technischer, finanzieller und administrativer Hilfe und Beratung verdeutlicht und auch gezeigt, in welchem beeindruckenden Maße neue Werkstätten entstehen:

1982: ca. 150
1983: ca. 210
1984: ca. 415
1985: ca. 500

Die bestehenden nicht-staatlichen Organisationen können dieser Nachfrage selbstverständlich überhaupt nicht nachkommen; hier müssen die neu entstandenen Koordinierungsinstanzen unter den Werkstätten Hilfestellung leisten. Das Scheitern vieler Werkstätten ist aber nicht nur auf mangelnde finanzielle Mittel zurückzuführen; oft ist es die Unerfahrenheit in der Organisation der Arbeit, der Betriebsführung und der Verarbeitung von Konflikten untereinander, die die Ansätze von Selbstverwaltung scheitern lassen. Überhaupt spielen gruppendynamische Aspekte und Unkenntnisse in kollektiver Arbeit eine ebenso wichtige Rolle für das Funktionieren der Werkstätten, wie die eher „technischen" Probleme (Geld, know-how, usw...)

Vonseiten des Staates gibt es für eine solche Form unternehmerischer Eigeninitiativen allerdings keine Unterstützung; eine Unterdrückung dieser Werkstätten erfolgt allerdings auch nur indirekt über Kontrolleure vom Finanzamt und den Verhaftungen von „wilden" Straßenverkäufern (ohne Gewerbeschein) in der Innenstadt, die die Produkte ihrer Werkstätten in den Fußgängerzonen anbieten.

Die bestehenden Werkstätten benötigen dringend eine Verbesserung ihres Ausbildungsstandards und eine technisch- administrative Beratung, um eine gewisse Stabilität und wirtschaftliche Kapazität zu erreichen, die es dann auch ermöglicht, neuen Mitgliedern bezahlte Arbeitsplätze anzubieten. Da die wirtschaftlich hoffnungslose Situation in den marginalen Sektoren weitere Werkstattgründungen hervorbringen wird, erlangen die Treffen von selbstverwalteten Werkstätten, auf welchen Koordination, Kommunikation und Vernetzung verbessert werden, eine immer größere Bedeutung für die Verdichtung alternativer Arbeitsformen zu alternativen Wirtschaftssektoren. Eines zeigt sich dabei schon heute: Für die aktuelle Situation in Chile sind diese Erfahrungen von Selbstverwaltung innerhalb repressiver Strukturen auch ein wichtiger Beitrag zu Wiedergewinnung der sozialen Organisationsfähigkeit der Bevölkerung mit demokratischen Strukturen.

CHILE

Einige entkommen der Folter lebend. Aber was ist das für ein Leben?

Denn die Qualen der Folter wirken nach – noch lange.
Depressionen, Angstneurosen und paranoide Zustände sind die häufigsten seelischen Spätfolgen. Viele Opfer von Folter drohen daran zu zerbrechen. Sie brauchen dringend fachkundige Hilfe. So wurde 1986 in der chilenischen Hauptstadt Santiago **CINTRAS** gegründet: eine medizinische und psychotherapeutische Einrichtung für die Hilfe gegenüber Folteropfern und ihren Angehörigen. Unter Assistenz des international bekannten Zentrums für Rehabilitation Gefolterter (IRTC) in Kopenhagen wurden Heilpläne auf psychologisch-psychiatrischer Ebene entwickelt, die ebenso die medizinischen und sozialen Aspekte des Einzelfalles berücksichtigen.
CINTRAS arbeitet mit allen oppositionellen Kräften zusammen und wird besonders von der katholischen Kirche Chiles geschützt. Bis Ende August '87 wurde **CINTRAS** von der Kopenhagener Klinik finanziert. Danach hat **medico international** mit einer Spende für weitere 3 Monate diese Arbeit ermöglicht. **CINTRAS muß weiterarbeiten** – für die Opfer der Pinochet-Diktatur.
Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Prof. Peter Alheit, Wissenschaftler
Gert Bastian, Generale für Frieden
Dr. med. Winfried Beck, IPPNW
Freimut Duve, MdB-SPD
Brigitte Erler, Amnesty International
Thomas Ebermann, Die Grünen
Pater Anatol Feid, Dominikaner
Prof. Iring Fetscher, Autor
Marlies Flesch-Thebesius, Pastorin
Marion von Hagen
Hans Hirschauer, Zahnarzt
Ulrike Holler, Journalistin
Dr. med. Ellis Huber,
Vors. Ärztekammer Berlin
Prof. Helmut Gollwitzer, Theologe
Herbert Groenemeier, Schauspieler
Prof. Robert Jungk, Autor
Petra Kelly, Die Grünen
Sir Karl Popper, London
Prof. Horst Eberhard Richter, Psychotherapeut
Prof. Herbert Schui, Wissenschaftler
Antonio Skarmeta, Regisseur
Dr. Herbert Stubenrauch, Psychotherapeut
Friedrich Karl Waechter, Autor

CINTRAS
CENTRO DE INVESTIGACION Y TRATAMIENTO DEL STRESS
ZENTRUM FÜR STRESS-FORSCHUNG UND -BEHANDLUNG

Kontaktadresse:
Juan Beltran
Am Wartbaum 39
6457 Maintal 2

Informationsbroschüre kostenlos:
bei medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1

Spendenkonten:
Stadtsparkasse Frankfurt, Konto-Nr. 1800
Postscheckamt Köln, Konto-Nr. 6999-508
bei Medico International Stichwort Chile/**CINTRAS**

medico international

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!!!

Bunte Seiten

Für die 200 NeuabonnentInnen, die CONTRASTE seit Erscheinen der letzten BUNTEN SEITEN erhalten und für alle AltabonnentInnen und Neugierige:

Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungs = Landschaft der BRD und West- Bärlin, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder Maiausgabe beiliegen...

Da wir einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten / selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind oder deren Anschrift sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1** zu melden.

Neu wird die Erweiterung auf die österreichische Selbstverwaltungs-Szene sein. Österreichische Projekte und Betriebe wenden sich an: **Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.**

Adresseinträge sind kostenlos - na logisch! Alle SchlaumeierInnen, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRA-SONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises**. Das sind lächerliche 1 DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet Werbung für die Selbstverwaltung und unterstützt die Vernetzung der Szene.

Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe bitten wir um einen Vermerk, in welchen Berufen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist der 20. März 1988!!!!!

Exemplare der letzten BUNTEN SEITEN (Dezember '87) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

Literatur zum Vereinsrecht

Red. Cassel Die Mehrzahl alternativer Projekte, die nicht im engeren gewerblichen Bereich arbeiten wie z.B. Kulturzentren, Jugendzentren, Tagungshäuser, Landkommunen, Umwelt- und Naturschutzzentren, Frauenhäuser, Gesundheits-, Wissenschafts-, Kinder-, Energie- und Friedensläden, Alternativinstitute sind als eingetragener Verein organisiert.

Wer aber kennt sich schon im Vereinsrecht aus? Wer weiß über die juristischen und steuerlichen Dinge, Hintergründe und Hintertürchen Bescheid? Deshalb möchte CONTRASTE einige Bücher vorstellen, die für alternativ ausgerichtete Vereine empfehlenswert sind:

* Vereine gründen und erfolgreich führen; Sieghart Ott; dtv 5231; München 1986; 191 Seiten; DM 9,80.

Ein gutes Buch für denjenigen, der sich allgemein über das Vereinsrecht informieren will. Jedoch für spezielle Fälle, wie sie in der Regel in eingetragenen Vereinen vorkommen, ungeeignet.

* Der eingetragene Verein; Sauter und Schweyer; C.H. Beck; München 1986; 392 Seiten; DM 39,80

Dieses bereits zum Standardwerk von Vereinsjuristen gewordene Buch ist immer noch eine Art Bibel des Vereinsrechts. Als Nachschlagewerk streift dieses Buch ausreichend viele Fehler der Vereinsbürokratie. Für die Vereinspraxis ist dieses Buch besonders zu empfehlen.

* Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts; Reichert und Dannekker; Luchterhand; Neuwied/Darmstadt 1987; 1100 Seiten; DM 198,00.

Ein ideales Buch für den alternativen Vereinsbürokraten und solche, die es noch werden wollen. Wer dieses Nachschlagewerk im Kollektiveigentum hat, wird bald die Fülle an zusammengetragenem Material nicht mehr missen wollen.

* Vereine und Steuern; Sauter, Luger; dtv 5264; München 1987; 203 Seiten; DM 10,80.

Dieses Buch kann nur als Einführung in das Steuerrecht dienen. Für eine tiefergehende Beschäftigung mit der schwierigen Materie Steuern ist es nicht ausreichend.

* Besteuerung von Verein, Stiftung und Körperschaft des öffentlichen Rechts, Kommentar; Troll; Verlag Vahlen; München 1987; 602 Seiten; DM 118,00.

Wer sich ausführlich über das derzeit gültige Steuerrecht (Vorsicht: die Steuerreform läßt auch die Vereine nicht außer Acht!) informieren will, dem sei dieses gründliche Nachschlagewerk empfohlen.

* Der Verein und das Finanzamt; ...; Rudolf Hauser Verlag.

Der Titel verspricht mehr als das der Inhalt herzugeben vermag. Dennoch ist es für alle, die Probleme mit dem Finanzamt haben, ein guter Ratgeber.

* Recht und Steuern der Vereine; Adalbert Peter; Leitfadenverlag Dieter Sudholt; Berg 1986; 388 Seiten; DM 36,00.

Ein sehr empfehlenswertes Buch, das sowohl den Aspekt des Vereinsrechtes, wie auch ausführlich den Aspekt Steuerrecht behandelt. Eine Fülle von Informationen und Anregungen für den beachtenswerten Preis von 36,00 DM.

Joschka Fischers gesammeltes Fett

Regieren geht über Studieren - Ein politisches Tagebuch

Wer würde es dem Minister a.D. Joschka Fischer übelnehmen, wenn auch er seine Memoiren zu Papier brächte? Im Athenäum-Verlag veröffentlicht er ein 213-seitiges Tagepamphlet, das den Aufstieg und Fall der ersten rosa-grünen Koalition auf Landesebene dokumentiert.

Als die rosa-grüne Koalition in Hessen zerbrach, war unser Autor gerade 425 Tage in Amt und Würden. Diese, von vielen als Kuriosität bezeichnete Konstellation, ein ehemaliger Sponti als staatstragender Minister, verlief erschreckend glatt. Zwar erfahren wir von vielen Selbstzweifeln und Rücktrittsabsichten Fischers, doch der Mann in den Turnschuhen blieb wacker Minister unter Gleichgesinnten.

Zwar war es nur eine kurze Episode in der Parteienkonstellation Hessens, doch waren die an diese Koalition geknüpften Erwartungen derartig hochgesteckt, daß auch jeder andere hätte scheitern müssen. Fischer beschreibt dieses Dilemma recht genau: Auf der einen Seite die (nicht einmal ökologisch weitgehenden) Forderungen seiner Parteifreunde und auf der anderen Seite die kleinen Möglichkeiten des Machbaren.

Fischer geht, das ist ihm durchweg positiv anzurechnen, mit sich, seinen Parteifreunden und Parteifeinden sowie den politischen Gegnern hart ins Gericht. Das Buch, ironisch und leicht lesbar geschrieben, ist als Abendlektüre - oder auch zwischendurch beim U-Bahnfahren - eine ideale Bereicherung zwischen Konsalik und Fantasy-Romanen.

Gunar Seitz

Joschka Fischer, Regieren geht über Studieren - Ein politisches Tagebuch, Frankfurt 1987, Athenäum, 213 Seiten, ISBN 3-610- 08443-X.

Konfliktregelung im Selbstverwalteten Betrieb

Schlichtungsmodell von Hubert Kant (vergl. CONTRASTE Nr. 41/88) wird aufgegriffen und um die „Vermittlungsmethode" angereichert

Red. Heidelberg Was mit einem Konflikt anfangen, der betriebsintern festgefahren ist. Der „normale" Gang zum Rechtsanwalt, gemeint ist wohl zugleich der **Gang vor die Gerichte,** wird von Hubert Kant als **untauglich** verworfen. Eine Entscheidung, die sich an den bestehenden zivilrechtlichen Normen orientiert, scheint in der Tat nicht geeignet, Ideen der Selbstverwaltung zu berücksichtigen.

Andreas Kurth

Das Schlichtungsmodell

Dieses Verfahren ist in §§ 1025ff. ZPO gesetzlich vorgesehen. Durch Vertrag, bei Vereinen durch Satzung, wird von den Parteien für den Konfliktfall eine Schiedskommission benannt. Damit wird zugleich eine Klage vor Gericht ausgeschlossen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Ein langwieriges, mit Anwalts- und Verfahrenskosten oft teures Gerichtsverfahren wird vermieden. Obwohl das Schiedsverfahren selbst gesetzlich vorgesehen ist, kann sein Ablauf weitgehend selbst bestimmt werden; fast noch wichtiger: Es ermöglicht, von gesetzlichen Wertungen abzuweichen. Anstelle der für das Gesetz typischen Alles- oder-Nichts- Entscheidungen können Billigkeitserwägungen treten. Ebenso können Verhältnisse berücksichtigt werden, die sich innerbetrieblich aufgrund der Selbstverwaltung ergeben, deren Nachweis im Prozeß aber nicht möglich wäre.

Bei allen Vorteilen darf nicht vergessen werden, daß die Kommission an die Stelle des staatlichen Gerichtes tritt und z.T. dessen Kompetenzen erhält. Die Schiedskommission wird zwar darauf achten, allen Interessen gerecht zu werden und eine einvernehmliche Lösung zu erzielen. Sollte aber keine Einigung zustandekommen, hat die Kommission die Macht, den Streit auch gegen den Parteiwillen durch Schiedsspruch zu entscheiden. Dieser hat die Wirkung eines rechtskräftigen, gerichtlichen Urteils, § 1040 ZPO. Er kann zwangsvollstreckt werden und ist nur sehr begrenzt gerichtlich überprüfbar.

Die Tauglichkeit einer Konfliktlösung nach diesem Schlichtungsmodell steht und fällt mit der Fähigkeit der eingesetzten Kommission. Erscheint sie als kompetent und besitzt sie das Vertrauen der Parteien, bestehen gute Chancen einer befriedigenden Konfliktlösung. Jedoch, die jParteien geben die Lösung ihres Konfliktes aus der Hand und unterwerfen sich dem Einfühlungsvermögen, der Geduld und letztlich eben dem Gerechtigkeitssinn der Kommission. Das ist unbefriedigend, denn Selbstverwaltung heißt nicht, sich einen netten Chef auszusuchen...

Die Vermittlungsmethode im zugespitzten Konfliktfall

Erste Abhilfe kann bereits die bloße Einschaltung von Dritten bringen. Diese können anordnend, vermittelnd oder richtend tätig werden. Anordnende und Richter haben die Macht, auch ohne Zustimmung der Streitenden eine Regelung zu treffen. Dagegen bleibt Vermittlung darauf beschränkt, eine Einigung der Parteien herbeizuführen.

Die **Vermittlungsmethode** leistet Verhandlungshilfe. Von einer oder beiden Parteien gerufen, wird versucht, den festgefahrenen Dialog wieder in Gang zu bringen. Ziel der Vermittlung ist es, die tieferen Konfliktgründe zu identifizieren und zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. „Schuldige" werden nicht gesucht! Dieser Ansatz wird seit Jahren als **Alternative zur Justiz** diskutiert und wird heute in den angloamerikanischen Staaten, insbesondere den USA, experimentell in einem Umfang praktiziert, der bei uns nur schwer vorstellbar ist. Allerdings soll die Einrichtung von Mediation-Programmen und Neighbourhood-Justice-Centern oft zugleich die Gerichte entlasten.

Vermittlung kann, um einige Beispiele zu nennen, auf die Konfliktwahrnehmung der Parteien einwirken, neue Aspekte einbeziehen und Verständnis fördern. Bei vielen Konflikten läßt sich zeigen, daß es nicht einen Gewinner und einen Verlierer geben muß, sondern eine Einigung für alle von Vorteil ist. Bei diesem „integrativen Verhandeln" geht es deshalb darum, gemeinsam das Beste für beide Interessen herauszuholen. Allein hierzu wurde eine ganze Anzahl von Verhandlungstechniken und Übungen entwickelt.

Betrachten wir noch einmal das Schlichtungsmodell. Die Kommission hat zwar die Möglichkeit, verbindlich zu entscheiden, wird zunächst aber alles tun, um im dargestellten Sinne zu vermitteln. **Die Rollen von Vermittler und Schiedskommision sind aber nicht miteinander vereinbar!** In einem auf Einigung angelegten Vermittlungsgespräch werden die Parteien dem Vermittler Tatsachen, Einstellungen und auch Konzessionsbereitschaft anvertrauen, die sie gegenüber einer Schiedskommission lieber verschweigen würden. Andersherum, hat der Vermittelnde Entscheidungsmacht, wird ein Vermittlungsprozeß nie ganz offen sein, mögliche Kompromisse werden nicht zugegeben usw. Dies wurde in den Mediation- Programmen früh erkannt und auch berücksichtigt. Vermittler und Richter sind nicht identisch und sollte die Vermittlung ergebnislos scheitern, folgt zwar das Gerichtsverfahren, jedoch erhält der Richter keinerlei Informationen aus den vorangegangenen Vermittlungsversuchen. Für die Erfolgschancen der Vermittlung ist dieses Prinzip von entscheidender Bedeutung. Im Schlichtungsmodell wird dies nicht beachtet. Damit wird den Streitenden die Möglichkeit genommen, im Vermittlungsverfahren doch noch eine eigene Lösung ihres Konfliktes zu erreichen.

Die Schlichtungsmethode durch das Vermittlungsverfahren ersetzen?

Nein. Zwar sollten die Streitenden ihren Konflikt selbst lösen, aber manchmal helfen die besten Vermittlungstechniken nicht weiter. Sollte die Vermittlung scheitern, dann, aber auch erst dann ist Schlichtung angesagt.

Als **Perspektive** zur Regelung scheinbar unlösbarer Konflikte erscheint daher ein Verfahren, das schwerpunktmäßig versucht, den Streitenden durch Vermittlung eine eigene Lösung zu ermöglichen. Sollte dies scheitern, folgt ein Schlichtungsverfahren. Dieses ist dem sonst drohenden Gang vor die Gerichte unbedingt vorzuziehen. Das gesamte Verfahren müßte in einem Schiedsvertrag geregelt werden. Dieser sollte natürlich abgeschlossen werden, wenn die Welt noch in Ordnung ist. Nur so ist garantiert, daß, wenn es im Betrieb kracht, niemand versucht, mit einer eher zufälligen, aber formaljuristisch besseren Rechtsstellung vor Gericht zu ziehen und die anderen das Nachsehen haben. Für unterschiedliche Konflikttypen müßten taugliche Verfahren entwickelt werden. Oft wird hier auf bereits Vorhandenes zurückgegriffen werden können. Ein angebotenes Verfahren muß für die Betriebe vertrauenswürdig genug sein, um frühzeitig einen Schiedsvertrag zu vereinbaren, damit den Gerichten endgültig der Rücken zugekehrt werden kann. Übrigens, wenn wir schon dabei sind, ein derartiges Verfahren braucht ja auch nicht auf betriebsinterne Streitereien beschränkt zu bleiben...

KOLLEKTIV ODER KOOPERATIV?
Genossenschaften und Kollektive in Katalonien
Von STEFAN LOIBL
Das Aufeinandertreffen zweier Gemeinschaftskonzepte während der Spanischen Revolution: Genossenschaftsbewegung und anarchistischer Kollektivismus. Dieses Buch gibt einen Einstieg in die Problematik, deren Analyse auch für die aktuelle Diskussion über alternative Ökonomie und Selbstverwaltung von Interesse ist.
126 S. - 16,80 DM (+ 1,20 Porto) edition tranvía, Postf. 30 36 26, 1 Bln 30

AIB DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Im Sonderheft 1/88:
BERICHTE – ANALYSEN – KOMMENTARE Friedensprozeß in MITTELAMERIKA: NICARAGUA + EL SALVADOR + GUATEMALA + HONDURAS + COSTA RICA + Solidaritätsbewegung + Aktions- und Materialspiegel +

Im AIB 1-2/88:
Wiederkehr der Hungerkrise in ÄTHIOPIEN + NAHER und MITTLERER OSTEN + SÜDAFRIKA + TÜRKEI + Braucht die Dritte Welt AKWs? + KAMPUTSCHEA + PHILIPPINEN + HAITI + Register 1987 + Kurzinfos + Rezensionen (Doppelheft 5 DM)

☐ Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort
☐ Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____
☐ Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: ..... DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2,50 DM (zzgl. 0,70 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder in bar).

Name/Vorname
Straße/Nr.
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen)
☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.
Kontonummer
Bankleitzahl
Geldinstitut in
☐ Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift

Erhältlich im linken und alternativen Buchhandel oder gegen Einsendung des Heftpreises (+ 0,70 DM Porto) in Briefmarken an:
AIB-Leser-innen-service
Gottesweg 54
5000 Köln 51

33% Rabatt ab 10 Exemplaren
Kostenloses Probeheft bei Einsendung dieser Anzeige.
AIB DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Sommerangebote 1988

Athen	ab/bis Ffm	660,-
Dubrovnik	ab/bis Ffm	395,-
Korfu	ab/bis Ffm	640,-
Mallorca	ab/bis Ffm	520,-
Auckland	ab/bis Ffm	2495,-
Bangkok	ab/bis Ffm	1420,-
Los Angeles	ab/bis Ffm	1295,-
New York	ab/bis Ffm	850,-
Rio de Janeiro	ab/bis Ffm	1980,-

Geöffnet Mo–Fr 10–13 & 14–18 Uhr

Reiseladen
Waldschmidtstr. 11
6000 Frankfurt 1
Tel. 0 69 / 49 03 60

Reiseladen an der Uni
Bockenheimer Ldstr. 133
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0 69 / 70 30 35

Stellenmarkt

Jobs

Schuhmacher für Werkstatt, frei und unbefangen, in Süddeutschland gesucht.
Manfred Kessler
7407 Rottenburg-Obernau
Rummelstalstr. 24
☎(07472) 51 23

Gemischtes Projekt sucht Frau (auch mit Kind) für den Bereich Hauswirtschaft oder Landwirtschaft zum gemeinsamen leben und arbeiten. Ausbildung zur Hauswirtschafterin möglich.
☎ (05664) 87 40 (bei Katrin melden)
Riedmühle e.V., Riedmühle 1, 6445 Alheim

Lehrerin gesucht!

Der **Kulturverein Merlin e.V.** in Stuttgart ist ein kleines **Soziokulturelles Zentrum** mit einem Cafe und einem breitgefächerten Kultur- und Bildungsangebot.
Die Landesregierung von Baden-Württemberg bietet beamteten Lehrern aus BaWü die Möglichkeit der Beurlaubung zur Teilnahme an einem Weiterbildungsprogramm, das auch soziokulturelle Zentren einschließt.
Lehrerinnen oder Lehrer, die für eine befristete Zeit (2-5 Jahre) Interesse an dieser anspruchsvollen Aufgabe haben, und die im Rahmen unseres Kollektivs mitarbeiten wollen, laden wir ein, sich bei uns zu bewerben.
Nähere Informationen bei Siegfried Kroker ☎(0711) 777 60 30
Kulturverein Merlin E.V.
Furtbachstraße 14
7000 Stuttgart 1
☎(0711) 649 16 89

„blätterwald"-Genossenschaft - Betrieb in Selbstverwaltung sucht neue KolleginN für unseren Arbeitsbereich
Buchhaltung
Tätigkeitsbereiche: Buchhaltung, Planung, Controlling und Finanzierung.
Berufliche Praxis, bzw. EDV-Erfahrung sind erwünscht, aber nicht Bedingung. Unbedingt erforderlich sind jedoch Engagement und die Bereitschaft zu kollegialer Zusammenarbeit.
„blätterwald" e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
☎(06171) 7 80 11

blätterwald Genossenschaft - Betrieb in Selbstverwaltung sucht neue **Kollegen/Kolleginnen** für die Verarbeitung von Umweltschutzpapier. Praxis im Umgang und in der Wartung von Maschinen sind erwünscht. Unbedingt erforderlich ist Engagement und die Bereitschaft zur kollegialen Zusammenarbeit.
blätterwald Genossenschaft
- Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten -
Niederurseler Straße 7
6370 Oberursel 5
☎(06171) 7 80 11

Zum Eulenspiegel/Modell Wasserburg e.V.

Wir - eine Wohn- und Lebensgemeinschaft am Bodensee mit selbstverwalteter Gaststätte und „lebendigen Kultur-Aktivitäten" - **suchen:**jemanden, der/die Lust und Fähigkeiten hat, nach Einarbeitung und Kennenlernen unsere Gaststättenküche in der Saison: Mitte Juni bis Ende August, zu übernehmen. Wir bieten viel Arbeit und viele Erfahrungen und nicht so viel Geld.
Wir bieten Euch an: unser kleines Holzhaus (bis 13 Schlafplätze bei Selbstversorgung) für Eure Treffen, Seminare etc. - gerne mit Erfahrungsaustausch.
Meldet Euch zuhauf im: „Gasthof Eulenspiegel", Hauptstr. 99, 8992 Wasserburg/B., ☎(08382) 62 06

Netzwerk - Selbsthilfe Bonn

fördert alternative Projekt durch Kredite, Zuschüsse und Beratung. Wir suchen eine hauptamtliche

Bürokraft

für flgd. Aufgaben: Bearbeiten von Projektanträgen, Begleiten der Vorstands- u. Beiratsarbeit, MitgliederInnen und den Rest. Wir wünschen uns BewerberInnen mit Erfahrung in der Projekte-Szene, alternativer Ökonomie, mit politischem Durchblick und der Fähigkeit die üblichen Konflikte im Team austragen zu können. Wir bieten einen selbstbestimmten Arbeitsplatz (ohne Chef). Arbeitszeit und Bezahlung sind Verhandlungssache.
Bitte schicke Deine Bewerbung bis zum 15.3.88 an: **Netzwerk Bonn,** z.H. Alexander Würtz, Wolfstr. 10, 3500 Bonn 1. CIAO

Stellensuche

Suche Stelle für's Berufspraktikum für Soz. Päd. möglichst in Gemeinwesensarbeit und Ökologie ab September 1988. Ich bin 25 Jahre und studiere noch bis Juli 1988 an der Ev. Fachhochschule in Darmstadt, Schwerpunkt
- Gemeinwesensarbeit und Ökologie-
Erwachsenenbildung-
Medien der Sozarb. /Soz. Päd.

Tischler, 26J, 1J. Berufserfahrung, sucht im Raum Essen kollektiv bzw. alternativ arbeitende Schreinerei! Ab 16.30 Uhr, Frank
☎(0201) 55 56 78

Frau, 33, langjährige Kaufmännische Erfahrung in versch. Bereichen auch in selbstverw. Betrieb, Politologin, sucht neue Tätigkeit in Betrieb, Projekt o.ä. (Medien, Ökologie, Ausbildung, wissenschaftliche Begleitung), Raum Hamburg. Chiffre: **Neue Tätigkeit.**

Suche Teilzeit-Mitarbeit in Buchladen, Verlag, Presse, Bibl., Archiv oder Druck oder ? **Möglichst. Raum Darmstadt bis Heidelberg.** Bin 57, mit Praxis Buchhaltung + Verlag
Werner Tölle
Talstr. 15
6534 Stromberg

Dipl.-Betriebswirt (FH) in spe (Sommer 1988), 27 Jahre, Schwerpunkte Finanz- und Versicherungswirtschaft, sucht Anfangsstelle im Selbstverwaltungsbereich mit längerfristigen Perspektiven, Projekterfahrung ist vorhanden. Evtl. finanzielle Beteiligung möglich.
Chiffre: in spe

Wohnen/Projekte

Wir (Weinbauleute) suchen für unser 9-Zi.-Haus in Ihringen/Kaiserstuhl (3-4) Mitbew., die ein(e) selbst. WG/Projekt für sich realisieren wollen u. dabei Lust hätten zus. mit uns zu wohnen. Das ges. Erdgeschoß (gr. Kü., 4 gr. Zi.) wird zum 1. April frei. Nicht billig, aber viel Platz. - ☎ (07668) 803 (Anne/Uli).

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch NRW Selbstdarstellungen, Aufsätze, Literaturliste, Tips etc. c/o Frauen, Arbeit u. Zukunft e.V., Postfach 278, 4600 Dortmund 1 (320 S. für 16,80 DM)

Verkauf

Verk. **Heidelberger Tiegel** A4 und **Boston Tiegel** mit komplettem Zubehör wie Schriften Nummerierwerken Satzkästen etc. Auch einzeln. ☎ (030) 791 80 05

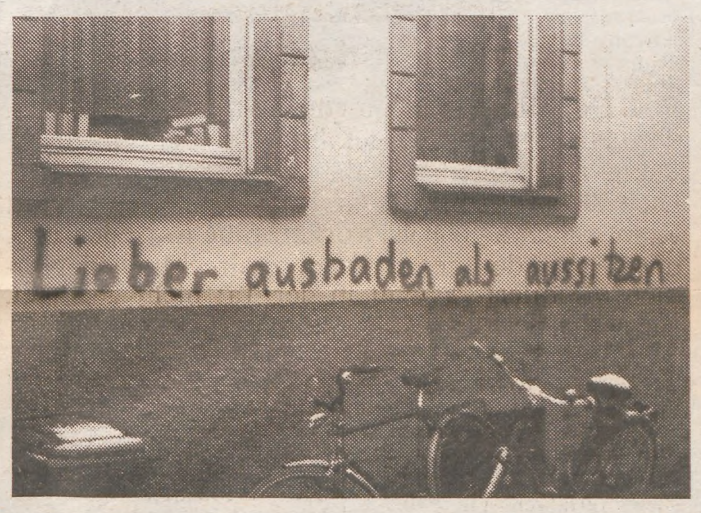


Foto: CONTRASTE

Sonstiges

Wer möchte ihre/seine **ökologischen Vorstellungen** (z.B. Bewahrung der Natur statt Raubbau durch ständiges Wirtschaftswachstum) auch **politisch** durchsetzen? Mitgliedschaft freiwillig!
Kontakt: Herbert A. Gebhardt, Frankenstr. 3, 6060 Osterburken

Hexenküche

das rollende Restaurant zwischen Kassel, Münster und Homburg.
In unserem Zirkuswagen mit Vorzelt bieten wir eine vegetarische Küche für 20-200 Personen. Eine Erweiterung durch ein Zirkuszelt und Bar, sowie eine räumliche Gestaltung von Open-Air-Veranstaltungen ist möglich.
3074 Steyerberg Nr. 14
☎(05764) 23 49 od. (05021) 6 22 58

Wir suchen 365 Badewannen (leihweise) für Barschelnachfolger (!) für Großdemo IWF Berlin.
Chiffre „Badewanne"

Von unserer Leserschaft . . .

„Der besondere Tag" (Contraste 41/88)

Es war wohl kein besonderer Tag, an dem G. Kern dieses Feuilleton passierte. Schon der Anfang so sinnig: „Eigentlich ist ja jeder Tag ein besonderer Tag, sollte es mindestens sein, will der Mensch nicht in Gleichgültigkeit und Monotonie versinken." Wenn jeder Tag ein besonderer ist, sind alle Tage besonders, d.h. keiner ist besonders, denn einer ist wie der andere. Das sind Kalenderweisheiten, die ruhig dort bleiben können, dann lassen sie sich abreißen und in den Papierkorb werfen (falls vorhanden). Wenn dies der erste Teil einer Serie sein soll, steht den schwergeprüften Lesern einiges bevor. Was hat Herr Kern also an Vergangenheitsbewältigung zu bieten, die ja notwendig ist für einen hoffnungsvollen Start etc? Noch 'n Spruch: „Der Mensch ist allzugern bereit zu vergessen, was ihn ins Unglück trieb". So ungefähr sagt das der Pfarrer auch. Jetzt aber wird's konkret, der Übergang ist nahezu genial: Wir schreiben zufällig den 30. Januar und werden auf die unleugbare Tatsache hingewiesen, daß vor nebbich 55 Jahren schon mal ein 30. Januar war, an welchem Tag eine Entwicklung in Gang gesetzt wurde, welche zu Ereignissen führte. So wird Geschichte gemacht (und Feuilleton). Nun kommen die harten Fakten, wobei vor allem der Vorwurf schwer wiegt, daß Hitler erst 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, Skandal sowas. Auch typographisch wird seine Erscheinung hervorgehoben, was wohl zur Entmythologisierung beiträgt. Der Herr begann, „sämtliche äußeren und inneren vertraglichen Bindungen zu lösen". (Jedes Schulbuch gibt da andere Auskunft: 1933-39 Konkordat, Nichtangriffspakt mit Polen, Flottenabkommen mit England, deutsch-englische Nichtangriffserklärung, Anerkennung der deutsch-französischen Grenze, deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt etc. War ja gerade die Taktik der Nazis, das Ausland durch Verträge einzulullen.) Aber was tut schon ein bißl Geschichtsfälschung, wenn's nur der guten Sache dient? Weiter gehts im Fibelton. Wir hören, daß „Tausende von Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten verfolgt und ins KZ gebracht" wurden, „von denen angeblich die nächstwohnenden Nachbarn nichts wußten". Da rattern die Klischees. Tausende von Anarchisten hat es in Deutschland zu keiner Zeit gegeben, die Mehrheit der KZ-Häftlinge waren weder das noch überhaupt politisch, und die „nächstwohnenden Nachbarn" (Kern liebt den Pleonasmus = überflüssige Häufung sinnähnlicher Ausdrücke; die Red.) wußten sehr wohl, was in den KZ geschah. Da wird ein Staat „eingeläutet", doch die Glocken bleiben stumm, und dem Totalitarismus wird - na was wohl geöffnet? Tor und Tür nämlich! Wer hätte das gedacht! Welch eine Fülle von Bildern! Mit Recht fragt der Autor, was „das alles mit dem Hier und Heute zu tun" hat. Er gibt sich selbst die Antwort, freilich auf seine eigene verquaste Weise. Wir sollen daraus lernen. Nämlich? Also es gibt Anzeichen, die deuten, und zwar in eine Richtung, was nicht heißen muß, daß es wieder so kommen muß, wie schon mal. Allein, die Skandale, die Krise, und vor allem die Dollerschwäche haben irgendwas mit dem Holocaust zu tun, er weiß nicht wie, aber soviel ist sicher. Einen Trost hat er noch parat:" nen neuen Führer wird's nicht geben, „zumindest nicht im Europa des Jahres 2000", da ist er ganz zuversichtlich. Wir atmen auf. Zum Schluß aber auch eine Warnung, so einfach ist es wieder nicht: „die Macht" könnte „ diesmal ein anderes Aussehen haben, sicher wieder normal" (was ist an KZ normal?), „so normal, daß wir gar nicht auf den Gedanken kommen...", der der Autor lieber nicht ausspricht. Mit den drei Pünktchen könnte das Feuilleton eigentlich so sinnig schließen wie es begann, aber es kommt noch was nach: „Erinnerung tut gut und Parallelen gibt es", oder auch umgekehrt. Es wurden schon viele Faschismustheorien feilgeboten, das hier ist absolut das Schärfste. Wieviele Bäume mußten eigentlich fallen, damit der Dreck zigtausendfach „auf Textline" unters Volk kommt? Hat das einer recherchiert? Ich stelle hiermit den Antrag, Zeitungspapier zu sammeln, bevor es bedruckt wird!

Hansjoachim Räther

CONTRASTE Februar 1988: Zur Biogas-Diskussion

Diskussionen sind prima, vor allem unter Leuten, die sich etwas zu sagen haben und die zuhören können. Wer eine Diskussion zur Werbeveranstaltung in eigener Sache umfunktionieren will, ist fehl am Platze. Roland Schnell von der REA Gesellschaft für Recycling von Energie und Abfall mbH war das in der Februar-Ausgabe von CONTRASTE. Wer glaubt, derart arrogant und flapsig über Männer wie Karl Kiener und Josef Probst herziehen zu können, hat keinen Respekt verdient, auch wenn er für ein von ihm vertretenes Verfahren als Fachmann gelten mag. Herr Schnell scheint in Kiener und Probst Konkurrenten erkannt zu haben, und da schmeißt er mit Dreck, den er in Garching besser in Nutzenergie verwandelt hätte. Oder funktioniert das dort noch nicht so recht? Als Fachjournalist habe ich alle Anlagen besucht, die der REA in Garching, die von Probst und die von Kiener. Nach ausführlichen Interviews habe ich lang und breit über diese Projekte geschrieben. Da die Betroffenen nicht protestiert haben, gehe ich davon aus, daß meine Texte die Sachverhalte korrekt wiedergegeben haben. REA/BTA teilt durch Herrn Schnell mit, auf die Entwicklung eines eigenen Biogasreaktors verzichtet zu haben, weil das keiner Anstrengung wert gewesen wäre. In meinem Bericht, der in der Zeitschrift „Sonnenenergie" 6/86 erschienen ist, lese ich: „Die BTA-Ingenieure behaupten, ein anaerobes Vergärungsverfahren entwickelt zu haben, das gegenüber bisherigen Verfahren bedeutende Vorteile biete."

Ihr Verfahren, so schreibt Schnell, sei untrennbar mit dem Kollektiv und seinem Funktionieren verbunden. Gut, liebe CONTRASTE-Leser. In diesem Fall gehören aber wohl auch die Millionen dazu, die über einen Beteiligungsfonds gesammelt wurden, und die Kooperationsbereitschaft des Garchinger Bürgermeisters. Auch das ist gut. Daraus aber abzuleiten, daß es denjenigen, denen solches zu arrangieren nicht gelingt, an Sachverstand und kaufmännischem Geschick fehle, ist schlicht dumm und blasiert.

Über die Biogasanlage a'la Probst und die Müllschwelung nach Kiener unterhalte ich mich mit Herrn Schnell nur, wenn er darüber in etwa so gut Bescheid weiß wie diese beiden Erfinder selbst. Als er seinen hämischen Kommentar schrieb, war er davon gewiß weit entfernt. Karl Kiener verkaufte seine grundlegenden Patente übrigens für 3 Millionen DM. Wahrscheinlich gibt es noch mehr Dummköpfe rund um die Abfallverwertung, als der Fachmann Schnell bisher ausmachen konnte.

Gottfried Hilscher

Liebe Contraste-Redaktion,
als Öko-Bank-Fördermitglied und Psychiater möchte ich in einem Leserbrief zu dem Artikel „Der Gewalt der Psychiatrie entfliehen" (CONTRASTE Nr. 41/88) Stellung nehmen:

Der Artikel ist von einer Verlogenheit, wie ich ihr selten begegnet bin. Ich gebrauche diesen Begriff ganz bewußt als Erwiderung zu Begriffen wie „verbrecherische Psychiatrie".

Die „Weglaufhäuser" werden als Alternative zu psychiatrischen Krankenhäusern angepriesen. Die Aufnahmebedingungen sind aber gemessen an den Schwierigkeiten, die psychisch Kranke haben - so grotesk, daß es den Gestaltern des „Weglaufhauses" nicht zusteht, in dermaßen abwertender und polemischer Weise über psychiatrische Einrichtungen zu sprechen:

Wer in das „Weglaufhaus" aufgenommen werden will, muß ein Aufnahmegespräch absolvieren. Das können all die psychisch Kranken nicht leisten, die in einer akuten Krise stecken. Es wird gefordert: „Selbstverantwortung" Wenn psychisch Kranke selbstverantwortlich handeln könnten, bräuchten sie keine psychiatrischen Einrichtungen. Anwendung von Gewalt führt zum Rausschmiß: Fein, wie das „Weglaufhaus" sich vor wirklichen Problemen drückt! Viele psychisch Kranke können krankheitsbedingt - mit ihren Aggressionen nicht verantwortlic umgehen. Das „Weglaufhaus" will auf diese „Gewalt" mit der Gegengewalt des Rausschmisses reagieren und überläßt Kranke ihrem Schicksal als Obdachlose in de Gosse - oder im Gefängnis? Noch ein Detail: „Die Gestaltung de Wohn- und Schlafräume wird den BewohnerInnen freigestellt: Menschen die noch so viele Fähigkeiten zur Verfügung haben, kommen gewöhnlich nicht in ein psychiatrisches Hospital, zumindest nicht für längere Zeit.

In dem Artikel scheint mir da durchaus diskussionwürdige Kon zept einer alternativen Wohnge meinschaft für psychisch Krank dargestellt. Dies aber mit Ausfällen wie „Psychiatrie überaus sinnlos und schädlich" zu verbinden, spricht entweder für übelste Polemik oder horrenden Mangel an Erfahrung und Sachverstand im Um gang mit psychisch Kranken.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Madert, München

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Jede/r SelbstverwalterIn die/der Steuern zahlt, kann mitmachen. Und das funktioniert so:

CONTRASTE ist ein „bundesweiter" Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung. Seine FördermitgliederInnen können den Mitgliedsbeitrag (mind. 72 DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Personen) daher als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen... natürlich nur, wenn sie auch selbständig sind. Aber dafür können nicht-selbständige SelbstverwalterInnen ja ihre ArbeitgeberInnen bearbeiten, Fördermitglied zu werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: erstmal in Form der monatlichen CONTRASTE, die die FördermitgliederInnen umsonst kriegen (juristische Personen gleich 3 Exemplare von jeder Ausgabe für die ganze Belegschaft).
Zweitens erweitert sich das Forum der SelbstverwalterInnen.
Drittens, weil die Kohle in Heidelberg dringend gebraucht wird, um CONTRASTE noch lesbarer zu machen.

Außerdem: das 100. Fördermitglied bekommt ein Sektfrühstück -das 1.000ste gewinnt einen Urlaub in Spanien - auf Wunsch mit Surfkurs.

Also: nichts wie herein - in den Förderverein. Wir werden berichten.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Tagungen...Seminare...Treffen

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen

Studientagung
Neue Armut auf dem Lande?

21.-23. März 1988

Unserem Land brachten die 50er und 60er Jahre einen stürmischen wirtschaftlichen Aufschwung, der mit deutlichen Einkommenssteigerungen und einer starken Erhöhung des Lebensstandards verbunden war. Gleichzeitig wurde das soziale Netz ausgebaut und Armut nur noch als Problem von Randgruppen begriffen

Trotz anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen und Krisen in zahlreichen Branchen unserer Volkswirtschaft wird heute vielfach bestritten, daß es in unserem reichen Industrieland wieder neue Armut gibt. Aber es mehren sich die Stimmen, die behaupten, daß zunehmend Menschen von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden.

In dieser Studientagung soll über die sozialen Folgen dieses Abkoppelungsprozesses nachgedacht werden. Dabei werden spezifischen Schwierigkeiten in ländlichen Räumen anhand von drei Personengruppen diskutiert, die es besonders schwer haben:
Landwirte,
Landarbeiter,
arbeitslose Jugendliche.
Für diese Gruppen sollen die Löcher des sozialen Netzes aufgezeigt, analysiert und Problemlösungen entwickelt werden. Diese Lösungsansätze sollen dann mit den aktuellen politischen Konzeptionen, aber auch den kirchlichen Aussagen zur neuen Armut konfrontiert werden.

Anmeldung und Information:
Evang. Landjugendakademie
Dieperzbergweg 13-17
5230 Altenkirchen/Ww.

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare März '88

Ökologisch orientierte Kommunalplanung
vom 17.4. - 22.4.1988
Pflanzenkläranlagen
vom 25.4. - 29.4.1988

Bildungsurlaube März '88

Gewässergüte - Bestimmung
vom 15.4. - 17.4.1988
Ökologie und Pädagogik
vom 22.4. - 24.4.1988
Windenergie
vom 29.4. - 1.5.1988

Tagungshaus im Westerwald hat im Juli und August '88 noch Plätze für Gruppen bis zu 26 Personen frei.
Das rote Haus e.V. ☎(02685) 76 94

AG SPAK

Kriminalpolitik

Neue Bestrebungen im kriminalpolitischen Bereich unter der Lupe:
BResozG/Neuordnung der soz. Dienste in d. Justiz
11.3.-13.3.1988, Fronhausen/Lahn
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Jugendzentren

Frühlingswoche mit Jugendlichen aus Selbstverwalteten Jugendzentren
25.3.-27.3.1988, Bahnhof Göhrde
Information und Anmeldung:
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf-Breese

Stadtteilarbeit

Treffen der alternativen Mietervereine
11.3.-13.3.1988, Bremen
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Rundeturmstr. 16, 61 Darmstadt

17. März 88, 19.30 Uhr: **Die Ökobank kommt - Knete für die Szene?**
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt
11.-13. März 88: **Genossenschaften - Gründungshilfen und kritische Reflexion ihrer Geschichte**
(Ort: Haus Felsenkeller, Altenkirchen, Anmeldung: Institut

No hau für die Sau

Laßt tausend Selbstverwaltete Betriebe blühen
Existenzgründung alternativ
7. März 1988
Projekte im Paragraphendschungel
11. April 1988
Alle Veranstaltungen um 20.00 h in Heidelberg, Alte Eppelheimer Str. 38 (HH)

Eröffnung der Medienwerkstatt CUT e.V., Ludwigshafen

Freitag, den 4.3.1988, 19 Uhr
Programm:
- Two Steps, Live Musik aus Heidelberg
- Videobeiträge aus eigener Produktion
  (...Nachts in der City, Stoff, Emotional Sharks, Video Clips von H. Wagner)
- Menschenbilder und ... Fotoausstellung von Heike Jotter

Ort:
Gräfenaustr. 79
6700 Ludwigshafen

Ökologa für Württemberg Umweltausstellung zum Umdenken

Über hundert Anbieter und Umweltgruppen zeigen Wege.
Tübingen - Mensa-Morgenstelle,
Sa/So den 16. bis 17. April 88, jeweils von 10 bis 18 Uhr.
Veranstalter: Sunder & Rottner, Postfach 1651, 8540 Schwabach.

dialog BILDUNGSWERK

Die Zukunft der Sozialarbeit und die Selbsthilfegesellschaft
Ort: Münster
14.-17. März 1988
Projekt Selbstverwaltung und Selbsthilfe
Ort: Tecklenburg
25.-28. April 1988
Anmeldung und Info:
Dialog-Bildungswerk
Teigelhügel 6
4402 Greven
☎(02571) 25 87

Management in Selbstverwalteten Organisationen

Ruhr-Consult, NRW und Verband Sozialpolitischer Erwerbsbetriebe, Hamburg bieten an: Fortbildungsreihe „Management in selbstverwalteten Organisationen". 7 Kurse á 4 Tage. Beginn: 16.5.88 - 19.5.88 in Hamburg. **Nähere Infos und Anmeldung bei:**
BAFF e.V.
Behringerstr. 14
2000 Hamburg 50
☎(040) 390 61 39 (Susanne).

Männer, Krieger, Abenteurer

Am 29. März 1988 wird Dr. Waltraut Amberger im **Bildungswerk Umwelt, Technologie & Gesellschaft e.V. in Ebertheim,** ein Seminar zum Thema „Männer, Krieger, Abenteurer" abhalten. In der Friedenswoche über Krieg und Militarismus nachzudenken, bedeutet für Frauen, einen Einbruch in eine Männerprovinz zu unternehmen. Beginn 20.00 Uhr; Teilnahmegebühr DM 6,-. Anmeldung bis zum 22. März möglich:
☎(06359) 8 25 77

Johanneshof

Gründung zeitgemäßer Unternehmen
19.-20. März 1988
Information:
Der Johanneshof
Arbeitsstelle für ganzheitliche Lernerfahrungen e.V.
Holmark 5
2391 Freienwil/Flensburg
☎ (04602) 2 70

Anarchismus und Umweltproblem

Ökologische Gemeinschaften oder „Politik"?

Wochenendseminar in Domäne Lutter 18.-20. März 1988
Zu dhesem Seminar werden u.a. Grundlagentexte des amerikanischen libertären Radikalökologen Murray Bookchin vorliegen und es ist geplant, den Berliner Politologen Rolf Cantzen, Autor der beiden Bücher „Freiheit unter saurem Regen - Überlegungen zu einem libertär-ökologischen Gesellschaftskonzept" (Edition Ahrens im Verlag Clemens Zerling, Berlin) und „Weniger Staat - mehr Gesellschaft. Freiheit - Ökologie - Anarchismus" (Fischer Taschenbuch Verlag), als sachkundigen Referenten hinzuziehen.
Anmeldung/Information:
Jochen Hertrampf
Pferdegasse 2
2858 Geestenseth
☎(04749) 497

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
sonst DM 24,-- für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1,einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Spender/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Ausschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1